

Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen

DIE LINKE. Hessen

Entwurf Landtagswahlprogramm - Beschluss des Landesvorstands vom 16.12.2017
Redaktionskollektiv: Janine Wissler, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz, Jan Schalauske, Jörg
Cezanne und Willi van Ooyen

Gliederung

1. Einführung
2. Gute Arbeit und solidarisches Wirtschaften
 - Von Arbeit muss man leben können
 - Öffentlich ist wesentlich: Den öffentlichen Sektor stärken
 - Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient
3. Bezahlbare Wohnungen für alle
4. Soziale Gerechtigkeit und gute Gesundheitsversorgung
 - Armut bekämpfen
 - Landesaktionsplan gegen Kinderarmut
 - Gesundheit darf keine Ware sein
 - Jugendpolitik
 - Selbstbestimmt und in Würde altern
 - Für eine andere Sucht- und Drogenpolitik
 - Universitätsklinikum Gießen-Marburg zurück zum Land
5. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle
 - Beitragsfreie hochwertige Kindertagesbetreuung garantieren
 - Schule vom Kind aus denken
 - Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen
 - Lebenslanges Lernen ermöglichen
 - Wissenschaft und Hochschulen
6. Mehr Demokratie
 - Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung
 - Ehrenamtliche Arbeit unterstützen
 - Bunt statt braun – Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen
 - Für einen echten Verfassungsschutz – Inlandsgeheimdienst abschaffen
 - Datenschutz und Netzpolitik
 - Rechtsstaat gut ausgestalten und demokratisieren
 - Eine bürgernahe Polizei
 - Hessische Verfassung verteidigen
7. Gleichberechtigte Partizipation – Flüchtlinge schützen
 - Gleichberechtigte Partizipation ermöglichen
 - Flüchtlinge schützen
8. Verkehrswende für Hessen
 - Öffentlichen Personenverkehr ausbauen – Verkehr sozial und ökologisch gestalten
 - Luftverkehr sinnvoll planen – Gesundheit vor Profite
9. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

- 51 10. Umwelt schützen –Agrarwende für Hessen
52 ▪ Wälder als Rohstoffquelle und Ressource erhalten
53 ▪ Bodenversiegelung und Flächenverbrauch verringern
54 ▪ Gesunde Nahrungsmittel
55 ▪ Tierschutz voranbringen
56 11. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in lebenswerten Kommunen
57 ▪ Lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum
58 ▪ Kommunen demokratisch gestalten
59 12. Kultur, Medien und Sport für alle
60 ▪ Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang
61 ▪ Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
62 ▪ Demokratisierung digitaler Kommunikation
63 ▪ Stärkung von Medienkompetenz
64 ▪ Kultur für alle
65 ▪ Breitensport fördern
66 13. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen - linke Politik von und für Frauen
67 ▪ Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen
68 von Wirtschaft und Gesellschaft
69 ▪ Für die Überwindung patriarchaler Strukturen
70 ▪ Mutter werden – oder nicht
71 ▪ Frauen vor Gewalt schützen
72 ▪ Frauenräume unterstützen
73 14. Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen
74 ▪ Gleichberechtigung aller Lebensweisen
75 ▪ Inter- und Transsexualität
76 15. Hessen muss inklusiv werden
77 16. Frieden, Europa und Internationales
78 ▪ Friedliches Hessen
79 ▪ Für ein soziales und friedliches Europa
80 ▪ Internationale Entwicklungszusammenarbeit
81 17. Für Investitionen in Hessens Zukunft
82 ▪ Breitbandausbau voranbringen
83 18. UmFAIRteilen: Für eine sozial gerechte Steuerpolitik
84 19. Links wirkt – auch im Hessischen Landtag
85
86
87

88 1. Einführung

89 **Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen**

91
92 Hessen ist ein reiches Land. Die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen des Landes
93 steigen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Gleichzeitig wächst die Schere zwischen
94 arm und reich. Während 1.400 Hessinnen und Hessen ein Einkommen von über einer Million
95 Euro jährlich beziehen, sind rund 900.000 Menschen von Armut betroffen oder bedroht und
96 über 500.000 Menschen müssen für Niedriglöhne schuften. Leiharbeit, Minijobs, Schein- und
97 Soloselbstständige breiten sich weiter aus.

98
99 Auch zwischen dem Ballungsraum Rhein-Main und den ländlichen Regionen Hessens wächst
100 die Kluft. In den Städten mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, während im ländlichen Raum
101 der Leerstand wächst und Infrastruktur (Gesundheitsversorgung, Schule, Verwaltung usw.)
102 zusammengestrichen und andere wie Breitband nicht aufgebaut werden. Busse und Bahnen in

103 Rhein-Main platzen aus allen Nähten, während viele Dörfer vom ÖPNV abgehängt werden.
104 Viele Schulen und öffentliche Einrichtungen sind marode oder werden heutigen
105 Anforderungen nicht mehr gerecht. Die Bildung ist nach wie vor unterfinanziert, der Ausbau
106 der Ganztagschulen kommt nicht voran, Kita-Plätze fehlen und der Bildungserfolg ist
107 weiterhin stark abhängig vom Einkommen, Vermögen und der Herkunft der Eltern.
108 Unter diesen Vorzeichen fällt die Bilanz der schwarzgrünen Landesregierung mehr als düster
109 aus. Vielfach haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen an die neoliberale Politik der vorherigen
110 CDU-FDP-Regierung angeknüpft. Trotz richtiger Forderungen im Einzelnen ist leider auch von
111 der SPD keine grundlegende Abkehr von dieser Politik zu erwarten.

112
113 DIE LINKE ist die entscheidende sozial-ökologische Opposition gegen die schwarzgrüne
114 Landesregierung. Wir werden den Druck von links gegen diese Landespolitik verstärken, um
115 einen Politikwechsel für Hessen zu erreichen. Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art.
116 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes
117 zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns.

118
119 DIE LINKE ist überzeugt: Hessen braucht eine andere Politik – einen Politikwechsel für ein
120 soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen.

121

122

123 **Gute Arbeit in einem sozialen Hessen**

124

125 DIE LINKE setzt sich für ein Land ein, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten
126 und sozial abgesichert in Würde leben können. Dafür müssen Armut und prekäre
127 Beschäftigungsverhältnisse bekämpft und soziale Sicherheit ausgebaut werden.

128

129 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

130

- 131 • für aktive Armutsbekämpfung und einen wirksamen Landesaktionsplan gegen
132 Kinderarmut;
- 133 • für ein Gesetz zur öffentlichen Auftragsvergabe, das soziale und ökologische
134 Standards angemessen berücksichtigt und keine Schlupflöcher lässt sowie einen
135 landesspezifischen Mindestlohn einführt;
- 136 • für einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung und mehr Wertschätzung für die
137 Landesbeschäftigten, unter anderem Rückkehr in die Tarifgemeinschaft (TdL) und
138 Senkung der Wochenarbeitszeit für die Beamten;
- 139 • für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie durch
140 konsequenten sozial-ökologischen Umbau und ein entsprechendes Verkehrskonzept
141 gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften;
- 142 • für den Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und
143 Dienststellen;
- 144 • für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und im Sozialwesen sowie der
145 Pädagogik, auch um der Altersarmut von Frauen zu begegnen.

146

147

148 **Bezahlbar Wohnen – Der Wohnungsnot entgegenzutreten!**

149

150 In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren Städten fehlt es an allen Ecken und
151 Enden an bezahlbarem Wohnraum. DIE LINKE bekämpft Wohnungsmangel konsequent. Wir
152 setzen uns für den Bau von mindestens 10.000 Sozialwohnungen jährlich ein, um der neuen
153 Wohnungsnot zu begegnen. Wir entwickeln ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das
154 Barrierefreiheit berücksichtigt und auch alternative sowie genossenschaftliche Modelle und

155 Beschlagnahme von spekulativem Leerstand miteinbezieht. Dabei stellen wir stets die
156 grundsätzliche Frage „Wem gehört die Stadt?“ Und wem gehören Grund und Boden? Wir
157 kämpfen für Städte und Gemeinden, in denen die Interessen der Menschen und nicht der
158 Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt stehen.

159
160 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:
161

- 162 • für die Errichtung von mindestens 10.000 Sozialwohnungen und 2.000
- 163 Studierendenwohnungen im Jahr;
- 164 • für die Nutzung von Landesflächen für den sozialen Wohnungsbau;
- 165 • für die Unterstützung öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften;
- 166 • für ein Landesgesetz, das es Kommunen ermöglicht, gegen Leerstand vorzugehen.

167
168

169 **Sozial- und Gesundheitspolitik für mehr Lebensqualität**

170

171 Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial
172 abgesichert sein können. Armut muss konsequent bekämpft werden. Soziale Dienstleistungen
173 wie Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Betreuung HIV-Positiver,
174 Erziehungsberatung, Hilfe für Wohnungslose und ambulante Drogenhilfe müssen wieder
175 stärker öffentlich gefördert werden. Wir wollen, dass allen Menschen eine gesellschaftliche
176 Teilhabe möglich ist. Deshalb muss Hartz IV abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte,
177 sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden.

178 Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand. Privatisierte Krankenhäuser müssen
179 zurück in öffentlichen Besitz. Alle Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen so
180 ausgestattet werden, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege aller
181 selbstverständlich ist. Auch auf dem Land muss eine wohnortnahe ärztliche und pflegerische
182 Betreuung gewährleistet werden. Gesundheitsversorgung muss nicht profitabel, sondern
183 sozial sein. Auch öffentliche Krankenhäuser dürfen deshalb nicht rein betriebswirtschaftlich
184 geführt werden. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle Menschen
185 einbezahlen, und gute Arbeitsbedingungen für Menschen in der Pflege.

186

187 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

188

- 189 • Für die öffentliche Förderung für Beratungsstellen und soziale
- 190 Unterstützungsangebote;
- 191 • Für eine bedarfsgerechte Mindestsicherung statt Hartz IV;
- 192 • Für die bestmögliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum.

193

194

195 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

196

197 Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Um dieser Entwicklung zu begegnen, fordert DIE
198 LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der Bevölkerungsdruck
199 auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere Probleme: Der ÖPNV
200 muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und Behörden müssen
201 bürger*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in mittelständischen
202 Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und Kulturangebote
203 erhalten bleiben. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung,
204 der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

205

206

207 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

208

- 209 • für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum;
- 210 • für die Ansiedlung von Einrichtungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum;
- 211 • für den Erhalt der Infrastruktur (wie etwa Gesundheitsversorgung, ÖPNV,
- 212 Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder);
- 213 • für flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau (5G).

214

215

216 **Digitalisierung sozial gerecht gestalten**

217

218 Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu
219 Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss
220 durchgesetzt werden. Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den
221 flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und
222 finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in
223 den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

224

225 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

226

- 227 • für kostenloses WLAN im öffentlichen Raum;
- 228 • für eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen;
- 229 • für einen barrierefreien Zugang zum Internet für Alle.

230

231

232 **Bildungsgerechtigkeit von Anfang an verwirklichen**

233

234 Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch muss ein Leben lang freien Zugang zu Bildung
235 haben. DIE LINKE setzt sich für gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse ein. In dieser „Schule
236 für alle“ wird jedes Kind so gefördert, wie es den individuellen Bedürfnissen entspricht. Der
237 Ausbau von Ganztagschulen muss beschleunigt werden - nicht einmal ein Prozent aller
238 Grundschulen in Hessen sind echte Ganztagschulen. Der Lehrermangel und die Überlastung
239 der Lehrkräfte müssen ein Ende haben. Wir wollen, dass die Lehrkräfteausbildung
240 verbessert wird und dass alle Lehrerinnen und Lehrer die gleiche Bezahlung erhalten. An allen
241 Schulen sind multiprofessionelle Teams unerlässlich. Dafür sollen ausreichend
242 Schulpsychologinnen und -psychologen und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt
243 werden. Nur so können Integration und Inklusion tatsächlich gelingen. Inklusion ist nicht als
244 Sparprogramm realisierbar. Daher spricht sich DIE LINKE vehement gegen
245 Schwerpunktschulen in so genannten inklusiven Schulbündnissen aus.
246 Zudem fordern wir, dass die Lernmittelfreiheit, die die Hessische Verfassung vorschreibt, auch
247 tatsächlich verwirklicht wird und der Schülerverkehr kostenfrei zur Verfügung steht.
248 Von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsausbildung gilt der Grundsatz: Bildung darf
249 niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

250

251 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

252

- 253 • für längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“, wie es die UN-
254 Behindertenrechtskonvention als Menschenrecht definiert;
- 255 • für den Ausbau der Ganztagschulen;
- 256 • für die Umsetzung von Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt und die bedarfsgerechte
257 Ausstattung aller Schulen;

- 258 • für freien Zugang zu Bildung in einem inklusiven Bildungssystem;
259 • für die Beitragsfreiheit von Kitas, Kinderkrippen und Kindertagespflege und die
260 Verbesserung der personellen Mindeststandards bei Kostenübernahme durch das
261 Land;
262 • für die gerechte Bezahlung aller Lehrkräfte mindestens nach A13.

263
264

265 **Für ein Hessen mit Kultur**

266

267 Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer
268 lebendigen Demokratie. Kultureinrichtungen und -initiativen dürfen nicht angeblicken
269 Finanznöten geopfert werden.

270

271 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

272

- 273 • für den Erhalt von Kulturangeboten und Ausbau der kulturellen Bildung vor Ort in den
274 Kommunen (Bibliotheken, Musikschulen, kommunale Kinos, Museen);
275 • für eine ausreichende Finanzierung der Landeseinrichtungen, für langfristige
276 Planbarkeit und gute Arbeitsbedingungen an den hessischen Staatstheatern und
277 Landesmuseen;
278 • für die Förderung der Soziokultur und der freien Kunstszene.

279

280

281 **Für ein buntes statt braunes Hessen**

282

283 CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben zusammen mit der großen Koalition auf
284 Bundesebene das Asylrecht verschärft und tragen die europäische Abschottungspolitik mit.
285 DIE LINKE lehnt die beschlossene Aushöhlung und weitere Verschärfung des Grundrechts auf
286 Asyl kategorisch ab und wird sich an Protesten dagegen beteiligen. DIE LINKE. Hessen steht
287 ein für das Menschenrecht auf Asyl.

288 Das bundesweite Erstarken rechtsradikaler, faschistischer, rassistischer, antisemitischer,
289 islamfeindlicher, frauenfeindlicher und nationalkonservativer Ideologien macht auch vor
290 Hessen nicht halt. In immer mehr Teilen der Gesellschaft hat der Hass gegen Migrantinnen
291 und Migranten, Homo- und Transsexuelle und Linke zugenommen. Gewalttätige Übergriffe
292 sind die Folge. DIE LINKE wird die freie Gesellschaft gegen AfD und Konsorten verteidigen und
293 Schulter an Schulter mit Betroffenen rechter Gewalt stehen.

294

295 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

296

- 297 • für einen humanitären Umgang mit Geflüchteten;
298 • für einen konsequenten Einsatz gegen Rassismus;
299 • für eine Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer;
300 • für gleiche Rechte und gute Lebensbedingungen für alle hier lebenden Menschen;
301 • für das Wahlrecht für alle hier ansässigen Menschen ab 16 Jahren;
302 • für eine drastische Anhebung der Mittel für die internationale Flüchtlingshilfe zur
303 Verbesserung der Perspektiven der Flüchtlinge in ihren Herkunfts- und
304 Zufluchtsländern;
305 • gegen jegliche Abschiebungen und für ein Bleiberecht für alle;
306 • gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und im Parlament;
307 • für eine unabhängige Beratungsstelle von Opfern rechter Gewalt.

308

309

310 **Für die Verkehrswende in Hessen**

311

312 Jeder Mensch hat ein Recht auf barrierefreie Mobilität. Aber Busse und Bahnen in Rhein-Main
313 platzen aus allen Nähten und viele Dörfer in Hessen sind vom ÖPNV mittlerweile abgehängt.
314 Nicht nur dem Recht auf Mobilität sieht sich DIE LINKE. Hessen verpflichtet, sondern auch
315 dem Klima- und Umweltschutz. Damit verbunden ist eine dringend erforderliche
316 Verminderung von gesundheitsgefährdenden Abgasen und klimaschädlichen Emissionen. Die
317 Reduzierung der Notwendigkeit des Individualverkehrs spielt dabei eine zentrale Rolle. Die
318 Landesregierung aus CDU und Grünen hat die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe wenig
319 unterstützt.

320

321 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

322

- 323 • für den Ausbau und die Förderung des barrierefreien ÖPNV auf der Straße und der
- 324 Schiene in Hessen mit dem Ziel des Nulltarifs;
- 325 • für die gezielte Anbindung des ländlichen Raums an das ÖPNV-Netz;
- 326 • für die Förderung der Elektromobilität aus erneuerbarer Energie und alternativer
- 327 Antriebstechnologie (z.B. Brennstoffzellen) in Hessen;
- 328 • für den Ausbau des Fahrradstreckenfernnetzes und Fahrradleihsystems in Hessen;
- 329 • für die Förderung alternativer Verkehrskonzepte wie Carsharing, Sammelbusse oder
- 330 lokaler Straßenbahnnetze;
- 331 • für eine Initiative im Bundesrat zur Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes
- 332 zur Stärkung kommunaler ÖPNV-Unternehmen und deren Finanzierungsmöglichkeiten.

333

334

335 **Für ein Hessen des sozialökologischen Umbaus**

336

337 Die Globalisierungskritikerin Naomi Klein hat es auf den Punkt gebracht. Ein entscheidender
338 Konflikt unserer Epoche lautet: „Kapitalismus versus Klima“. Es bedeutet nie dagewesene
339 Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen und Millionen von Klimaflüchtlingen.
340 Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem Arme. Am Beispiel des
341 Unternehmens K + S und dem Dieselskandal zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten
342 von Umweltstandards und am Ende zulasten von Arbeitsplätzen geht. DIE LINKE setzt sich
343 daher konsequent für einen sozialökologischen Umbau ein. Auch aus diesem Grund stellen
344 wir uns gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Wir wehren uns gegen
345 Fracking, die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und den Vorrang für den motorisierten
346 Individualverkehr. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem oder
347 genossenschaftlichem Eigentum, eine Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit
348 dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Bahn- und Fluglärms.

349

350 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

351

- 352 • Für eine dezentrale Energiewende, Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand;
- 353 • Für den Ausbau der Schiene und eines schadstoffarmen ÖPNV, Senkung der
- 354 Fahrpreise mit dem Ziel Nulltarif;
- 355 • Für die Reduzierung der Flugbewegungen, ein Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr und die
- 356 Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene;
- 357 • Für die Herabstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz.

358

359

360 **Mehr Agrarökologie zum Schutz für Mensch, Tier und Umwelt**

361

362 Der Art der Landbewirtschaftung kommt bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse und
363 der Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raumes eine besondere Rolle zu. Der hohe
364 Industrialisierungsgrad vieler landwirtschaftlicher Betriebe führt unter anderem durch
365 Pflanzenschutzmittelrückstände und Überdüngung, durch Verarmung in Natur und Kultur,
366 durch schlechte Arbeitsbedingungen und Bildung von multiresistenten Keimen zu
367 schwerwiegenden Problemen.

368

369 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:

370

- 371 • für eine gentechnikfreie, bäuerliche Landwirtschaft;
- 372 • für naturverbundenen Gartenbau und eine handwerkliche Weiterverarbeitung – so
- 373 fördern wir eine regionale Wertschöpfung und einen lebendigen ländlichen Raum;
- 374 • Um dem Leid in der Massentierhaltung ein Ende zu bereiten, setzen wir uns ein für ein
- 375 Verbandsklagerecht von Organisationen, die sich um die Rechte und den Schutz der
- 376 Nutztiere kümmern.

377

378

379 **Selbstbestimmt leben in einem inklusiven Land**

380

381 Inklusion ist ein Menschenrecht. DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller
382 Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen - bauliche, kommunikative
383 und strukturelle – und Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Beeinträchtigungen eine
384 unabhängige Lebensführung erleichtern.

385

386 DIE LINKE tritt ein für Inklusion:

387

- 388 • mit entsprechender personeller und materieller Ausstattung der Einrichtungen;
- 389 • mit guten Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte bzw. Beschäftigte in den jeweiligen
- 390 Einrichtungen.

391

392

393 **Für ein friedliches Hessen**

394

395 „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.“,
396 heißt es in Art. 69 Hessische Verfassung. Aufrüstung und Militarisierung machen auch vor
397 Hessen nicht halt. Mehr als hundert Firmen in Hessen stellen Panzer, Zielfernrohre,
398 Gasmasken und andere Rüstungsgüter her. In Hessen stationierte Soldaten sind an
399 weltweiten Kriegseinsätzen beteiligt. DIE LINKE kämpft dafür, dass Auslandseinsätze der
400 Bundeswehr beendet, die Aufrüstung und Waffenexporte gestoppt und die Militarisierung im
401 Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen beendet wird.

402

403 DIE LINKE setzt sich ein:

404

- 405 • für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion;
- 406 • für die Förderung der Friedensforschung in Hessen;
- 407 • für die Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und
- 408 Bundeswehr;
- 409 • für die Stärkung der friedlichen Forschung an den Hochschulen und einen Stopp der
- 410 Forschung, die militärischen Zwecken dient,

- 411 • für eine Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren und der Technischen Hilfswerke im
412 Rahmen des nationalen und internationalen Katastrophenschutzes.
413
414
415

416 **Für Investitionen in Hessens Zukunft**

417

418 Obwohl sich die Steuereinnahmen spürbar erhöht haben, kürzt die Landesregierung unter den
419 selbst gesetzten Vorgaben der „Schuldenbremse“ und der „Schwarzen Null“ die Zukunft der
420 Menschen im Land Hessen. Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen, Schwimmbäder und andere
421 Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die kommunale Selbstverwaltung
422 unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur noch Makulatur, weil das Land die
423 Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise empfindlichen
424 Leistungskürzungen gezwungen hat.
425

426 DIE LINKE setzt sich ein:
427

- 428 • für Investitionen in Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in den
429 sozialen Wohnungsbau;
- 430 • für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen und Erhalt der kommunalen
431 Selbstverwaltung;
- 432 • gegen eine Verlagerung der Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen
433 finanziellen Ausgleich;
- 434 • gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums - in jeder Form - und gegen öffentlich-
435 private-Partnerschaften;
- 436 • für die Rekommunalisierung vormals kommunaler Einrichtungen der öffentlichen
437 Daseinsvorsorge.
438
439

440 **Für ein gerechteres Hessen – UmFAIRteilen!**

441

442 CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse beschlossen. Nun
443 dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und Privatisierung und Kürzung von
444 öffentlichen Leistungen. Trotz der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs bleiben die
445 meisten Kommunen in Hessen deutlich unterfinanziert. DIE LINKE will die Reichen und
446 Großkonzerne deutlich höher besteuern, um notwendige öffentliche Aufgaben zu finanzieren.
447 Wir kämpfen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer und eine
448 Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient.
449

450 DIE LINKE. Hessen setzt sich ein:
451

- 452 • Für eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer
453 Reform der Erbschaftssteuer, mit dem Ziel einer höheren Besteuerung großer
454 Erbschaften;
- 455 • Für die Einstellung von weiteren Betriebsprüfern, um Steuerhinterziehung zu
456 bekämpfen.
457

458 DIE LINKE kämpft dafür, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern. Kein
459 Schritt in die richtige Richtung wird an der LINKEN scheitern. Dafür suchen wir auch die
460 Zusammenarbeit mit Partnern, mit denen es möglich ist, einen echten Politikwechsel
461 durchzusetzen und Hessen sozialer und gerechter zu machen. Aber nur allzu oft haben

462 Parteien nach der Wahl das Gegenteil von dem gemacht, was sie vor der Wahl versprochen
463 haben. Eine Regierungsbeteiligung allein – das zeigt nicht zuletzt die Politik der SPD im Bund
464 und die von Bündnis90/ Die Grünen in Wiesbaden – bedeutet noch keinen Politikwechsel.
465 Mehr noch, SPD und Grüne haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie im Kern dieselbe
466 unsoziale Politik wie FDP und CDU machen. DIE LINKE dagegen wird sich an keiner Regierung
467 beteiligen, die Sozialabbau, Privatisierungen, Abschiebungen oder Arbeitsplatzabbau betreibt.
468 Wir werden jeder Verbesserung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zustimmen und
469 jede Verschlechterung entschieden bekämpfen. DIE LINKE streitet für einen grundsätzlichen
470 Politikwechsel – innerhalb und außerhalb des Parlaments.

471

472 Gemeinsam mit vielen Menschen, die sich für ihre sozialen Interessen einsetzen, mit
473 streikenden Belegschaften, Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, Bürger*innen-, Friedens-
474 und Erwerbsloseninitiativen, Flüchtlingshelfer*innen, kritischen Intellektuellen und vielen
475 mehr arbeiten wir weiter an der Bildung eines Lagers der Solidarität, um die Voraussetzungen
476 für eine grundsätzliche Wende für soziale Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen.

477

478 Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe: Der Kapitalismus ist die zentrale
479 Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden. DIE
480 LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der der Mensch und
481 die Natur statt des Strebens nach Profit im Mittelpunkt stehen.

482

483 Ändern wir Hessen sowie die bundesweite und internationale Politik – es wird höchste Zeit!

484

485

486

487 **2. Gute Arbeit und solidarisches Wirtschaften**

488

489

490 **Von Arbeit muss man leben können**

491

492 Von Arbeit muss man leben können! Das gilt leider für immer weniger Menschen. Auch in
493 Hessen arbeiten viele Menschen im Niedriglohnbereich und sind arm trotz Arbeit. Der
494 gesetzliche Mindestlohn ist zu niedrig und bietet keinen ausreichenden Schutz vor
495 Erwerbsarmut. Viele Menschen können trotz Vollzeitstelle nicht mehr von ihrem Gehalt leben
496 und sind gezwungen „aufzustocken“. Dieses „Aufstocken“, also die Subventionierung der
497 Niedriglöhne, wird durch die Allgemeinheit finanziert. Zu den oft schlechten Löhnen kommen
498 zunehmend unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, denn neue Jobs sind oft befristet
499 oder werden in der Leiharbeit geschaffen. Gerade junge Arbeitnehmerinnen und
500 Arbeitnehmer kennen das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gar nicht mehr.

501

502 Die „Generation Praktikum“ ist gezwungen, unbezahlte Praktika zu absolvieren und in
503 unsicheren Jobs ohne verlässliche Zukunftsperspektive zu arbeiten. Was Unternehmen gerne
504 als „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Beschäftigte und ihre Familien ein Leben
505 ohne jede Planungssicherheit.

506

507 Die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre, insbesondere Hartz I-IV, haben zur Vernichtung
508 zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze geführt, über Jahre hinweg für
509 sinkende Reallöhne gesorgt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
510 gefährdet. Das darf nicht so bleiben. Scheinbar niedrige Erwerbslosenzahlen in Hessen
511 können über diese Probleme nicht hinwegtäuschen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben
512 können und dürfen auch im Alter nicht in die Armut abrutschen.

513

514 DIE LINKE will:

515

516 • **Lohndumping verhindern – Mindestlohn erhöhen**

517 DIE LINKE will den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben und
518 fordert eine jährliche Anpassung an die Produktivitätsentwicklung. Solange dies nicht
519 durchgesetzt ist, wollen wir in Hessen mit einem Landesmindestlohngesetz dafür sorgen,
520 dass im öffentlichen Dienst, in landeseigenen Unternehmen und Gesellschaften sowie bei
521 Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben oder Wirtschaftsförderung
522 durch das Land Hessen erhalten, ein Mindestlohn von 12 Euro gilt.

523

524 • **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Verbot der Leiharbeit**

525 Immer mehr Menschen sind bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Sie haben weniger Rechte,
526 kaum Sicherheiten und ein niedrigeres Gehalt als die Stammebelegschaften. Viele
527 Unternehmen gründen eigene Zeitarbeitsfirmen und lagern einen Teil ihrer Beschäftigten
528 dahin aus – zu schlechteren Bedingungen. DIE LINKE will ein Verbot der Leiharbeit
529 durchsetzen. Als erster Schritt zur Eindämmung der Leiharbeit ist die vollständige
530 Rücknahme von Hartz I nötig. Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung auf die
531 Leiharbeit ausweiten. Um sie für ihre Flexibilität zu entschädigen, müssen
532 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter 10 Prozent mehr Lohn als die Stammebelegschaft
533 bekommen. Auch das Ausufern von Werkverträgen und deren Missbrauch müssen
534 bekämpft werden.

535 • **Ausländische Abschlüsse anerkennen**

536 Durch die Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden viele
537 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ihrer Qualifikation entsprechend entlohnt.
538 Das wollen wir durch eine verbesserte und unkompliziertere Anerkennung ausländischer
539 Schul- und Berufsabschlüsse und bessere Angebote zur Nachqualifikation ändern.

540

541 • **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen**

542 Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist,
543 verdienen Frauen im Durchschnitt noch immer 20 Prozent weniger als ihre männlichen
544 Kollegen. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt immer noch mehrfach benachteiligt. Wir wollen
545 das nicht länger hinnehmen und setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter
546 verteilt, soziale Arbeit wertschätzt und Arbeit von Frauen besser bezahlt. Viele
547 berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Arbeitsplatzvernichtung
548 sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig
549 entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter.
550 Wir setzen uns ein für eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35
551 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich.
552 Wir wollen ein verbessertes Gleichstellungsgesetz in Hessen durchsetzen. In Behörden
553 und in der Landesverwaltung wollen wir dafür sorgen, dass Benachteiligungen abgebaut
554 werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.

555 • **Nachhaltiges Landesvergabegesetz**

556 Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber der Privatwirtschaft. Die staatliche
557 Auftragsvergabe hat aufgrund ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das
558 Wirtschaftsleben und kann Maßstäbe setzen. Diesen Einfluss wollen wir nutzen, um
559 tarifliche Standards und Umweltschutz in der Wirtschaft durchzusetzen. Unternehmen, die
560 Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten, dürfen keine öffentlichen
561 Aufträge erhalten. Das von Schwarzgrün eingeführte Vergabegesetz bleibt leider zahnlos,
562 es sieht keine systematische Kontrolle vor und bleibt in weiten Teilen *freiwillig*. DIE LINKE
563 setzt sich für die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes ein, das Betriebe, die

564 öffentliche Aufträge erhalten wollen, auf die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreue),
565 mindestens aber 12 Euro pro Stunde, sowie auf Engagement bei der Ausbildung und auf
566 die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards *verpflichtet*. Lohndumping und ein
567 Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt kann so wirksam verhindert
568 werden.

569

570 • **Verkürzung der Ladenöffnungszeiten – Reduzierung der Sonntagsarbeit**

571 Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze
572 im Einzelhandel geführt noch die Zahl der regulären Vollzeit Arbeitsplätze erhöht.

573 Stattdessen helfen längere Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere
574 Geschäfte zu verdrängen. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen
575 Regionen und Randlagen der Städte. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat
576 negative Folgen für die Arbeitssituation der etwa 200.000 Beschäftigten im hessischen
577 Einzelhandel. Da im Einzelhandel überwiegend Frauen arbeiten, sind diese durch die
578 ungünstigen Arbeitszeiten besonders stark betroffen. Die Landesregierung hat zudem
579 durch den Erlass der Bedarfsgewerbeverordnung die Sonntagsarbeit ausgeweitet. DIE
580 LINKE will Ladenöffnungszeiten wieder im Sinne der Beschäftigten im Einzelhandel und
581 Sonntagsarbeit auf das notwendige Maß reduzieren.

582

583 • **Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern – Arbeitszeitverkürzung durchsetzen**

584 Arbeit darf nicht krank machen, deshalb brauchen wir einen Arbeits- und
585 Gesundheitsschutz, der stärker die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigt sowie
586 wirksame Kontrollen zur Einhaltung des Arbeitsschutzes. Die Fortschritte durch die
587 Digitalisierung müssen im Sinne der Beschäftigten genutzt werden, um eine bessere
588 Verteilung von Arbeit und kürzere Arbeitszeiten zu erreichen, sie dürfen nicht zu einer
589 weiteren Verdichtung und völligen Entgrenzung von Arbeit führen. Wir setzen uns ein für
590 eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche als
591 neue Regelarbeitszeit mit Lohn- und Personalausgleich.

592 • **Öffentlich geförderte und tariflich entlohnte Beschäftigung schaffen**

593 Wir wollen mehr öffentliche geförderte, sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte
594 Beschäftigungsverhältnisse schaffen, um Langzeiterwerbslosigkeit zu verringern. Dazu
595 sollen die Mittel von Gemeinden, Bundesagentur für Arbeit und Europäischen Sozialfonds
596 für ALG II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen gebündelt werden. Ergänzt durch
597 einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln werden Kommunen und Landkreisen in
598 die Lage versetzt, sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, die andere
599 Arbeitsplätze weder verdrängen noch ersetzen.

600

601 • **Nachhaltige Investitionen für zusätzliche Arbeitsplätze**

602 Wir wollen durch Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Euro jährlich auch
603 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Mit dem Programm soll die Infrastruktur
604 verbessert, Schulen, Krankenhäuser und Sportstätten saniert, der öffentliche Nahverkehr
605 ausgebaut und ein Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz geleistet werden. Diese
606 Maßnahmen reduzieren die Erwerbslosigkeit und steigern die Lebensqualität der
607 Menschen.

608

609

610 **Öffentlich ist wesentlich: Den öffentlichen Sektor stärken**

611

612 Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten
613 Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes Outsourcing
614 und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen

615 allerorts, dass sich die Versprechen, Dienstleistungen würden besser und billiger, nicht
616 erfüllen. Im Gegenteil, Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots
617 und meist auch zu höheren Preisen.

618 DIE LINKE will stattdessen den sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten
619 öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die
620 Gerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss
621 qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden.

622 Alle Landesregierungen der letzten Jahre haben einen Konfrontationskurs gegen die
623 Beschäftigten in der Landesverwaltung gefahren: Personalabbau, der Ausstieg aus der
624 Tarifgemeinschaft der Länder, Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie
625 Nullrunden und eine hohe Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten. Damit muss
626 endlich Schluss sein! Wir wollen einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst und eine
627 angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten.

628 DIE LINKE will:

629

630 • **Privatisierungen stoppen**

631 Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. DIE
632 LINKE lehnt die Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben und im Bereich der öffentlichen
633 Daseinsvorsorge grundsätzlich ab. Jede Privatisierung, auch die Überführung in private
634 Rechtsform (z. B. GmbH oder gGmbH) bedeutet auch einen Abbau von Demokratie, weil
635 demokratisch gewählte Parlamente keinen Einfluss mehr auf die Tätigkeit der
636 privatisierten Einrichtung haben. Auch sogenannte Öffentlich-Private-Partnerschaften
637 (ÖPP) sind Teil der Privatisierungsbestrebungen und gehen zu Lasten der öffentlichen
638 Hand. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und unter
639 demokratische Kontrolle.

640

641 • **Rekommunalisierungen fördern**

642 Auch auf kommunaler Ebene gab es in den letzten Jahrzehnten eine Privatisierungswelle.
643 DIE LINKE will die Kompetenzstelle PPP (Public-Private-Partnership) in der Staatskanzlei
644 auflösen und durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“ ersetzen, die die
645 Kommunen fachlich und rechtlich unterstützt, kommunale Infrastruktur wieder in die
646 öffentliche Hand zu überführen.

647

648 • **Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL)**

649 Unter Roland Koch wurden tarifliche Standards durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft
650 der Länder verschlechtert. Schwarzgrün hat diese Fehlentscheidung nicht korrigiert. DIE
651 LINKE fordert, den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder.

652

653 • **Öffentlichen Dienst ausbauen**

654 DIE LINKE will den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Um
655 Schulen und andere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge besser auszustatten, müssen
656 rund 16.000 Stellen im öffentlichen Dienst eingerichtet werden. Zudem muss die
657 Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst deutlich erhöht werden. Die Einführung von
658 „Beschäftigten zweiter Klasse“ wie bei angelernten Hilfskräften im Schuldienst und als
659 sogenannte Wachpolizei, lehnt DIE LINKE ab.

660

661 • **Arbeitszeiterhöhung im Öffentlichen Dienst zurücknehmen**

662 Die Koch-Regierung hat die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten ohne Lohnausgleich
663 von 38,5 auf 42 Stunden erhöht. Auch wenn Schwarzgrün die Arbeitszeit der Beamten
664 wieder um eine Stunde auf 41 Stunden reduziert hat, liegt das immer noch über dem in
665 der Hessischen Verfassung vorgesehenen Maximum des Acht-Stunden-Tages und führt

666 dazu, dass in vielen Bereichen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei, die
667 Arbeitsbelastung das Maß des Zumutbaren überschritten hat. Viele wechseln deshalb in
668 Teilzeit und nehmen Einkommensverluste hin, um diese Belastung zu verringern. DIE
669 LINKE fordert, die Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten
670 zurückzunehmen.

671

672 • **Öffentlichen Dienst demokratisieren**

673 Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte wurden von den CDU-geführten
674 Landesregierungen der letzten Jahre massiv beschnitten. DIE LINKE setzt sich für eine
675 vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte
676 im Hessischen Personalvertretungsgesetz ein.

677

678

679 **Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient**

680 Landes- und Bundesregierung verfolgen eine, einseitig auf Export orientierte, Strategie in der
681 Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse dieser Strategie waren sinkende Reallöhne, Ansteigen der
682 Armut und Schwächung der Binnenkonjunktur. Normalarbeitsverhältnisse, von denen
683 Beschäftigte den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien auskömmlich sichern können,
684 werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt. International sind durch die
685 rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische Ungleichgewichte
686 entstanden, die in der sogenannten Euro-Krise sichtbar wurden. DIE LINKE will keine markt-
687 konforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist.
688 Die Landespolitik muss aktiv eingreifen, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und zu
689 sichern, um Unternehmen auf die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu verpflichten
690 und um zukunftsfähige Konzepte insbesondere für die Industrie zu entwickeln.

691 • **Demokratisierung der Wirtschaft**

692 Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften fördern und den Einfluss der
693 öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben verstärken. Deshalb setzen wir uns für eine
694 Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen - wie in allen anderen
695 Bundesländern auch - wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen.

696

697 • **Betriebliche Mitbestimmung ausbauen**

698 Um die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten zu stärken und die
699 Gründung von Betriebsräten zu unterstützen, wollen wir eine Hessische
700 Arbeitnehmerkammer einrichten, die Beschäftigte bei der Wahrnehmung ihrer Rechte
701 unterstützt, allgemeine Rechtsberatung und politische Bildungsveranstaltungen anbietet
702 und dem Landtag einen jährlichen Bericht zur Lage der lohnabhängig Beschäftigten und
703 ihrer Familien vorlegt.

704

705 • **Aktive Industriepolitik und Konversionsprogramme entwickeln**

706 Hessen hat einen hohen Anteil industrieller Arbeitsplätze. Allerdings stehen weite Teile
707 der Industrie, und ganz besonders die Automobilindustrie vor einem Umbruch und einem
708 tiefgreifenden Strukturwandel. Bereits in den vergangenen Jahren sind viele
709 Industriearbeitsplätze in Hessen verloren gegangen, zulasten der Beschäftigten und
710 ganzer Regionen. Dabei bieten insbesondere die Energie- und Verkehrswende große
711 Chancen, um industrielle Arbeitsplätze zu erhalten und langfristig zu sichern. Wir wollen,
712 dass die Landesregierung daran mitwirkt, Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau
713 zu entwickeln und diese umzusetzen. Für die Rüstungsindustrie müssen
714 Konversionsprogramme aufgelegt werden, damit durch die Arbeit und den Materialeinsatz
715 Produkte hergestellt werden, die ausschließlich der friedlichen Nutzung dienen.

716

717 • **Nachhaltige Kaliförderung in Hessen**

718 Die Einleitung der Abwässer in Werra und Weser sowie ihre Versenkung in den
719 Untergrund versalzen Flüsse und Böden und gefährden das Grund- und Trinkwasser. Wir
720 sind überzeugt: Laugenentsorgung und Energiewende können gewinnbringend für
721 Umwelt, Arbeitsplätze und die Kaliindustrie verbunden werden. Eine nachhaltige
722 Kaliproduktion würde die kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern, aber
723 Umweltschäden verringern, Rohstoffe schützen und Arbeitsplätze auch in der Zukunft
724 sichern. Wir wollen flüssige Abwässer eindampfen, in der Lauge und dem Haldenmaterial
725 enthaltene Wertstoffe zusätzlich gewinnen, feste Reste und die auf Halden geschütteten
726 Abfälle der letzten Jahrzehnte wieder in die Hohlräume unter Tage verbringen. Eine
727 Oberweserpipeline mit Stapelbecken wäre überflüssig. Zudem wollen wir eine Senkung
728 des Kalidüngerverbrauchs durch den Umstieg auf ökologischen Landbau erreichen. Auf
729 Bundesebene fordern wir die Novellierung des Bundesberggesetzes und die Änderung des
730 Wasserrechts, so dass salzhaltige Abwässer in die Liste umweltgefährdender Stoffe
731 aufgenommen werden.

732

733 • **Finanzplatz Frankfurt**

734 Am Finanzplatz Frankfurt arbeiten etwa 70.000 Menschen. Durch die Finanzkrise,
735 Umstrukturierungen und Personalabbauprogramme der Banken sind viele Arbeitsplätze
736 gefährdet. Bisher ergreift die Landesregierung keine geeigneten Maßnahmen dagegen.
737 Das „Finanzplatzkabinett“ will den Finanzplatz Frankfurt durch die Ansiedelung neuer
738 Banken infolge des Brexits nur immer weiter vergrößern statt ihm Schranken aufzuweisen.
739 Wer aber Arbeitsplätze sichern, Finanzblasen vermeiden und die nächste Finanzkrise
740 verhindern will, muss dafür eintreten, dass die Finanzmärkte reguliert,
741 Hochrisikogeschäfte verboten und die Tätigkeiten der Banken auf den Kernbereich
742 beschränkt werden.

743

744 • **Wirtschaftsförderung neu ausrichten**

745 Die Wirtschaftsförderung des Landes muss neu ausgerichtet und stärker sozialen Zielen
746 und dem Erhalt von Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Bei Insolvenzen und
747 Massenentlassungen muss die Landesregierung aktiv eingreifen. Den Einsatz öffentlicher
748 Gelder zum Erhalt von Arbeitsplätzen verbindet DIE LINKE dabei mit der Eigentumsfrage.
749 Es ist nicht einzusehen, weshalb öffentliche Gelder zur Absicherung privater Profite
750 eingesetzt werden sollten. Die Förderrichtlinien der Wirtschafts- und Infrastrukturbank
751 Hessen (WI-Bank) sollen überarbeitet werden. Unternehmen, die Lohndumping betreiben
752 oder Umweltstandards unterlaufen, dürfen keine öffentliche Förderung bekommen. Die
753 monetäre und nicht-monetäre Wirtschaftsförderung in Hessen wollen wir wieder
754 zusammenführen.

755 • **Kleine und mittelständische Unternehmen fördern**

756 Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften
757 fördern und stärken. Aufträge der öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz
758 erteilen, das die Aufteilung der Aufträge in Teillose vorschreibt, die KMU leisten können.
759 Die Energiewende birgt große Chancen für das Handwerk in Hessen, wenn sie endlich
760 konsequent vorangetrieben und gefördert wird. Gleiches gilt für die Reparatur- und
761 Modernisierungsoffensive, die wir vorschlagen, um Energie- und Ressourcenverbrauch
762 von Haushalten, Behörden und Unternehmen zu verringern.

763

764 • **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

765 DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu
766 wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und

767 ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie
768 Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollen vom Land
769 unterstützt werden. Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur einschließlich Bildungs-
770 und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs
771 spielen hier eine wichtige Rolle. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen
772 sowie Verkehrswege reduziert werden.

773

774 • **Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität**

775 In der Bundesrepublik Deutschland sind laut der Statistik des Bundeskriminalamtes nur
776 1,7 Prozent aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7 Prozent
777 entfallen rund 60 Prozent des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen
778 Schadens. Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen
779 Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften,
780 Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die
781 notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle
782 Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen
783 Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren
784 Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über
785 Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz.

786

787 • **Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen**

788 Die in öffentlich-rechtlicher Gewährsträgerschaft geführten Sparkassen dienen
789 insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit
790 Bankdienstleistungen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an
791 ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelstandsförderung
792 beizutragen. Anders als private Banken sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir wollen
793 die Gemeinwohlorientierung stärken. Die letzten Novellierungen des Sparkassengesetzes,
794 die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der
795 Beschäftigten durchgedrückt wurden, müssen revidiert werden. DIE LINKE lehnt eine
796 Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab. Wir wollen den Einfluss der
797 Kommunen auf die Sparkassen erhalten. Darüber hinaus ist gesetzlich festzuschreiben,
798 dass die Dispozinsen bei Sparkassen maximal 5 Prozent über dem EZB-Leitzins liegen
799 dürfen. Derzeit werden nicht einmal 10 Prozent der von den Sparkassen erwirtschafteten
800 Gewinne an ihre Träger, die Kommunen, ausgeschüttet, obwohl die Haushaltslage in
801 vielen hessischen Kommunen angespannt ist. Das wollen wir ändern.

802

803

804

805 **3. Bezahlbare Wohnungen für alle**

806

807 Wohnen ist ein Menschenrecht. In den Ballungszentren, Universitätsstädten und kleineren
808 Städten Hessens fehlt es aber an bezahlbarem Wohnraum. Die Mietpreise explodieren. Vor
809 allem dort, wo Wohnungen knapp sind, sind Haushalte oftmals gezwungen, 50 bis 60 Prozent
810 ihres verfügbaren Einkommens für Miete und Nebenkosten aufzuwenden. Die Städte
811 verändern sich: Die attraktiven Innenstädte sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten.
812 Menschen mit geringem Einkommen, Studierende, Rentnerinnen und Rentner werden
813 verdrängt. Überhöhte Mieten und steigende Nebenkosten überfordern auch Menschen mit
814 mittlerem Einkommen. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert
815 viele Menschen. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass immer mehr Menschen im
816 ländlichen Raum gezwungen sind, abzuwandern, weil sie dort keine Arbeit finden. Leerstand
817 in ländlichen Kommunen steht Wohnungsnot im Rhein-Main-Gebiet, in den Groß- und

818 Universitätsstädten gegenüber. Die Städte wachsen auf Kosten der Menschen, die dort leben.
819 Jetzt rächt sich, dass sich der Staat aus der Verantwortung für die Wohnungsversorgung
820 zurückgezogen hat. Innerhalb von etwas mehr als 25 Jahren hat sich die Zahl an
821 Sozialwohnungen in Hessen von 205.000 auf inzwischen knapp über 90.000 deutlich mehr
822 als halbiert. Seit 2015 fielen über 19.000 Sozialwohnungen aus der Bindung. Obwohl die
823 schwarzgrüne Landesregierung große Aktivitäten vorzugeben scheint, entstehen jedes Jahr
824 weniger als 1.000 neue Sozialwohnungen in Hessen, die mit Landesmitteln errichtet werden.
825 Derzeit suchen fast 45.000 berechnigte Mieter_innen eine Sozialwohnung. Die Zahl der
826 Haushalte, die trotz Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum auf den privaten
827 Wohnungsmarkt ausweichen muss, liegt noch wesentlich höher. Selbst nach Angaben der
828 Landesregierung fehlen bis 2040 rund eine halbe Million Wohnungen.
829 Auch die Wohnungssituation für Studierende in Hessen ist seit langem unzumutbar. Für über
830 240.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal
831 jede oder jeder 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz. Vielfach haben Finanzinvestoren
832 den Wohnungsmarkt als renditeträchtigen Bereich identifiziert, um in „Betongold“ zu
833 investieren. In der Folge werden hochpreisige Luxuswohnungen gebaut, die sich nur wenige
834 Menschen leisten können. DIE LINKE betrachtet die Versorgung breiterer
835 Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum als öffentliche Aufgabe und fordert eine
836 aktive Wohnungspolitik des Landes, des Bundes und der Gemeinden. In der
837 Auseinandersetzung um Wohnraum stellen wir stets die grundsätzliche Frage „Wem gehört
838 die Stadt?“ Und wem gehören Grund und Boden? Wir kämpfen für Städte und Gemeinden, in
839 denen die Interessen der Menschen und nicht der Profit von Privatinvestoren im Mittelpunkt
840 stehen.

841

842 DIE LINKE will:

843

844 • **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau**

845 Den Bau von mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen jährlich schwerpunktmäßig
846 in den Ballungsräumen und Universitätsstädten realisieren. Ein wesentliches
847 Augenmerk muss dabei auf der Schaffung barrierefreier und altersgerechter
848 Wohnungen liegen.

849 • **Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften stärken**

850 Um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu entgegnen, kommt öffentlichen
851 Wohnungsbaugesellschaften eine Schlüsselrolle zu. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die
852 Privatisierung von Wohnungsbaugesellschaften zu verhindern. Im Gegenteil, wir wollen
853 sie als wichtige Instrumente zum Bau bezahlbarer Wohnungen und für eine aktive
854 Stadtentwicklung stärken und weiterentwickeln. Die Nassauische
855 Heimstätte/Wohnstadt muss vom Land in Absprache mit den Kommunen stärker für
856 den Bau von bezahlbaren Wohnungen genutzt werden. DIE LINKE fordert ein
857 wohnungspolitisches Gesamtkonzept, das Barrierefreiheit berücksichtigt und
858 alternative sowie genossenschaftliche Modelle mit einbezieht. Geförderte Wohnungen
859 sind allen Berechtigten, unabhängig von ihrer Herkunft, zugänglich zu machen. Auch
860 Arbeitslosigkeit und Verschuldung dürfen kein Ausschlussgrund sein. Besondere
861 Bedürfnisse von Familien mit Kindern sowie von älteren Menschen oder Menschen mit
862 Behinderungen müssen berücksichtigt werden. Die Landesregierung muss darauf
863 hinwirken, dass Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht zwangsgeräumt werden.
864

865 • **Recht auf Wohnen – Leerstand bekämpfen**

866 Im Bereich der Wohnungsversorgung gilt es, das grundgesetzliche Prinzip der
867 Sozialverpflichtung des Eigentums durchzusetzen. Auch das Sozialstaatsgebot der
868 Hessischen Verfassung sollte durch das Recht auf Wohnen weiterentwickelt werden.

869 Wir wollen die gesetzlichen Möglichkeiten erweitern, um spekulativen Leerstand unter
870 öffentliche Verwaltung zu stellen oder zu enteignen. Bei Haus- und
871 Wohnungsbesetzungen müssen sich die öffentlichen Stellen im Dialog mit den
872 Betroffenen bemühen, eine sinnvolle legale Nutzung der Räume zu ermöglichen.
873 DIE LINKE wird sich konsequent dafür einsetzen, dass Flächen des Landes Hessen für
874 den sozialen Wohnungsbau und alternative und genossenschaftliche Modelle
875 preisgünstig zur Verfügung gestellt werden.

876 Um die Umwandlung von Wohnungen in profitabler vermietbare Büros zu unterbinden,
877 wollen wir das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum wiedereinführen.
878

879 • **Steigende Nebenkosten begrenzen – Stromsperren verbieten**

880 Neben dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist auch das Phänomen der „zweiten
881 Miete“, d.h. der steigenden Nebenkosten ein gravierendes Problem. Die energetische
882 Sanierung von Wohnungen ist zu begrüßen. Notwendige energetische Sanierungen
883 dürfen nicht zum Anstieg der Warmmieten führen. Land und Kommunen müssen als
884 Miteigentümer öffentlicher Versorgungsbetriebe auf eine verantwortungsbewusste
885 Preisgestaltung hinwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass
886 Energieunternehmen bei Zahlungsunfähigkeit von Kundinnen oder Kunden nicht
887 Strom, Wasser oder Gas abschalten. DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur
888 ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird
889 ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird
890 mit Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser
891 Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. DIE LINKE
892 will ein Konzept zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen und die Abschaffung
893 der Möglichkeit, solche Investitionen komplett auf die Mieterinnen und Mieter
894 umzulegen.

895 • **Förderung studentischen Wohnraums**

896 Studentenwerke und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wie die Nassauische
897 Heimstätte/Wohnstadt müssen schnell finanziell in die Lage versetzt werden, allen
898 Studierenden, die einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen wollen, geeigneten
899 Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch einmalige Zuschüsse für alle durch Neu-
900 oder Umbau zur Verfügung gestellten Wohnungen für Studierende wollen wir das
901 Angebot jährlich um 2.000 Wohneinheiten steigern. Die Zeit, in denen sich
902 Studierende zu völlig überhöhten Preisen am freien Wohnungsmarkt versorgen oder in
903 Notunterkünften leben, muss in Hessen der Vergangenheit angehören.
904

905 • **Für eine wirksame Mietpreisbremse**

906 Um Mietwucher zu verhindern und überhöhte Mieten zu unterbinden, werden wir auf
907 alle Kommunen einwirken, einen verbindlichen Mietspiegel zu erstellen. Das Ziel
908 hessischer Wohnungspolitik muss es sein, dass kein Haushalt mehr als 30 Prozent des
909 Nettoeinkommens für Miete und Mietnebenkosten aufwenden muss. Auf der
910 Bundesebene setzen wir uns für eine wirksame Mietpreisbremse ein.
911

912 • **Mieterbeiräte durchsetzen und Initiativen unterstützen**

913 Wir wollen die Bildung von Mieterbeiräten mit Kontrollrechten gegenüber Management
914 und Verwaltung ermöglichen und gesellschaftliche Initiativen für bezahlbares Wohnen,
915 wie etwa die „Recht auf Stadt“ – Bewegung unterstützen
916
917

918

919 **4. Soziale Gerechtigkeit und gute Gesundheitsversorgung**

920

921 Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial
922 abgesichert leben können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der tatsächlich alle Menschen
923 gleiche Rechte und gleichen Zugang zu gesellschaftlichen Gütern haben.

924

925

926 **Armut bekämpfen**

927

928 Hessen ist ein reiches Land. Gleichzeitig gibt es große Armut: 900.000 Menschen in Hessen
929 sind armutsgefährdet, über 18 Prozent Kinder und Jugendliche leben in Armut. Besonders
930 Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind von Armut betroffen. Viele
931 Erwerbstätige verdienen nicht genügend Geld, um ihre Familie zu ernähren, sie müssen
932 ergänzende Leistungen beantragen. Die Hartz-Gesetze führen dazu, dass Menschen Angst
933 haben müssen, bei Arbeitsplatzverlust in Armut zu fallen. Wer von Transferleistungen
934 betroffen ist, muss befürchten, in den Jobcentern und den Agenturen für Arbeit drangsaliert
935 und sanktioniert werden. Vielen älteren Menschen reicht ihre Rente nicht. Sie müssen zum
936 Sozialamt, verdienen sich etwas dazu, sammeln Pfandflaschen und kommen kaum über die
937 Runden. Bei Pflegebedürftigkeit müssen oft das Sozialamt oder Angehörige einspringen. Die
938 schwarzgrüne Landesregierung hat diese Probleme nicht abgemildert, im Gegenteil: Die
939 Armut ist in den letzten Jahren sogar noch gestiegen – trotz guter Haushalts- und
940 Konjunkturlage. Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich werden nicht angemessen
941 bezahlt, haben oft nicht akzeptable Arbeitsbedingungen und erfahren zu wenig
942 gesellschaftliche Wertschätzung. Ehrenamtliche Arbeit wird oft ausgenutzt, um die Lücken im
943 sozialen Netz nicht zu groß werden zu lassen. Die Existenz von Tafeln und Kleiderkammern
944 beispielsweise ist für viele Menschen mittlerweile notwendig zum Überleben. Dabei ist genug
945 für alle da, wir kämpfen für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

946

947 DIE LINKE will:

948

949 • **Bedarfsorientierte Mindestsicherung statt Hartz IV**

950 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Hartz IV durch eine sanktionsfreie
951 bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt wird, die Betroffene gegen Armut
952 absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert: Hartz IV muss weg!

953

954 • **Grundversorgung garantieren**

955 Die Grundversorgung mit notwendigen Gütern wie Bildung, Mobilität, Gesundheit,
956 Wohnen soll für alle Menschen kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung stehen,
957 damit alle mobil sein können, eine angemessene Wohnung haben, niemandem Strom
958 und Heizung abgestellt wird und jeder Mensch sein Recht auf Bildung realisieren kann.

959

960 • **Kosten der Unterkunft erhöhen – Zwangsumzüge verhindern**

961 Für Menschen, die von Transferleistungen betroffen sind, muss eine bedarfsgerechte
962 Finanzierung der Miete erfolgen. Die sogenannten Kosten der Unterkunft (KdU) sind
963 entsprechend anzupassen. Zwangsumzüge wollen wir verhindern.

964

965 • **Soziale Arbeit angemessen bezahlen und absichern**

966 Die Landesregierung hat für gute Rahmenbedingungen bei der Schwangerenberatung,
967 Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung, der Drogenberatung, der
968 Gemeinwesenarbeit, der Jugendarbeit, der Altenhilfe, in der Beschäftigungsförderung,
969 der Eingliederungshilfe, usw. zu sorgen. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz der

970 Fachberatungsstellen gegen sexuelle und andere Gewalt. Frauenhäuser brauchen
971 einen besseren Personalschlüssel.

972

973

974 **Landesaktionsplan gegen Kinderarmut**

975

976 Ganz besonders die Armut bei Kindern und Jugendlichen ist eine Schande für ein reiches
977 Land. Mehr als 18 Prozent aller Kinder und Jugendlichen sind in Hessen armutsgefährdet. Die
978 Zahlen steigen, ganz besonders in Mittel- und Nordhessen. Armut von Kindern und
979 Jugendlichen äußert sich nicht nur in materieller Hinsicht, die Folgen sind eingeschränkte
980 gesellschaftliche Teilhabe, Benachteiligungen bei der Bildung und in der gesundheitlichen
981 Entwicklung.

982

983 DIE LINKE hat die Landesregierung aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut
984 zu entwickeln. Dieser müsste folgende Elemente enthalten:

985

- 986 • **Ganztagschulen ausbauen**

987 Die Kindertagesstätten sollen gebührenfrei und personell gut ausgestattet werden. Die
988 Betreuungszeiten müssen eine Vollzeitberufstätigkeit möglich machen.

989

- 990 • **Kostenfreies Mittagessen in den Bildungseinrichtungen**

991 Alle Kinder brauchen ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen in Kitas
992 und Schulen. Mit leerem Bauch lernt es sich nicht gut. Auch Ausflüge, Bastelmaterial,
993 Lernmittel müssen kostenfrei zur Verfügung stehen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel
994 abhängen.

995

- 996 • **Mehr bezahlbare Wohnungen**

997 Mehr bezahlbare Wohnungen sind in Hessen dringend erforderlich. Diese müssen
998 barrierefrei und kindgerecht ausgestattet werden. Kinder brauchen einen ruhigen Ort
999 zum Lernen und Platz zum Spielen.

1000

- 1001 • **Kinderrechte und Jugendarbeit stärken**

1002 Kinder haben Rechte, sie sollen in ihrem Lebensumfeld mitsprechen können, sie
1003 brauchen aber auch professionelle Ansprechpartner*innen in schwierigen
1004 Lebenssituationen.

1005

- 1006 • **Perspektiven bieten – mehr öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen**

1007 Eltern in Sozialleistungsbezug brauchen wirksame Unterstützung, um eine
1008 existenzsichernde Beschäftigung zu erhalten, die mit der Kinderbetreuung vereinbar
1009 ist. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor kann dies unterstützen.

1010

- 1011 • **Kindergrundsicherung einführen**

1012 Auf Bundesebene muss sich das Land Hessen für eine eigenständige
1013 Kindergrundsicherung einsetzen. Für jedes Kind muss mindestens das
1014 Existenzminimum vorhanden sein.

1015

1016

1017 **Gesundheit darf keine Ware sein**

1018

1019 Eine gute Gesundheitsversorgung ist für alle Menschen lebensnotwendig. Sie muss für jeden
1020 und jede gleichermaßen zur Verfügung stehen – unabhängig von Wohnort und Geldbeutel. Wir

1021 wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Die Gesundheitsversorgung muss den privaten
1022 Profitinteressen entzogen werden. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung mit
1023 Kliniken, mit Ärztinnen und Ärzten, Hebammen, Pflegekräften, Therapeutinnen und
1024 Therapeuten sowie Apotheken. Alle Beschäftigten im Gesundheitswesen sollen für ihre gute
1025 Arbeit angemessen bezahlt werden. Für private Gewinne hingegen sind die
1026 Krankenversicherungsbeiträge nicht da.

1027
1028 In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden viele vormals kommunale Krankenhäuser
1029 privatisiert. Das hat vielerorts zu einer schlechteren Patientenversorgung, mehr Druck auf die
1030 Beschäftigte und Personalabbau geführt. Mit der Privatisierung des Universitätsklinikum
1031 Gießen und Marburg hat die CDU-Landesregierung nicht nur den Beschäftigten, sondern auch
1032 hunderttausenden Patienten geschadet. Gesundheitsversorgung gehört in öffentliche Hand,
1033 sie muss demokratisch kontrolliert und ausreichend finanziert werden, das ist der beste
1034 Garant für eine gute Versorgung für alle.

1035
1036 Das Land Hessen ist verantwortlich für die Krankenhäuser und muss genügend Geld für
1037 Investitionen zur Verfügung stellen. Für eine gute Versorgung im Krankenhaus ist mehr
1038 Personal erforderlich. Das dient der Gesundheit der Patientinnen und Patienten sowie der
1039 Beschäftigten. Die Pflegekräfte müssen dringend entlastet werden.

1040
1041 DIE LINKE will:

- 1042
- 1043 • **Kommunale Kliniken erhalten statt privatisieren**
1044 Wir wollen kommunale Kliniken erhalten und den Rückkauf dort fördern, wo bereits
1045 privatisiert wurde. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und nicht in die
1046 Hände von Aktiengesellschaften.
 - 1047
1048 • **Investitionsprogramm für Krankenhäuser auflegen**
1049 Krankenhäuser benötigen jährlich einen Betrag von etwa acht bis zehn Prozent ihres
1050 Umsatzes für Investitionen. Hierfür ist die Landesregierung zuständig. Da sie dieser
1051 Verantwortung nicht nachkommt, wird meist zulasten der Personalkosten investiert. In
1052 der nächsten Wahlperiode sind Investitionsmittel von etwa 1,2 Milliarden Euro im
1053 Landeshaushalt bereitzustellen.
 - 1054
1055 • **Personalmindeststandards einführen**
1056 In allen Kliniken müssen Personalmindeststandards festgelegt werden. Keine
1057 Pflegekraft darf nachts alleine auf einer Station oder in einem Wohnbereich arbeiten
1058 müssen. In der Langzeitpflege müssen die Standards verbessert werden. Dies ist
1059 notwendig, um mehr Pflegekräfte zu gewinnen.
 - 1060
1061 • **Würdevolle Behandlung psychisch kranker Menschen**
1062 Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ stellt Schutz und Würde des Menschen in den
1063 Mittelpunkt. Krankenhausaufenthalte und die Unterbringung von Menschen mit
1064 psychischen Erkrankungen sind durch eine gute Struktur ambulanter Maßnahmen
1065 soweit wie möglich zu vermeiden. Die sozialpsychiatrischen Dienste müssen
1066 ausgebaut werden und dafür sorgen, dass 24-Stunden-Krisendienste zur Verfügung
1067 stehen. In der Klinik ist eine gute Ausstattung mit qualifiziertem Personal erforderlich,
1068 so dass die Pflege und Behandlung über tragfähige Beziehungen erfolgen kann. DIE
1069 LINKE lehnt die Anwendung von Zwang und Gewalt ab. Das Psychisch-Kranken-
1070 Hilfesgesetz und das Maßregelvollzugsgesetz müssen in Übereinstimmung mit der UN-
1071 Behindertenrechtskonvention und der Verfassung gebracht werden. Die Erfahrungen

1072 der Psychiatriereformbewegung sollen in Gesetz und Praxis aufgenommen und
1073 Psychiatrieerfahrene einbezogen werden.

1074

1075 • **Flächendeckende Versorgung mit Hebammen**

1076 Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen muss sichergestellt werden.

1077 Hebammen brauchen bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung, bei der
1078 Geburt soll eine Eins-zu-Eins-Betreuung gegeben sein. Allen Eltern soll bereits bei der
1079 Geburt Unterstützung angeboten werden. Für Eltern, die Bedarf haben, soll es
1080 genügend Familienhebammen, Beratungs-, Fortbildungs- und Unterstützungsangebote
1081 geben.

1082

1083 • **Flächendeckende Versorgung mit Ärzten – auch im ländlichen Raum**

1084 Allgemein- und kinderärztliche Praxen müssen für alle Menschen gut und schnell
1085 erreichbar sein, dafür müssen genügend Ärztinnen und Ärzte und Therapeutinnen und
1086 Therapeuten ausgebildet werden. Ärztliche Bereitschaftsdienste müssen außerhalb
1087 der Sprechzeiten qualifiziert und gut erreichbar sein. Die psychotherapeutische
1088 Versorgung muss verbessert werden und Angebote mit interkultureller Kompetenz
1089 müssen vorhanden sein.

1090

1091 • **Aufwertung der Pflegeberufe durch gute Bezahlung und gute
1092 Arbeitsbedingungen**

1093 Wir brauchen mehr ausgebildete Pflegekräfte. Dies wird nur mit einer Aufwertung der
1094 Berufe und mit besseren Arbeitsbedingungen sowie besserer Bezahlung, gerade in der
1095 Altenpflege, möglich sein. Die Umstellung in der Pflegeausbildung muss von Seiten
1096 des Landes so gestaltet werden, dass die Altenpflegeschulen genügend Unterstützung
1097 erfahren und der Personalmangel gerade in der Altenpflege bekämpft wird.

1098

1099

1100 **Jugendpolitik**

1101

1102 Jugendliche brauchen Freiräume, sie müssen eigene Entscheidungen treffen können und sie
1103 brauchen abgesicherte Rechte. In den letzten Jahren wurden viele Angebote für Jugendliche
1104 gekürzt und gestrichen. Die Kommunen haben oft zuerst an Jugendzentren und Jugendtreffs,
1105 an Orts- und Stadtteilbibliotheken, Schwimmbädern und Musikschulen gespart, um auf den
1106 Haushaltskonsolidierungsdruck zu reagieren. Jugendliche brauchen ausreichend
1107 Freizeitangebote und Orte, an denen sie sich treffen können. Das gilt insbesondere für
1108 Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, die sich privat organisierte Angebote oft
1109 nicht leisten können.

1110

1111 DIE LINKE will:

1112

1113 • **Jugendzentren erhalten – Freiräume schaffen**

1114 Wir wollen Jugendzentren erhalten und Freizeitangebote ausbauen. Jugendzentren
1115 brauchen qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal, Sozialarbeiter*innen und
1116 Sozialpädagoge*innen. Zudem wollen wir den Einsatz von Streetworker*innen
1117 verstärken.

1118

1119 • **Finanzierung der Jugendverbände verbessern**

1120 Die Finanzierung der Jugendverbände wollen wir auf eine verlässliche Basis stellen,
1121 indem ein Mindestbetrag gesetzlich festgelegt wird, der nicht unterschritten werden
1122 darf.

1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160
1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172

- **Kulturelle Bildung fördern**

Wir wollen die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern und erreichen, dass Jugendliche unter 18 Jahren freien Eintritt in die staatlichen Museen und Theater erhalten.

- **Politische und gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen**

Jugendliche sollen vor Ort, in den Schulen, über Vereine an politischen Entscheidungen beteiligt werden, das Wahlalter soll auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

- **Rechte von Jugendlichen garantieren**

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sollen in Jugendhilfeverfahren und bei Trennungen gewahrt sein. Sie brauchen einen Beistand und eine Ombudsstelle, an die sie sich wenden können, um Unterstützung zu bekommen und damit ihre Interessen besser durchgesetzt werden können.

Selbstbestimmt und in Würde altern

Es ist schön, dass immer mehr Menschen immer älter werden. Gleichzeitig wird auch Armut für zunehmend mehr ältere Menschen zu einem gravierenden Problem. Die Renten sind in vielen Fällen nicht ausreichend, so dass Seniorinnen und Senioren bis ins hohe Alter arbeiten oder sogar Flaschen sammeln müssen. Und dies, obwohl sie jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt haben. „Reformen“, wie die Rente mit 67, haben letztendlich nur zur Kürzung der Ansprüche geführt.

Ältere Menschen sollen selbstverständlich an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Barrierefreiheit ist in allen Bereichen erforderlich. Wir brauchen vor Ort öffentliche und kostenfrei zugängliche Begegnungsräume, einen gut ausgebauten und barrierefreien ÖPNV, sowie auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten zugeschnittene Sportangebote und gute Strukturen für ehrenamtliches Engagement.

DIE LINKE will:

- **Barrierefreiheit herstellen**

Barrierefreiheit muss bei allen baulichen Maßnahmen erforderlich sein und geprüft werden. Der öffentliche Raum muss für alle barrierefrei zugänglich sein.

- **Unterstützung gewährleisten**

Seniorinnen und Senioren sollen Hilfen zur Verfügung gestellt werden, um in der bekannten Umgebung leben zu können. Dazu gehört die Förderung von Senioren- und altersübergreifenden Wohngemeinschaften, Hilfen bei dem Erhalt der Wohnung und bei der Suche nach geeignetem Wohnraum.

- **Pflegeinfrastruktur verbessern**

Flächendeckend müssen Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur vorhanden sein, auch Angebote für Menschen mit dementiellen Erkrankungen und zur Entlastung von pflegenden Angehörigen.

1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181
1182
1183
1184
1185
1186
1187
1188
1189
1190
1191
1192
1193
1194
1195
1196
1197
1198
1199
1200
1201
1202
1203
1204
1205
1206
1207
1208
1209
1210
1211
1212
1213
1214
1215
1216
1217
1218
1219
1220
1221
1222
1223
1224

- **Mehr Personal in der Pflege**

Wir wollen für genügend Pflegekräfte zu sorgen, indem der Beruf attraktiver gemacht wird, ein besserer Personalschlüssel eingeführt und die Ausbildung besser finanziert wird.

- **„Grauen Pflegemarkt“ im Interesse der Pflegenden und Betroffenen regeln**

Der so genannte „graue Pflegemarkt“, in dem ausländische, vorwiegend osteuropäische, Pflegekräfte tätig sind, muss reguliert werden, um Ausbeutung und das Ausnutzen von Notlagen zu unterbinden.

- **Anhebung des Rentenniveaus**

Wir werden uns auf Bundesebene für eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro einsetzen.

Für eine andere Sucht- und Drogenpolitik

Bundesweit sterben jährlich über 200.000 Menschen an den Folgen von Alkohol und Tabak. Über 30.000 Menschen gelten als spielsüchtig. Auch die Onlinesucht nimmt kontinuierlich zu. Der Besitz von Cannabis wird mit teils drastischen Strafen verfolgt, obwohl dessen Konsum weit weniger süchtig machend ist als andere Drogen und nicht tödlich ist. Selbst zu notwendigen medizinischen Zwecken ist Cannabis immer noch kaum erhältlich. Wir wollen grundsätzliche Veränderungen bei der bisherigen Drogenpolitik und Sucht-Prävention. In vielen Ländern und in über 20 US-Staaten kann Cannabis zu medizinischen, kommerziellen oder privaten Zwecken angebaut oder konsumiert werden. Im Zentrum eines besseren Umgangs mit Sucht und Drogen muss Suchtprävention und Hilfe statt Kriminalisierung, sowie die Bekämpfung des Schwarzmarktes stehen.

DIE LINKE will:

- **Prävention und Aufklärung verbessern**

Die Prävention und Aufklärung über alle Suchtgefahren sowie Hilfsangebote für Betroffene von Sucht und Drogenmissbrauch müssen deutlich verbessert und ausgebaut werden. Ausstiegsorientierte und konsumakzeptierende Hilfen sind nötig, wie Drug-Checking, Drogensubstitution, Gesundheitshilfen für Drogenkranke, Druckräume mit hygienischen Bedingungen sowie Beratung für Betroffene und ihre Familien.

- **Legalisierung von Cannabis**

Wir treten ein für die Legalisierung und Regulierung statt Kriminalisierung von Cannabis und den straffreien Gebrauch zu medizinischen und privaten Zwecken. Wissenschaftlich nachvollziehbare Grenzwerte für Cannabisgebrauch im Straßenverkehr und eine flächendeckende Versorgung mit Substituten bzw. Diamorphin sind notwendig.

Universitätsklinikum Gießen-Marburg zurück zum Land

Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) war ein Fehler. Die damalige Landesregierung hat das Klinikum 2006 weit unter Wert an eine private

1225 Aktiengesellschaft, die Rhön-AG, verkauft. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch
1226 feierte das Projekt als „Leuchtturm“. Als Teil des Rhön-Konzerns ist das UKGM zum Spielball
1227 auf den Finanzmärkten verkommen. Mehrfach scheiterten Versuche des
1228 Gesundheitskonzerns Fresenius, die komplette Rhön-AG und das UKGM zu übernehmen.
1229 Gleichzeitig haben sich die Bedingungen für die medizinische Versorgung der Patientinnen
1230 und Patienten, für die Beschäftigten sowie für Forschung und Lehre spürbar verschlechtert.
1231 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen an ihre Grenzen gehen, um eine vernünftige
1232 Patientenversorgung zu ermöglichen.

1233 DIE LINKE will:

1234

1235 • **Die Rückführung des UKGM in Landeseigentum**

1236 Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg muss in Landeseigentum zurückgeführt
1237 werden. Dies ist eine notwendige Bedingung dafür, um eine gute Patientenversorgung,
1238 gute Arbeitsbedingungen und die Freiheit von Forschung und Lehre zu garantieren.
1239 Dafür gilt es alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen zu nutzen, um das
1240 UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Bis dahin ist die Erfüllung der
1241 vertraglichen Verpflichtungen seitens der Rhön-AG sicherzustellen.
1242

1243

1243 • **Personalmindeststandards einführen**

1244 Für alle Krankenhäuser sollen per Gesetz verbindliche quantitative und qualitative
1245 Personalmindeststandards eingeführt werden, um die Beschäftigten vor Überlastung
1246 zu schützen und eine gute Patientenversorgung zu gewährleisten.
1247

1248

1249

1250

1250 **5. Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle**

1251

1252 Bildung ist ein Menschenrecht! Daher muss der Zugang zu Bildung allen Menschen in
1253 gleichem Maße offenstehen. Leider hängt auch in Hessen der sogenannte „Bildungserfolg“,
1254 also die erreichten Bildungsabschlüsse, noch immer von der sozialen und finanziellen
1255 Herkunft ab. Das darf nicht sein! Zu guter und gerechter Bildung zählt aber noch mehr. Wir
1256 fordern daher ein Lernumfeld, in dem sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die
1257 Lehrkräfte und die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich lernen,
1258 lehren, fördern und arbeiten können.

1259 DIE LINKE will eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform. Alle fördern und kein
1260 Kind „sitzen lassen“ muss an die Stelle von Auslese treten. Zudem will DIE LINKE die
1261 Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern verbessern, Schulgebäude und
1262 Sportstätten gründlich und bedarfsorientiert sanieren, echte Lernmittelfreiheit herstellen und
1263 die Schule inklusiv und integrativ gestalten.

1264

1265 Dabei darf nicht vergessen werden: Eine sozial gerechte Bildung für alle kann nur in
1266 gesellschaftlicher Verantwortung und bei umfassender und bedarfsorientierter staatlicher
1267 Förderung gewährleistet werden. Bildung ist keine Ware! Die LINKE wendet sich daher gegen
1268 alle Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens. Wir wenden uns
1269 gegen die Bemühungen der Landesregierung, sich dadurch immer weiter aus der
1270 Verantwortung zu stehlen. Kitas, Schulen und Hochschulen sollen sich nicht wie
1271 Unternehmen verhalten müssen. Pädagogik soll im Vordergrund stehen, nicht
1272 ‚Effektivitätskennziffern‘, die in zentralen Vergleichstests erhoben werden und die
1273 Bildungseinrichtungen durch ‚Rankings‘ in Konkurrenz zueinander setzen.

1274

1275 Bildung muss umfassend und bedarfsgerecht finanziert werden. Das hessische
1276 Bildungswesen ist im internationalen Vergleich stark unterfinanziert. Das wollen wir ändern.

1277

1278 **Beitragsfreie hochwertige Kindertagesbetreuung garantieren**

1279

1280 Kinder lernen voneinander: Sie lernen solidarisch miteinander umzugehen und setzen sich mit
1281 ihrer Umwelt auseinander. Sie lernen Verantwortung zu übernehmen, sich zu engagieren und
1282 haben Spaß. Eltern wollen, dass ihre Kinder gut versorgt sind. Dafür brauchen sie alle gut
1283 ausgestattete Kindertageseinrichtungen.

1284

1285 Leider herrscht in Hessen noch immer ein Mangel an Kita-Plätzen, der dringend behoben
1286 werden muss. Die schwarzgrüne Landesregierung hat die Eltern bei den Kita-Gebühren
1287 entlastet – abgeschafft sind sie noch lange nicht. Für die Betreuung von Kindern unter drei
1288 Jahren fallen weiterhin Gebühren an, das können in einigen Städten bis zu 700 Euro monatlich
1289 sein, was eine erhebliche finanzielle Belastung für Familien darstellt. Zudem hat die
1290 Landesregierung die Betreuung nur sechs Stunden täglich gebührenfrei gestellt – und das
1291 geht auch noch zulasten der Kommunen, die auf einem Teil der Kosten sitzenbleiben. Bereits
1292 durch das Kinderförderungsgesetz (KiföG) der Landesregierung wurde die Finanzierung der
1293 Kitas verschlechtert, worunter insbesondere Kitas im ländlichen Raum leiden.

1294 Gute Kitas brauchen mehr gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal. Erzieherinnen und
1295 Erzieher sind einer enormen Arbeits- und Gesundheitsbelastung ausgesetzt. Die
1296 Gruppengrößen sind zu groß, die Arbeitsbedingungen oft belastend. Erzieherinnen und
1297 Erzieher durchlaufen eine lange Ausbildung und tragen eine hohe Verantwortung, werden
1298 aber noch immer nicht ausreichend bezahlt. Viele Beschäftigte – häufig in Teilzeit - kommen
1299 kaum über die Runden und sind von Altersarmut bedroht. Auch das wollen wir ändern.

1300

1301 DIE LINKE will:

1302

1303 • **Gebührenfreie Bildung von Anfang an: Vollständige Abschaffung der Kita-Gebühren**

1304 Der Besuch von Kitas muss gebührenfrei und damit für alle Kinder zugänglich sein.
1305 Deshalb wollen wir die Kita-Gebühren vollständig abschaffen, auch für die unter
1306 Dreijährigen und für die volle Betreuungsdauer statt nur stundenweise. Den Kommunen
1307 müssen die wegfallenden Einnahmen vom Land vollständig erstattet werden, sie dürfen
1308 nicht auf den Kosten sitzenbleiben.

1309

1310 • **Mehr Kita-Plätze schaffen, um jedem Kind einen Betreuungsplatz zu garantieren**

1311 Für die Betreuung und Bildung für Kinder unter drei Jahren wollen wir mehr Kitas schaffen
1312 – flächendeckend, ausreichend und in öffentlicher Trägerschaft. Der Rechtsanspruch auf
1313 einen Betreuungsplatz muss ohne Abstriche verwirklicht werden. Die Übergänge vom
1314 Elternhaus zu Kita und Schule sollen fließend gestaltet werden. Tageseltern können in
1315 besonderen Situationen Abhilfe schaffen, sollen aber nicht die Regel sein. Der hessische
1316 Bildungsplan für Kinder von 0-10 Jahren bietet eine gute Grundlage, die sich allerdings nur
1317 mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

1318

1319 • **Verschlechterungen durch das KiföG zurücknehmen**

1320 Durch das Kinderförderungsgesetz KiföG wurde die Finanzierung der Kitas verändert, was
1321 zu viel Kritik und Protesten geführt hat. Statt der bisherigen Gruppenfinanzierung erfolgte
1322 eine Finanzierung pro Kind. Damit wurde ein bürokratisches Monstrum geschaffen, das
1323 Träger, Jugendämter, Leitungen und Erzieherinnen und Erzieher von der eigentlichen
1324 Arbeit abhält. Es geht auch zulasten von Kitas im ländlichen Raum, die finanzielle

1325 Einbußen erleiden, wenn die Anmeldezahlen kurzfristig zurückgehen und Gruppen nicht
1326 voll belegt sind. Diese Verschlechterungen müssen zurückgenommen werden.

1327

1328 • **Qualität und Arbeitsbedingungen verbessern durch mehr Personal und**
1329 **Kostenübernahme durch das Land**

1330 Um eine ganzheitliche und individuelle Förderung aller Kinder zu erreichen, ist mehr
1331 qualifiziertes Personal in den Kitas nötig. DIE LINKE fordert einen bundesweit
1332 einheitlichen Betreuungsschlüssel von mindestens einer anwesenden Erzieherin oder
1333 einem Erzieher zu maximal drei Kindern im Alter bis drei Jahren und mindestens einer
1334 Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal acht Kindern ab drei Jahren. Freistellung für
1335 Leitungskräfte und die mittelbare pädagogische Arbeit sind darüber hinaus genauso
1336 notwendig wie für Ausfallzeiten bei Fortbildung, Krankheit und Urlaub. Diese finanziellen
1337 Mittel sind in den Kommunen aber nicht vorhanden, deshalb muss das Land die Kosten
1338 der Kindertagesbetreuung weitestgehend tragen.

1339

1340 • **Erzieher_innenberuf aufwerten und Gesundheitsschutz verbessern**

1341 Wir wollen, dass Erzieherinnen und Erzieher endlich eine angemessene gesellschaftliche
1342 Wertschätzung erfahren - auch durch deutlich höhere Gehälter, wie es zehntausende
1343 Beschäftigte im Rahmen des Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst gefordert haben. Der
1344 Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Kitas muss verbessert und Belastungen so weit
1345 wie möglich reduziert werden.

1346

1347 • **Mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden!**

1348 Um dem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern entgegenzuwirken, muss mehr für die
1349 Ausbildung getan werden. Wir wollen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
1350 mittelfristig auf Hochschulniveau anheben und die Bezahlung entsprechend anpassen,
1351 wobei Erzieherinnen und Erzieher mit bisheriger Ausbildung nicht schlechter gestellt
1352 werden dürfen.

1353

1354 **Schule vom Kind aus denken**

1355

1356 Frontalunterricht, Nachsitzen und pures Auswendiglernen sind längst überholte
1357 Unterrichtskonzepte. Die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen hört nicht mit dem
1358 Betreten des Klassenzimmers auf. Daher sind auch die Lernvergleichsstudien wenig
1359 aussagekräftig. Doch leider verharrt das Bildungswesen in Hessen nach wie vor in Stagnation.
1360 Individuelle Förderung gehört als vorderstes Prinzip in die Klassenzimmer.

1361

1362 Die Realität ist heute leider aber oft eine andere. Das Problem fehlender Chancengleichheit
1363 im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. In Deutschland hängt der Zugang zu Bildung
1364 noch immer stark von der Herkunft ab: Kinder aus armen Familien und Kinder mit
1365 Migrationshintergrund werden durch das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt. In Hessen
1366 kommen auf einen „Schulaufstieg“ noch immer über acht „Schulabstiege“.

1367

1368 Es ist eine Belastung für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen bereits nach der vierten
1369 Klasse, wenn Kinder erst zehn Jahre alt sind, die Entscheidung für die weiterführende Schule
1370 treffen zu müssen. Auch der Hessische Grundschulverband erklärt, dass Pädagog*innen nach
1371 der vierten Klasse keine zuverlässigen Bildungsprognosen stellen können. In diesem Alter ist
1372 noch gar nicht absehbar, wie sich ein Kind entwickelt. Trotzdem wird eine Vorfestlegung für
1373 das weitere Leben getroffen, obwohl alle modernen pädagogischen Konzepte das längere
1374 gemeinsame Lernen propagieren. Aus unserer Sicht wäre das bis Klasse zehn.

1375

1376 Jahrelang wurde von zurückgehenden Schüler*innenzahlen gesprochen, der sogenannten
1377 „demographischen Rendite“. Der Fortbestand kleiner Schulen wurde in Frage gestellt,
1378 vereinzelt auch Schulstandorte geschlossen. Die Prognosen erwiesen sich als falsch, die
1379 Zahlen steigen, mit der Folge, dass die Schulen vielerorts aus allen Nähten platzen, die
1380 Klassen zu groß sind und es einen zunehmenden Lehrermangel gibt. Zudem ist der bauliche
1381 Zustand vieler Schulen katastrophal: Putz bröckelt von der Decke, in Klassenzimmern ist es
1382 zu beengt, Schulkantinen sind zu klein oder gar nicht vorhanden, die Schultoiletten
1383 unzumutbar. Viele Schulgebäude und Turnhallen sind marode, weil Sanierungen über
1384 Jahrzehnte hinweg verschleppt wurden. Allein in der Stadt Frankfurt wird der
1385 Sanierungsbedarf auf etwa 900 Millionen Euro geschätzt.

1386

1387 Der Ausbau der Ganztagschulen kommt nicht voran. Stattdessen hat die Landesregierung
1388 den „Pakt für den Nachmittag“ aufgelegt, ein Flickwerk, das von Land, Kommunen und durch
1389 Elternbeiträge finanziert wird, und weder den pädagogischen noch den räumlichen
1390 Ansprüchen gerecht wird.

1391

1392 Die Schulen haben weitere Aufgaben erhalten, wie die Inklusion und die Beschulung von
1393 Flüchtlingskindern, ohne dass ihnen im ausreichenden Maß Mittel dafür zur Verfügung
1394 gestellt wurden.

1395

1396 Die Schulzeitverkürzung G8 war ein Fehler, unter dem viele Jahrgänge von Schülerinnen und
1397 Schülern zu leiden hatten. Glücklicherweise ist dieser bildungspolitische Irrtum an den
1398 meisten Gymnasien mittlerweile korrigiert. Die Landesregierung hat sich dabei aber aus der
1399 Verantwortung gestohlen und das Problem einfach an die Schulen delegiert, die in zeit- und
1400 ressourcenraubenden und oft strittigen Prozessen nach Lösungen suchen mussten.

1401

1402 Wir wollen einen neuen Aufbruch in der Schulpolitik und grundlegende Verbesserungen für
1403 die Schulen und die dort Beschäftigten erreichen statt ein Weiter-so und Mangelverwaltung.
1404 Das geht nicht von heute auf morgen, und es wird Geld kosten. Wir können aber von anderen
1405 Ländern, wie z.B. Finnland lernen, wie Bildung besser geht und sich finanzieren lässt, wenn es
1406 politisch gewollt ist.

1407

1408 Schulen müssen die finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung erhalten, die sie für
1409 diesen Prozess brauchen. Dazu müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Das
1410 geht mit einer sozial gerechten Steuerreform. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die
1411 Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden.

1412

1413 Große Reformprojekte, die über einen langen Zeitraum tragfähig sein sollen, können nicht von
1414 oben verordnet werden. Es bedarf einer gesellschaftlichen Mehrheit, die ein solches Projekt
1415 trägt. Neue Konzepte müssen ihre Überlegenheit in der Praxis beweisen. Dafür brauchen
1416 Schulen den Freiraum, neue Wege auszuprobieren und von ihren eigenen Erfahrungen
1417 auszugehen. Längst gibt es erfolgreiche Ganztagschulen oder Schulen, die gemeinsamen
1418 Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen anbieten.

1419

1419 An diese Erfahrungen können wir anknüpfen. Die Politik muss ein klares Ziel und einen klaren
1420 Zeitrahmen abstecken. Und zwar in sanierten, inklusiv ausgestatteten Schulgebäuden mit
1421 Lehrer*innen und pädagogischen Fachkräften, die Hand in Hand arbeiten.

1422

1423

1424 DIE LINKE will:

1425

1426 • **Eine neue Schulstruktur: Mehrgliedriges Schulsystem überwinden**

1427 Wir wollen das vielfach gegliederte, auf Auslese ausgerichtete Schulsystem überwinden.
1428 An seine Stelle soll in Hessen als einzige Regelschule die Schule für alle treten – genauso
1429 wie in allen Ländern, die in internationalen Bildungsvergleichen Spitzenplätze belegen.
1430 Diese Schule umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10) und
1431 ermöglicht alle schulischen Abschlüsse in zehn Jahren Vollzeitschulpflicht. Sie integriert
1432 Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, Flüchtlings- und Migrationshintergrund und
1433 fördert sie individuell. Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse bestehen
1434 ausreichende Möglichkeiten zur weiteren Bildung: Erwerb der Hochschulreife, Zugang zu
1435 fachspezifischen Hochschulen, anspruchsvolle berufliche Ausbildung, Erwerb von
1436 beruflichen Grundkenntnissen.

1437

1438 • **Ausbau von Ganztagschulen statt „Pakt für den Nachmittag“**

1439 Wir wollen den Ausbau von echten, rhythmisiert arbeitenden Ganztagschulen
1440 voranbringen. Sie macht den „Pakt für den Nachmittag“ überflüssig, der eine
1441 Mogelpackung ist und zudem die Ausfinanzierung auf die Kommunen und Eltern abwälzt.
1442 Dazu gehört ein kostenloses Mittagessen ebenso wie eine lerngerechte
1443 Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, der
1444 themenübergreifenden Projektarbeit und dem Platz für sportliche, musische und kreative
1445 Gestaltung.

1446

1447 • **Inklusion umsetzen**

1448 Wir wollen die UN-Menschenrechtskonvention umsetzen und jedem Kind den Platz an
1449 einer Regelschule garantieren. Inklusion geht nicht zum Nulltarif, Kinder mit
1450 Beeinträchtigungen müssen betreut und gefördert werden. Der Unterricht bei inklusiver
1451 Beschulung soll in Doppelbesetzung stattfinden. Auch hierzu müssen Lehrkräfte und
1452 sozialpädagogisches Fachpersonal qualifiziert und an die Schulen gebracht werden. Die
1453 Räumlichkeiten sind entsprechend auszustatten.

1454

1455 • **Mehr Lehrerstellen schaffen**

1456 Für mehr Ganztagschulen, Inklusion und kleinere Klassen wollen wir 3.000 zusätzliche
1457 Lehrerstellen schaffen. So wollen wir dem drohenden Lehrermangel entgegenwirken und
1458 den zunehmenden Einsatz von nicht qualifiziertem Personal zurückdrängen. Ungelernte
1459 Kräfte oder Studierende können Lehrkräfte nicht ersetzen.

1460

1461 **Den Schulalltag nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gestalten**

1462 Individuelles Lernen ist nur in kleinen Gruppen möglich. Die Klassen- und Gruppenstärke
1463 sollte 25 und in der Primarstufe 20 Schülerinnen und Schüler nicht übersteigen. In
1464 inklusiv arbeitenden Schulen ist diese Lerngruppenstärke bereits zu hoch: 16
1465 Schüler*innen wären angemessen. Schule muss ein Lebensraum sein, in dem sich
1466 Schüler*innen wohlfühlen. Wir wollen Kooperationen mit Vereinen weiterentwickeln und
1467 damit Angebote schaffen, auch für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern nicht das Geld
1468 für private Förderung haben. Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) wollen wir
1469 ausweiten.

1470

1471 • **Echte Lernmittelfreiheit durchsetzen und kostenfreie Schülerbeförderung**

1472 DIE LINKE will ein neues Lernmittelfreiheitsgesetz, das seinen Namen auch verdient.
1473 Zuzahlungen zu Büchern, Kopien und anderen Materialien wollen wir abschaffen. Und
1474 natürlich darf auch der Weg in die Bildungseinrichtung nichts kosten – daher fordert DIE

- 1475 LINKE ein kostenfreies Schülerticket für alle hessischen Schülerinnen und Schüler,
 1476 unabhängig vom Wohnort und der Entfernung zur Schule.
 1477
- 1478 • **Sanierungsstau auflösen – Schulgebäude in Stand setzen**
 1479 Um den teils desaströsen baulichen Zuständen von Schulgebäuden zu verändern, wollen
 1480 wir ein Landesprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro auflegen, mit dem die
 1481 Kommunen beim Ausbau und der Sanierung maroder Schulen unterstützt werden. Das
 1482 Kommunale Investitionsprogramm ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die
 1483 räumlichen Voraussetzungen der Schulen müssen den Erfordernissen einer
 1484 Ganztagschule angepasst werden und Mensen gebaut und erweitert werden.
 1485
- 1486 • **Keine Schulschließungen: Kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten**
 1487 Kurze Beine – kurze Wege: Schülerinnen und Schülern, insbesondere in den unteren
 1488 Jahrgangsstufen, ist nicht zuzumuten, dass sie täglich lange Wege zurücklegen müssen,
 1489 um in die Schule zu kommen. Wir wollen eine gute und wohnortnahe Versorgung mit
 1490 Grundschulen und eine gute Erreichbarkeit weiterführender Schulen. Wir wollen kleine
 1491 Schulen im ländlichen Raum erhalten. Schulschließungen lehnen wir ab, sie bedeuten für
 1492 Schülerinnen und Schüler noch längere Wege und weitere Verschlechterungen für den
 1493 ländlichen Raum.
 1494
- 1495 • **Schulsozialarbeit ausweiten**
 1496 Schülerinnen und Schüler, die in ihrem häuslichen oder persönlichen Umfeld Probleme
 1497 haben, benötigen sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. Dafür ist eine
 1498 flächendeckende Schulsozialarbeit selbstverständlich. Der schulpsychologische Dienst
 1499 muss ausgebaut werden. Auf die positiven Erfahrungen mit Schulkrankenschwestern und
 1500 –pflegern wollen wir aufbauen und auf mehr Schulen ausweiten.
 1501
- 1502 • **Sprachliche und kulturelle Vielfalt fördern durch herkunftssprachlichen Unterricht**
 1503 Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Bereicherung. Wir wollen
 1504 den mehrsprachig und in verschiedenen Kulturen aufwachsenden Kindern gerecht werden
 1505 und allen Kindern einen zusätzlichen herkunftssprachlichen Unterricht anbieten.
- 1506 • **Schulische Seiteneinsteiger*innen besser fördern**
 1507 Die Rahmenbedingungen der Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne
 1508 Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen
 1509 müssen beseitigt, Klassengrößen wieder gesenkt, Lehrer*innen entlastet und bessere
 1510 Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen ein Programm „Deutsch als
 1511 Zweitsprache“ (DaZ) auflegen und mehr DaZ-Lehrer*innen einstellen.
 1512
- 1513 • **Pädagogen ausbilden, motivieren, anerkennen**
 1514 Wir wollen die pädagogische Ausbildung reformieren und eine Verzahnung von
 1515 theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik
 1516 und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Inklusion, Integration,
 1517 Heterogenität, Ganzttag, Digitalisierung – all dies muss endlich Berücksichtigung in der
 1518 Lehrer*innenbildung finden. Wenn Schule vom Kind ausgehend gedacht wird, müssen die
 1519 unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder schon in der Ausbildung berücksichtigt werden.
 1520 Wir wollen eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer
 1521 Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich
 1522 absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrer*innenausbildung
 1523 haben. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des
 1524 Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet.
 1525 Unterrichtsausfall und Lehrerkraftemangel gefährden Bildungsqualität ebenso wie die

1526 schlechten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die stetig gestiegene
1527 Unterrichtsverpflichtung muss wieder reduziert werden und Weiterbildungsangebote
1528 ausgebaut werden.

1529

1530 • **Aufwertung des Grundschulberufs: A13 für alle!**

1531 Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer verdienen nach wie vor weniger als ihre
1532 Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulformen. Das ist ungerecht und ihrer Leistung
1533 nicht angemessen. Wir wollen den Beruf der Grundschullehrkräfte aufwerten und wie
1534 andere Lehrkräfte nach Besoldungsstufe A13 bezahlen.

1535

1536 • **Schulen demokratisieren**

1537 Junge Menschen müssen mit ihren Ideen und Meinungen ernst genommen werden,
1538 deshalb wollen wir für die Schulkonferenz umgestalten und eine Drittelparität von
1539 Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften inklusive Schulleiterinnen und Schulleitern sowie
1540 Eltern einführen. Schule kann nur in einem guten Miteinander aller Beteiligten
1541 funktionieren.

1542

1543 • **Schüler*innenvertretungen stärken**

1544 Schüler*innenvertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler
1545 interessierenden Fragen befassen können. Sie erhalten Räumlichkeiten und einen festen
1546 Etat. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht über die Auswahl von Stoffen und
1547 Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer
1548 schulischer Angebote mitentscheiden können.

1549

1550 • **Schule ohne Rassismus**

1551 In den Schulen sollen alle Formen von Rassismus thematisiert werden, um Kinder und
1552 Jugendliche immun gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu machen. Dazu gehört den
1553 Unterrichtsstoff und alle Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende, ausgrenzende
1554 Haltungen zu überprüfen und den eurozentrierten Blickwinkel zu beseitigen. In
1555 interkulturellen Projekten lernen Kinder und Jugendliche, dass Menschen aus allen
1556 Ländern und Kulturen wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben.

1557 • **Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auflösen**

1558 Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. Die bestehende
1559 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr wollen
1560 wir aufheben.

1561

1562

1563 **Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen**

1564

1565 Jahr für Jahr finden hunderte hessische Schulabgängerinnen und Schulabgänger keinen
1566 betrieblichen Ausbildungsplatz. Andere lassen sich aus Not in Berufen ausbilden, die sie nicht
1567 ausüben wollen. Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte,
1568 tariflich bezahlte Arbeit drohen lebenslange Armut und dauerhafte Arbeit im
1569 Niedriglohnbereich.

1570

1571 DIE LINKE setzt sich für eine Reform der Berufsausbildung ein. Auch die Berufsausbildung soll
1572 der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung des Individuums dienen. Dazu gehört
1573 es, das Recht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern. Eine berufliche Orientierung muss
1574 ohne Druck und jenseits vorgegebener Bildungsschranken möglich sein.

1575

1576

1577 DIE LINKE will:

1578

1579 • **Mehr Ausbildungsplätze beim Land**

1580 DIE LINKE will, dass das Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und
1581 jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Darüber hinaus treten wir für eine
1582 landesweite Initiative zur Schaffung zusätzlicher und qualitativ hochwertiger
1583 Ausbildungsplätze ein.

1584

1585 • **Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsverbünde fördern**

1586 Betriebe müssen in angemessenem Ausmaß (7 Prozent der Belegschaft)
1587 Ausbildungsplätze schaffen oder sich an gemeinsamen Ausbildungsverbänden beteiligen.
1588 Diese Verbünde müssen wieder stärker gefördert werden. Um nicht ausbildende Betriebe
1589 zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat eine Initiative zur
1590 Einführung einer Ausbildungsumlage starten. Wer nicht ausbildet, soll zahlen!
1591 Ausbildungsvergütungen müssen eine selbstständige, elternunabhängige
1592 Lebensgestaltung ermöglichen. Auf Bundesebene soll sich das Land Hessen dafür
1593 einsetzen, eine Mindestausbildungsvergütung gesetzlich zu verankern.

1594

1595 • **Berufsschulen stärken**

1596 Berufliche Schulen müssen zügig ausgebaut und mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer
1597 geschaffen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle Berufsschülerinnen und
1598 -schüler mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten.
1599 Neue Qualifizierungseinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem
1600 Hilfebedarf sind in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen. Schulische
1601 Inklusion endet nicht am Rande des Schulhofs, sondern muss auch in anderen Bereichen
1602 in gleicher Weise gelten.

1603

1604

1605 **Lebenslanges Lernen ermöglichen**

1606

1607 In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen unabdingbar. DIE
1608 LINKE tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und dem
1609 individuellen Wunsch nach Weiterbildung entsprochen wird. Wir wollen deshalb ein
1610 Bildungsfreistellungsgesetz für Hessen, dass die Ausstattung der Bildungseinrichtungen
1611 deutlich verbessert und umfassende Angebote ermöglicht.

1612 Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im
1613 kulturellen und politischen Bereich ist unabdingbar, gewinnt für die Gestaltung eines
1614 demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist in besonderer
1615 Weise für ehrenamtlich Engagierte zu fördern. Der Ausbau der politischen Weiterbildung und
1616 die Förderung demokratischen Engagements ist für uns eine wichtige Antwort auf das
1617 Erstarken rassistischer und rückwärtsgewandter Kräfte.

1618 Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind die Hochschulen zunehmend in die
1619 Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher, aktuelles Wissen zu vermitteln und die
1620 Gesellschaft auf einen insgesamt hohen Bildungsstand zu heben.

1621 DIE LINKE will den Erhalt der Volkshochschulen und den umfassenden Ausbau der politischen
1622 und kommunalen Präsenz in ganz Hessen erreichen. Für die VHS-Kursleiter*innen sind
1623 rechtlich abgesicherte und angemessen honorierte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

1624

1625

1626 DIE LINKE will:

1627

1628 • **Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen**

1629 Notwendig ist der weitere Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen in Hessen sowie die
1630 Aufstockung der Mittel für den hessischen Weiterbildungspakt. Die profitorientierte
1631 Abhängigkeit der Weiterbildung und Bildungsstätten von Wirtschaftsinteressen wollen
1632 wir aufheben.

1633

1634 • **Projekt „Selbstverantwortliche Berufliche Schulen“ beenden**

1635 Das in Hessen laufende Projekt SBS (Selbstverantwortliche Berufliche Schulen) und
1636 die Umwandlung beruflicher Schulen in selbständige Rechtsformen lehnen wir ab.
1637 Auch Berufsschulen sind und dürfen keine „selbständigen Wirtschaftsbetriebe“
1638 werden.

1639

1640

1641 **Wissenschaft und Hochschulen**

1642

1643 Die hessischen Hochschulen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Der lang
1644 vorhersehbare Studierendenansturm und die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen
1645 haben zu einer massiven Verschlechterung der Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen
1646 geführt. Überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag, Seminare und Vorlesungen werden teilweise
1647 in anderen Räumlichkeiten wie Kirchen und in Kinosälen abgehalten.

1648

1649 Zudem herrscht Wohnungsnot unter den Studierenden. Zu Beginn jedes Semesters müssen
1650 Notunterkünfte für Studienanfängerinnen und –anfänger geschaffen werden, die zu Beginn
1651 ihres Studiums noch keinen Wohnplatz gefunden haben, weil es viel zu wenig bezahlbaren
1652 Wohnraum gibt. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur
1653 Verfügung. Nicht einmal jede 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz.

1654

1655 Die schwarzgrüne Landesregierung hat es leider unterlassen, im Rahmen des Hessischen
1656 Hochschulpakts für eine ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen
1657 zu sorgen. Die viel gepriesene Autonomie an den Hochschulen ist unter diesen Bedingungen
1658 in weiten Teilen Makulatur.

1659

1660 Die Mangelverwaltung an den Hochschulen führt zu einer Verschlechterung der
1661 Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend befristet,
1662 Zukunftsängste und hohe Personalfuktuation sind die Folgen. Den Ankündigungen der
1663 schwarzgrünen Landesregierung, die prekäre Beschäftigung eindämmen zu wollen, sind leider
1664 keine Taten gefolgt. Zudem werden immer mehr Lehraufgaben von Lehrkräften für besondere
1665 Aufgaben übernommen, deren wissenschaftliche Aufgaben eine eigene Weiterqualifikation
1666 nicht vorsehen und zeitlich auch nicht ermöglichen.

1667

1668 Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zeigt sich auch an den Hochschulen. Die
1669 zunehmende Ausrichtung auf Verwertbarkeit und Wirtschaftsinteressen, zunehmende prekäre
1670 Beschäftigung, der Abbau demokratischer Strukturen, Privatisierungstendenzen und der
1671 wachsende Einsatz von Drittmitteln prägen die Entwicklung der Hochschullandschaft.
1672 Kritische Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschulen werden immer mehr an
1673 den Rand gedrängt.

1674

1675 DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Hochschulpolitik: Statt auf Eliteförderung und
1676 Wettbewerb setzen wir auf ein sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem und
1677 demokratische Hochschulstrukturen.

1678
1679
1680
1681
1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700
1701
1702
1703
1704
1705
1706
1707
1708
1709
1710
1711
1712
1713
1714
1715
1716
1717
1718
1719
1720
1721
1722
1723
1724
1725
1726
1727
1728
1729

DIE LINKE will:

- **Hochschulen finanziell besser ausstatten**

Die Hochschulen sind unterfinanziert, die Mittel pro Studierenden sinken seit Jahren. Das wirkt sich auf die Qualität der Ausbildung aus und führt zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen ausreichend finanziert werden, deshalb muss ein neuer bedarfsdeckender Hochschulpakt verhandelt werden. Wir wollen die Grundfinanzierung stärken, statt die ohnehin knappen Mittel immer stärker in den Bereich der Exzellenzinitiative des Landes und der Elitförderung umzuverteilen.

- **Demokratisierung der Hochschulen**

Wir wollen eine lebendige demokratische Kultur an den Hochschulen statt einer Verlagerung wichtiger Entscheidungskompetenzen an die Hochschulleitungen und die demokratisch nicht legitimierten Hochschulräte. DIE LINKE will dazu eine viertelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen und tritt für das Recht der ASten ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern. Wenn durch den Autonomieprozess Entscheidungskompetenzen vom Ministerium an die Hochschulen verlagert werden, müssen diese auf die demokratisch gewählten Gremien übertragen werden. Die Hochschulräte sollen ausschließlich beratende Funktion haben und so besetzt sein, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen darin wiederfinden.

- **Gebührenfreies Studium**

Die Studierendenbewegung in Hessen hat erreicht, dass die bereits eingeführten Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und Studierende dürfen nicht gezwungen werden, sich schon bei der Aufnahme des Studiums hoch zu verschulden. Deshalb dürfen Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden. Die Erhebung von Gebühren für Verwaltung und Prüfungen lehnen wir ab.

- **Hochschulzugang erleichtern und Studienfinanzierung reformieren**

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl. Dieses Recht wird aber unterlaufen, wenn immer mehr Hochschulen Zulassungsbeschränkungen erlassen. Wir wollen den Hochschulzugang erleichtern und Bildungsbarrieren abbauen. Dazu gehört auch eine Reform der Studienfinanzierung. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erhöhung und Ausbau des BAFÖG sowie für eine elternunabhängige Studienfinanzierung ein. Unsoziale Stipendiensysteme wie das so genannte „Deutschlandstipendium“ lehnen wir ab.

- **Bologna-Reform – Master für Alle**

DIE LINKE lehnt die Bologna-Reform in ihrer Grundausrichtung nach wie vor ab. Die Umstellung auf Bachelor und Master hat zu einer Entwertung eines Großteils der Hochschulabschlüsse geführt. Zudem hat der Leistungsdruck an den Hochschulen enorm zugenommen. Volle Stundenpläne und enge Prüfungsrhythmen bedeuten eine enorme Belastung für Studierende, insbesondere, wenn sie nebenher arbeiten müssen. Wir wollen die Regelstudienzeit ausweiten, das Teilzeitstudium ermöglichen und die Prüfungsdichte verringern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass jeder Bachelor-Absolvent ohne weitere Zulassungsbeschränkungen den Zugang zum Master-Studium erhält.

- **Rüstungsforschung beenden – Zivilklauseln einführen**

Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen Zwecken geforscht werden. Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts zu suchen. Sie

1730 stehen auch im Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen
1731 Verfassung. Immer mehr Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die
1732 Rüstungsforschung verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im
1733 Hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird. Zudem sollte im
1734 Wissenschaftsministerium eine Kompetenzstelle „Zivilklausel“ eingerichtet werden, die die
1735 Hochschulen in dieser Frage beraten können.
1736

1737 • **Studentischen Wohnraum schaffen und Studentenwerke besser ausstatten**

1738 Die Wohnraumsituation für Studierende ist katastrophal. Wohnraum ist knapp – und viel
1739 zu teuer. Daher muss das Land Hessen handeln: Mit der Schaffung von jährlich 2.000
1740 Wohnplätzen für Studierende wollen wir schrittweise für ausreichend Wohnraum sorgen.
1741 Das Land Hessen hat jahrelang notwendige Investitionen versäumt. Neben guten
1742 Studienbedingungen brauchen Studierende auch eine gute soziale Infrastruktur. Deshalb
1743 müssen die Studierendenwerke finanziell besser ausgestattet werden und brauchen
1744 Planungssicherheit. Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen müssen weiter ausgebaut
1745 werden, um das Studieren mit Kind zu erleichtern.
1746

1747 • **Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen zurückdrängen**

1748 Die Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich, insbesondere im Mittelbau,
1749 enorm verschlechtert. Immer mehr Lehre wird von Lehrbeauftragten geleistet, die meist
1750 nur befristet beschäftigt sind. Dies führt nicht nur zu existentieller Unsicherheit; durch die
1751 hohe Lehrbelastung ist es in den allermeisten Fällen auch nicht möglich, die persönliche
1752 akademische Weiterqualifikation zu erlangen. Dies hat zur Folge, dass wissenschaftlicher
1753 Nachwuchs nicht gefördert, sondern blockiert wird. DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit an
1754 den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster Linie, dass es mehr unbefristete und nach
1755 der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss.
1756

1757 • **Privatisierungstendenzen stoppen**

1758 DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen von Privatisierung im Hochschulbereich wie
1759 beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität Frankfurt. Eine Förderung von
1760 privaten gewinnorientierten Hochschulen lehnen wir ab. Hochschulen, wie die European
1761 Business School (EBS), die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen Selektion
1762 beitragen, dürfen nicht durch öffentliche Mittel bezuschusst werden. DIE LINKE hat die
1763 Förderung der EBS aus Steuermitteln als einzige Partei immer konsequent abgelehnt.
1764

1765 • **Forschungsförderung**

1766 Forschung an den Hochschulen muss unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein.
1767 Deshalb lehnen wir die gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von
1768 Drittmitteln ab. Dadurch werden die Freiheit und die Unabhängigkeit der Forschung
1769 gefährdet. Die Zunahme drittmittelfinanzierter Projekte führt dazu, dass kaum noch
1770 unbefristete und dauerhafte Stellen geschaffen werden. DIE LINKE tritt für eine
1771 dauerhafte und verlässliche Forschungsfinanzierung ein, die sich an den Bedürfnissen der
1772 Menschen orientiert.
1773
1774
1775
1776

1777 **6. Mehr Demokratie**

1778

1779

1780 **Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung**

1781

1782 Mitbestimmung ist nur möglich, wenn man über die Hintergründe der Entscheidungen von
1783 Politik und Verwaltung umfassend informiert ist. Einer Politik, bei der Entscheidungen mit
1784 Lobbyisten in Hinterzimmern getroffen werden, erteilen wir eine klare Absage. Hessen
1785 braucht volle Transparenz. Ein modernes Transparenzgesetz, das staatliche Stellen
1786 verpflichtet, wichtige amtliche Informationen, wie Gutachten und Verträge, von sich aus zu
1787 veröffentlichen, scheiterte bisher an der schwarzgrünen Landesregierung. Wir wollen auch,
1788 dass die Menschen durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss
1789 erhalten. Obwohl die Hessische Verfassung in Artikel 71 das Volksbegehren und den
1790 Volksentscheid als wichtigstes Mittel der Gesetzgebung vorsieht, steht Hessen bei direkter
1791 Demokratie im Vergleich ganz weit hinten. Die gesetzlichen Hürden wurden von der
1792 Regierung so hoch gelegt, dass sie landesweit unmöglich und auf kommunaler Ebene kaum
1793 übersprungen werden können. Demokratie darf nicht weiter auf das „Abgeben“ der
1794 Wählerstimme beschränkt sein.

1795 Gesetzesinitiativen der LINKEN für mehr Demokratie und Mitbestimmung, wurden von der
1796 Landesregierung rundweg abgelehnt, obwohl sie in anderen Ländern seit Jahren gute Praxis
1797 sind. Solange das so bleibt, wird Politik fast ausschließlich durch Regierungs- und
1798 Verwaltungshandeln bestimmt.

1799

1800 DIE LINKE will:

1801

1802 • **Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen**

1803 Ein Transparenzgesetz muss endlich verabschiedet und das Verwaltungshandeln für die
1804 Belange der Menschen geöffnet werden. Informationsrechte und
1805 Veröffentlichungspflichten bei Entscheidungen, Verkäufen oder Beteiligungen an
1806 öffentlichen Unternehmen müssen gesetzlich ebenso verbessert werden, wie die
1807 Auskunfts- und Kontrollrechte der gewählten Gemeindevertreter*innen.

1808

1809 • **Mehr Demokratie und Mitbestimmung auf kommunaler Ebene**

1810 Wir möchten die erfolgreichen bayerischen Regelungen für Bürgerbegehren und
1811 Entscheide in Hessen übernehmen und durch Fairness- und Transparenzklauseln anderer
1812 Länder verbessern. Weitere erprobte Mitbestimmungsrechte, wie Bürgeranträge und das
1813 kommunale Petitionsrecht, sollen endlich auch in hessischen Gemeinden, Städten und
1814 Kreisen zur Anwendung kommen.

1815

1816 • **Volksbegehren und Volksentscheide für Hessen**

1817 Wir wollen den Auftrag der Hessischen Verfassung endlich durch gesetzliche Regelungen
1818 erfüllen, die Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen, statt verhindern. Die
1819 Hürden für Volksentscheide müssen deshalb deutlich gesenkt, die Entscheidung von der
1820 Stimmenmehrheit abhängig gemacht und eine freie Unterschriftensammlung mit längeren
1821 Fristen eingeführt werden.

1822

1823

1824 **Feuerwehr, Rettungsdienste und Zivilschutz stärken**

1825

1826 Demokratie lebt von der Beteiligung aller. Ob in Vereinen und Verbänden, bei der Freiwilligen
1827 Feuerwehr, bei den Rettungsdiensten und in der Nachbarschaftshilfe – überall ist freiwilliges

1828 Engagement von Menschen wichtig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Gerade bei der
1829 Aufnahme und Betreuung der Geflüchteten hat ehrenamtliches Engagement an vielen Stellen
1830 fehlende staatliche Strukturen kompensiert. Ehrenamtliches Engagement darf jedoch keine
1831 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ersetzen und für öffentliche Aufgaben der
1832 Daseinsvorsorge missbraucht werden.

1833

1834 Die Bedingungen für freiwilliges Engagement müssen so verbessert werden, dass sich alle
1835 Menschen, die hier leben, beteiligen können.

1836

1837 DIE LINKE will:

1838

1839

1840 • **Ehrenamtliche Arbeit unterstützen**

1841 Wir treten ein für die bestmögliche Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit der
1842 Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungswesen durch das
1843 Land Hessen. Regionale hauptamtliche Strukturen sind notwendig zur Sicherung der
1844 Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit.

1845

1846 • **Schnelle Hilfe flächendeckend sicherstellen**

1847 Regionale Rettungsleitstellen sollen erhalten und ausgebaut werden, auch zur
1848 Sicherstellung einer Rettungszeit von maximal zehn Minuten bei Unfällen.
1849 Zusammenschlüsse von Feuerwehren dürfen ausschließlich auf freiwilliger Basis
1850 erfolgen.

1851

1852

1853

1854 **Bunt statt braun: Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen**

1855

1856 Die Gefahr von rechts wächst – bundesweit und auch in Hessen. In den letzten Jahren haben
1857 wir eine dramatische Zunahme rechter Gewalt erlebt: eine wachsende Zahl von Angriffen auf
1858 Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, die Bedrohung von politisch Aktiven und ein Erstarken
1859 des Rechtsterrorismus. Die Geschichte des NSU hat deutlich gezeigt, dass es auch in Hessen
1860 verfestigte und militante Neonazi-Strukturen gibt, eine Tatsache, auf die viele Menschen
1861 schon lange hingewiesen haben, was durch die Landesregierung aber jahrelang kleingeredet
1862 und verharmlost wurde.

1863

1864 Auf die Sicherheitsbehörden ist leider oft kein Verlass im Kampf gegen rechts, auf den
1865 sogenannten Verfassungsschutz ohnehin nicht. Aber auch in Teilen von Polizei und Justiz –
1866 das hat die Geschichte des NSU und der Umgang mit den Opferfamilien gezeigt – gibt es
1867 institutionellen Rassismus, der dazu führt, dass Hinweisen nicht oder nicht ausreichend
1868 nachgegangen wurde. Eine Lehre daraus muss sein, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte
1869 stärker für rechte und rassistische Gewalt zu sensibilisieren.

1870

1871 Wo Neonazis und faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir, gemeinsam mit
1872 anderen, in breiten überparteilichen Bündnissen den öffentlichen Raum gegen deren
1873 Menschenfeindlichkeit. Dafür suchen wir das Bündnis mit allen Demokratinnen und
1874 Demokraten.

1875

1876 Politische Bildungsarbeit, Aufklärung und gezielte Programme für Aussteigerinnen und
1877 Aussteiger sind wichtige staatliche Maßnahmen und polizeiliche Programme wie IKARUS
1878 reichen nicht aus und erreichen viele nicht, deshalb sind zivilgesellschaftliche Projekte nötig
1879 und zu unterstützen.

1880

1881 Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus und alle anderen Formen des Rassismus richten
1882 sich gegen ein friedliches Zusammenleben und verletzen die Würde der betroffenen
1883 Menschen. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten,
1884 Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge zu Sündenböcken machen wollen.
1885 Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein und treten allen Versuchen des
1886 Geschichtsrevisionismus und der Relativierung des Holocausts entschieden entgegen. Orte
1887 der Erinnerung müssen erhalten und gesichert werden.

1888

1889 DIE LINKE will:

1890

1891 • **Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen – Bedrohungen ernstnehmen**

1892 Rechte Gewalt und rechter Terror müssen ernstgenommen und wirksam bekämpft
1893 werden. Dazu müssen auch Maßnahmen gegen institutionellen Rassismus innerhalb von
1894 Behörden getroffen und dort stärker für rechte Gewalt sensibilisiert werden.

1895

1896 • **Projekte zur Demokratieförderung und gegen Rassismus fördern**

1897 Zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte zur Demokratieförderung, Gewaltprävention
1898 und gegen Rassismus sowie Aussteigerprogramme wollen wir stärker fördern, statt sie
1899 mit Instrumenten wie der Extremismusklausel einem Generalverdacht auszusetzen.

1900

1901 • **Lebendige Erinnerungskultur erhalten**

1902 Orte der Erinnerung müssen erhalten werden. An den Schulen sollen die Nazi-Zeit und der
1903 Holocaust nicht nur im Unterricht eine wichtige Rolle spielen, Ziel sollte sein, dass jede
1904 Schülerin und jeder Schüler einmal im Laufe seiner Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte oder
1905 einen anderen Ort der Erinnerung besucht hat, damit sich Jugendliche pädagogisch
1906 betreut und inhaltlich gut aufbereitet, mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzen
1907 können. So können Jugendliche immunisiert werden gegen neofaschistische
1908 Bestrebungen.

1909

1910 • **Breite Bündnisse und gesellschaftliche Mobilisierungen gegen rechts**

1911 Rassismus und die Gefahr von rechts lassen sich nur durch breite zivilgesellschaftliche
1912 Mobilisierungen zurückdrängen, dafür beteiligen wir uns an breiten gesellschaftlichen
1913 Bündnissen, lokal vor Ort und überregional wie bei „Aufstehen gegen Rassismus“.

1914

1915

1916

1917 **Für einen echten Verfassungsschutz: Inlandsgeheimdienst abschaffen!**

1918

1919 Der „Verfassungsschutz“ schützt die Ziele der Verfassung nicht. Im Fall der neofaschistischen
1920 Terrorgruppe NSU, die zehn Morde beging, blieb der „Verfassungsschutz“ nicht nur tatenlos,
1921 er behinderte sogar die Ermittlungen und die Aufklärung und relativierte die Gefahr von
1922 rechts. Statt Konsequenzen aus dem NSU-Komplex zu ziehen, haben CDU und Grüne der
1923 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum NSU-Komplex und der Rolle der hessischen
1924 Behörden im Landtag nicht zugestimmt. Die Angehörigen des Mordopfers warten bis heute
1925 auf Aufklärung.

1926

1927 Der Geheimdienst hat seitdem fast eine Verdoppelung an Personal und Geldmitteln erfahren
1928 und durch Schwarzgrün neue weitreichende Befugnisse erhalten. Mithilfe des Staatstrojaners
1929 darf der Geheimdienst zukünftig nahezu grenzenlos und unkontrolliert sämtliche Bürgerinnen
1930 und Bürger überwachen.

1931 Der Geheimdienst ist weder parlamentarisch noch öffentlich kontrollierbar, weil er selbst

1932 darüber entscheidet, welche Informationen dem parlamentarischen Kontrollgremium
1933 übermittelt werden. Überdies sind die Mitglieder des Kontrollgremiums der Geheimhaltung
1934 unterworfen, so dass nach erlangten Informationen keine weiteren Schritte eingeleitet
1935 werden können.
1936 DIE LINKE möchte den sogenannten Verfassungsschutz auflösen und stattdessen eine Stelle
1937 für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie einrichten - ohne nachrichtendienstliche
1938 Befugnisse. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung
1939 über neonazistische, menschenfeindliche und andere gegen die Grundsätze der Verfassung
1940 gerichtete Aktivitäten in Hessen sein.

1941
1942 DIE LINKE will:

- 1943
- 1944 • **Auflösung des Geheimdienstes**
1945 Der sogenannte Verfassungsschutz soll aufgelöst und durch eine Stelle für
1946 Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne nachrichtendienstliche Befugnisse
1947 ersetzt werden.
1948
 - 1949 • **Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen – V-Leute-System beenden**
1950 Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit müssen wirksam bekämpft werden. Das V-
1951 Leute-System, über das viel Geld in die rechte Szene geflossen ist, muss endlich beendet
1952 werden.
1953
 - 1954 • **Grundrechte schützen**
1955 Bürger-, Datenschutz- und Grundrechte müssen geschützt und Überwachungsgesetze
1956 gestoppt werden, statt den Geheimdienst immer weiter auszubauen und ihm weitere
1957 weitreichende Befugnisse zu geben.
1958
 - 1959 • **Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements**
1960 Wir wollen eine stärkere Förderung von Projekten zur Gewaltprävention, zur
1961 Demokratieförderung und für Antirassismus, statt einer Schwächung dieser Projekte und
1962 ihrer Mitarbeiter*innen u.a. durch die sogenannte Extremismusklausel.

1963
1964
1965 **Datenschutz und Netzpolitik**

1966
1967 Durch neue Medien und verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf
1968 freie, unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des
1969 Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht Konzernen und Geheimdiensten, aber auch Behörden
1970 oder Arbeitgebern, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers. Soziale
1971 Netzwerke und andere Plattformen sind im Besitz privater Konzerne, Unsere Möglichkeiten
1972 werden so durch ihre Profitinteressen beschränkt. DIE LINKE will die offene Architektur des
1973 Internets bewahren. Dazu gehört, die Netzneutralität zu sichern.
1974 Die widerrechtliche Erhebung, Speicherung und Verarbeitung persönlicher Daten ist heute
1975 sehr weit verbreitet. Staatliche Sicherheitsbehörden und private Konzerne sammeln enorme
1976 Datenmenge über Nutzerinnen und Nutzer. Sie verletzen fortlaufend das Recht jedes
1977 einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung. Die Landesregierung tut nichts für eine
1978 Stärkung der Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger über ihre persönlichen Daten. Unter dem
1979 Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus werden Telefone, Internetkommunikation,
1980 Handydaten etc. einer fast vollständigen Überwachung unterzogen.

1981
1982

1983 DIE LINKE will:

1984

1985 • **Datenschutz verbessern**

1986 Internetnutzerinnen und -nutzer müssen über die Erhebung und Verarbeitung
1987 personenbezogener Daten informiert werden und diesen widersprechen können.

1988 Unternehmen, die gegen Datenschutzaufgaben verstoßen, müssen konsequent
1989 sanktioniert werden. Das grundgesetzlich geschützte Briefgeheimnis muss auch auf die
1990 elektronische Kommunikation angewendet werden. Die Sammlung von persönlichen
1991 Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden darf grundsätzlich nur in
1992 Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig sein.

1993

1994 • **Informationsfreiheitsgesetz durchsetzen**

1995 Wir setzen uns für die Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts
1996 gegenüber Behörden und staatlichen Organen durch ein weitgehendes
1997 Informationsfreiheitsgesetz ein.

1998

1999 • **Informationelle Selbstbestimmung stärken**

2000 Alle Bürgerinnen und Bürger sollen ein Anrecht auf kostenlose Auskunft, Korrektur und
2001 gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken
2002 haben.

2003

2004 • **Stärkung der Datenschutzbeauftragten**

2005 Um die Einhaltung des Datenschutzes zu verbessern ist die Stärkung der Rechte von
2006 Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen notwendig.

2007

2008 • **Förderung von Anonymisierungsdiensten**

2009 Wir treten ein für die Förderung von Anonymisierungsdiensten (Ende zu Ende-
2010 Verschlüsselung) im Internet und dafür, dass die Anonymisierung nur nach richterlicher
2011 Anordnung aufgehoben werden darf.

2012

2013 • **Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet**

2014 Die freie Meinungsäußerung muss geschützt werden gegen ausufernde Abmahnungen
2015 und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

2016

2017 • **Überwachungsgesetze bundes- und europaweit verhindern**

2018 Wir treten dafür ein, dass das Land Hessen Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur
2019 Vorratsdatenspeicherung ergreift, und Gesetzesinitiativen in den Bundesrat gegen die
2020 Ausweitung des Überwachungsstaats einbringt.

2021

2022

2023 **Rechtsstaat gut ausstatten und demokratisieren**

2024

2025 Die hessische Justiz leidet unter Personalmangel. Die Schuldenbremse und der mit ihr
2026 verbundene Sparzwang gefährden den Rechtsstaat. Überlange Verfahren sind aufgrund des
2027 Personalmangels keine Seltenheit. Dass die Belastungsgrenze der hessischen Justiz weit
2028 überschritten ist, ist der Landesregierung längst bekannt. Ohne Rücksicht auf die stetig
2029 steigende Belastung durch immer komplexer werdende Verfahren wurde in den letzten Jahren
2030 beim Personal gekürzt. Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwaltschaften leiden unter
2031 einer zu starken Arbeitsbelastung.

2032 Ziel des Strafvollzugs soll es sein, Gefangene in die Lage zu versetzen, künftig ein Leben in
2033 sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Dabei ist es ein kaum aufzulösender
2034 Widerspruch, dass das Leben in Freiheit in Gefangenschaft gelernt werden soll. Zu
2035 erfolgreicher Resozialisierung gehört auch die Möglichkeit, soziale Bindungen durch Besuche
2036 zu stärken. Um Opfern, Tätern und der Gesellschaft besser gerecht zu werden, muss
2037 zukünftig mit Straftäter*innen anders umgegangen werden. Hierzu gehören ein verbesserter
2038 Täter-Opfer-Ausgleich, Wiedergutmachung und alternative Bewährungsmodelle.

2039

2040 DIE LINKE will:

2041

- 2042 • Eine konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine
2043 Demokratisierung der Justiz. Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und
2044 Staatsanwälte sollen ausschließlich durch Richterwahlausschüsse ernannt werden
2045 statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizministerinnen und
2046 Justizminister. Zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die
2047 Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte einführen.
- 2048 • Wir wollen Amtsgerichtstandorte erhalten, damit sie für alle Bürgerinnen und Bürger
2049 erreichbar sind. Für schnellere Verfahren wollen wir zusätzliche Rechtspfleger*innen
2050 und Richter*innenstellen schaffen.
- 2051 • Die Prozesskostenhilfe wollen wir ausbauen. Rechtsschutz darf nicht eine Sache des
2052 Geldes sein.
- 2053 • Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert eine den Richterinnen und Richtern gleiche
2054 Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch Abschaffung des
2055 Weisungsrechts.
- 2056 • Rechtsreferendare im Justizdienst bei der Ausbildungsvergütung mindestens mit den
2057 Lehramtsreferendar*innen gleichstellen.
- 2058 • Den Strafvollzug menschenwürdig gestalten und sinnvolle Alternativen entwickeln:
2059 Strafgefangene sollen Zugang zum Internet, zu Medien und Informationen haben. Sie
2060 dürfen nicht als billige Arbeitskräfte herhalten, sondern einer angemessen bezahlten
2061 Beschäftigung nachgehen dürfen. Weiterbildungsangebote und psychosoziale
2062 Betreuung wollen wir ausbauen. (Teil-)Privatisierungen von Strafvollzugsanstalten
2063 lehnen wir ab. Zudem wollen wir sinnvolle Alternative zum derzeitigen Strafvollzug
2064 entwickeln, bei denen Resozialisierung an erster Stelle steht.

2065

2066

2067 **Eine bürgernahe Polizei**

2068

2069 Die Arbeitssituation bei der hessischen Polizei ist desolat: Viel zu lange Arbeitszeiten, drei
2070 Millionen Überstunden, (doppelt so viele wie im Durchschnitt bei den anderen
2071 Landespolizeien), Verluste in der Besoldung in den zurückliegenden Jahren und zu wenig
2072 Personal kennzeichnen die Arbeitsbedingungen. Es waren die politischen Entscheidungen der
2073 CDU-geführten Landesregierungen und der CDU-Innenminister bei Personal und Besoldung in
2074 den zurückliegenden Jahren immer wieder einzusparen und die Arbeitszeit auf 42 Stunden pro
2075 Woche hochzusetzen, die dazu geführt haben. Statt mit technischen
2076 Überwachungsmaßnahmen wie Kameraüberwachung Scheinsicherheit zu demonstrieren,
2077 wären mehr Polizist*innen im Streifendienst in Städten und Gemeinden nötig.

2078

2079

2080 DIE LINKE will:

2081

- 2082 • Eine umfassende Aufgabenkritik muss die Polizei von sinnlosen Arbeiten befreien.
2083 Diese Aufgabenkritik hat die Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns zum Maßstab,
2084 soll ihr Aufgabengebiet auf die Gefahrenabwehr begrenzen und die Verfügbarkeit für
2085 die Bürgerinnen und Bürger erhöhen.
- 2086 • Die Überstunden bei der Polizei sollen reduziert und angemessene Regelungen für
2087 Dienst zu ungünstigen Zeiten („DuZ“) gefunden werden.
- 2088 • Die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, »Schwarze Sheriffs« usw.
2089 wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen. Wachpolizisten wollen wir abschaffen.
- 2090 • Die Polizeistrukturen müssen demokratisiert und eine vernünftige Fehlerkultur
2091 entwickelt werden.
- 2092 • Die Einhaltung der Kennzeichnungspflicht von Beamtinnen und Beamten bei Einsätzen
2093 wollen wir konsequent durchsetzen, damit Fehlverhalten Einzelner geahndet werden
2094 kann.
- 2095 • Eine unabhängige Beschwerdestelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger sowie
2096 Kolleginnen und Kollegen wenden können und die Fehlverhalten von Polizeibeamten
2097 untersucht und ahndet.

2098

2099

2100 **Hessische Verfassung verteidigen**

2101

2102 Die Hessische Verfassung ist die älteste noch gültige Landesverfassung in Deutschland. Sie
2103 ist am 1. Dezember 1946 durch eine Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 78 Prozent in
2104 Kraft getreten und in vielen wesentlichen Teilen bis heute unverändert geblieben.

2105 Unsere Hessische Verfassung ist geprägt von den Schrecken des Faschismus und des
2106 Weltkrieges. Sie atmet den Geist antifaschistisch-demokratischer Neuordnung. Nach ihrem
2107 Leitgedanken ist es Aufgabe der Wirtschaft des Landes, dem Wohle der ganzen Bevölkerung
2108 und der Befriedigung ihres Bedarfs zu dienen. Dazu fordert sie auch, wirtschaftliche Macht zu
2109 beschränken und wichtige Teile der Wirtschaft in öffentliches Eigentum zu überführen. In ihr
2110 sind weitgehende soziale Rechte verankert und sie ächtet den Krieg. Die sozialen
2111 Grundrechte der Hessischen Verfassung sind zwar in der Sprache ihrer Zeit geschrieben, aber
2112 bilden für uns noch immer ein Vorbild.

2113 In der vergangenen Legislaturperiode hat es auf Initiative von CDU, Grüne, SPD und FDP
2114 Bestrebungen gegeben, die Hessische Verfassung zu verändern. DIE LINKE hat sich dafür
2115 eingesetzt, dass die sozialistisch geprägte Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht Opfer der
2116 Bestrebungen der anderen Parteien wird. Dieses Ziel konnten wir erreichen. Eine Mehrheit im
2117 hessischen Landtag hat entschieden, dass die hessische Bevölkerung über eine Reihe von
2118 Änderungen im Rahmen einer Volksabstimmung entscheiden sollen. DIE LINKE bedauert,
2119 dass der Großteil der zur Abstimmung vorliegenden Änderungen sich lediglich in
2120 Symbolpolitik erschöpft. Wir hatten gefordert, den sozialen Charakter der Verfassung durch
2121 ein Recht auf Wohnen weiterzuentwickeln. Diesen Vorschlag haben die anderen Parteien
2122 abgelehnt.

2123

2124 DIE LINKE will:

2125

- 2126 • Die sozialen und demokratischen Leitgedanken der Verfassung müssen Realität in
2127 Hessen werden. Nicht die Verfassung muss an die Realität angepasst werden,
2128 sondern das politische Handeln muss der Leitidee der Verfassung folgen.
- 2129 • Um die Hessische Verfassung stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, tritt
2130 DIE LINKE dafür ein, neben weiteren bundesweiten Feiertagen den Verfassungstag am
2131 1. Dezember zu einem staatlichen Feiertag in Hessen zu machen.

2132
2133
2134
2135
2136
2137
2138
2139
2140
2141
2142
2143
2144
2145
2146
2147
2148
2149
2150
2151
2152
2153
2154
2155
2156
2157
2158
2159
2160
2161
2162
2163
2164
2165
2166
2167
2168
2169
2170
2171
2172
2173
2174
2175
2176
2177
2178
2179
2180
2181
2182

7. Gleichberechtigte Partizipation und Flüchtlinge schützen

Gleichberechtigte Partizipation ermöglichen!

Hessen ist ein vielfältiges Land, Menschen mit fast 200 verschiedenen Nationalitäten leben hier. Fast 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Hessens hat Eltern oder Großeltern, die nicht aus Deutschland stammen. Diese kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung.

DIE LINKE setzt sich für die Einbeziehung aller dauerhaft in Hessen lebenden Menschen ein. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen, die gemeinsam in einer Gemeinde und in einem Land leben, auch gemeinsam die Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Migrantinnen und Migranten eröffnet und jeder Form der Ausgrenzung entgegentritt, damit alle Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft teilhaben können.

DIE LINKE will:

- **Gleichberechtigte Partizipation von Eingewanderten ermöglichen**
Alle dauerhaft hier lebenden Menschen müssen an den Wahlen ihrer Gemeindevertretung, zum Hessischen Landtag und zum Bundestag teilnehmen können. Kommunale Strukturen und Netzwerke, die bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen, müssen ebenso gestärkt werden wie Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus wollen wir die kommunalen Ausländerbeiräte weiterentwickeln und Mitwirkungsmöglichkeiten ihres Dachverbandes agah auf Landesebene ausbauen.
- **Diskriminierungen entschieden entgegenreten**
Wir wollen ein flächendeckendes Angebot an unabhängigen Beratungsstellen schaffen. Ein Rechtshilfefonds soll eingerichtet werden, damit Betroffene ihre Rechte auch durchsetzen können. Um bestehende Lücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz zu schließen, wollen wir ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz einführen.
- **Bildungsbenachteiligungen aktiv entgegenwirken**
Die Chancengleichheit muss durch frühkindliche Bildungsangebote, gute schulische Förderung und gezielte Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Wir wollen die monokulturelle und monolinguale Bildungstradition überwinden. Schulen müssen besser auf sprachlich vielfältige Schulklassen und eine Schülerinnen- und Schülerschaft mit zahlreichen Migrationsbiographien ausgerichtet werden.
- **Herkunftssprachen fördern und aufwerten**
Der herkunftssprachliche Schulunterricht muss aufgewertet und als gleichwertiges Schulfach angeboten werden. Den Unterricht durch Konsulatslehrkräfte wollen wir

2183 beenden. Migrationsbedingte Mehrsprachigkeit muss als gesellschaftliche und
2184 individuelle Ressource anerkannt und gefördert werden.

2185

2186 • **Hürden für Migrant_innen beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen**

2187 Ausländische Berufsqualifikationen müssen leichter anerkannt und ein ausreichendes
2188 Angebot für Nachqualifizierungen und an berufsspezifischen Deutschkursen
2189 geschaffen werden. Wir wollen wirksame Strategien gegen die Diskriminierung bei
2190 Auswahlprozessen entwickeln und die Öffentlichkeit besser für bestehende
2191 Benachteiligungen sensibilisieren.

2192

2193 • **Landesverwaltung interkulturell öffnen**

2194 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssen sich interkulturell
2195 weiterbilden können, zugleich ist der Anteil an Bediensteten mit Migrationsgeschichte
2196 zu erhöhen. Die Behördenkultur muss den Bedürfnissen einer kulturell vielfältigen
2197 Gesellschaft Rechnung tragen. Wir wollen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner in
2198 Hessen gleichberechtigt und ungehindert öffentliche Dienstleistungen in Anspruch
2199 nehmen können.

2200

2201 • **Besseren Zugang zu Gesundheitsleistungen und Pflege**

2202 Gebührenfreie Dolmetscherdienste, die Übersetzung relevanter Schriftstücke und
2203 interkulturelle Fortbildungsangebote für das Gesundheitspersonal sollen zum
2204 chancengleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung beitragen. Eingewanderte
2205 Seniorinnen und Senioren brauchen eine kultursensible Altenpflege. Auch Menschen
2206 ohne geregelten Aufenthaltsstatus sollen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen
2207 können, ohne ihre Abschiebung zu riskieren.

2208

2209 • **Freie Religionsausübung für alle Religionen sicherstellen**

2210 Verbote von Sakralbauten sowie von religiös motivierter Bekleidung und eine
2211 Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage lehnen wir ab. Wir
2212 streben einen Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler an. Soweit
2213 bekenntnisorientierter Religionsunterricht an Schulen angeboten wird, muss diese
2214 Möglichkeit für alle Religionsgemeinschaften bestehen. Der weit verbreiteten
2215 Stigmatisierung von Menschen muslimischen Glaubens stellen wir uns entschieden
2216 entgegen.

2217

2218 • **Mehr reguläre Migrationsmöglichkeiten schaffen**

2219 Der Familiennachzug muss erleichtert und die diskriminierenden Sprachtests
2220 abgeschafft werden. Das Recht auf Einwanderung darf nicht nur Hochqualifizierten
2221 vorbehalten sein. Eine Einwanderungspolitik, die sich ausschließlich an den Interessen
2222 der deutschen Wirtschaft oder demographischen Entwicklungen orientiert, lehnen wir
2223 ab. Für uns stehen die Rechte und Belange der Migrantinnen und Migranten im
2224 Vordergrund.

2225

2226

2227 **Flüchtlinge schützen**

2228

2229 Das europäische Asylsystem hat versagt. Flüchtlingen wird eine legale und sichere Einreise
2230 verweigert, weshalb sie zu lebensgefährlichen Fluchtwegen gezwungen sind. Zehntausende
2231 Menschen haben diese rücksichtslose Abschottungspolitik bereits mit dem Leben bezahlt.

2232

2233 DIE LINKE setzt sich für einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen und
2234 deutschen Asylpolitik ein: Statt Abschreckung von Geflüchteten und Aufrüstung an den EU-

2235 Außengrenzen wollen wir eine an Menschenrechten orientierten Aufnahmepolitik, die
2236 Menschen Perspektiven bietet.
2237
2238 Menschen in Not müssen legal und sicher einreisen können und unter menschenwürdigen
2239 Bedingungen aufgenommen werden. Eine solche Asylpolitik muss begleitet werden von einer
2240 Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft.
2241
2242 DIE LINKE will:
2243
2244 • **Sichere Einreise ermöglichen**
2245 Wir wollen rechtliche Spielräume des Landes nutzen, um Menschen in Not eine legale
2246 und sichere Einreise zu ermöglichen. Kommunen, die mehr Asylsuchende aufnehmen
2247 möchten, sollen bei der direkten Aufnahme aus dem Ausland unterstützt werden.
2248
2249 • **Familiennachzug ermöglichen**
2250 Das hessische Syrien-Aufnahmeprogramm muss wiederbelebt und auf andere Länder
2251 ausgeweitet werden, um den Familiennachzug zu Geflüchteten in Hessen zu
2252 erleichtern. Flüchtlinge und insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
2253 dürfen nicht dauerhaft von ihren Familien getrennt leben müssen.
2254
2255 • **Flüchtlinge menschenwürdig und dezentral unterbringen**
2256 Die Zwangsunterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften muss beendet
2257 werden und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen vorangebracht
2258 werden. Wir wollen menschenwürdige Mindeststandards für bestehende
2259 Gemeinschaftsunterkünfte einführen und für deren Einhaltung durch regelmäßige
2260 Kontrollen sorgen. Kranke, Schwangere, Menschen mit Behinderungen und andere
2261 Flüchtlinge mit besonderem Schutzbedarf müssen angemessen versorgt und
2262 untergebracht werden. Wohnsitzauflagen und Residenzpflicht lehnen wir ab und
2263 wollen sie wieder abschaffen.
2264
2265 • **Gesundheitsversorgung sicherstellen**
2266 Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang von Flüchtlingen zur
2267 Gesundheitsversorgung durchsetzen und die Gesundheitskarte einführen.
2268
2269 • **Angebot für Deutschkurse ausweiten**
2270 Allen Geflüchteten sollen gebührenfreie Deutsch-Sprachkurse unabhängig von ihrem
2271 Aufenthaltsstatus und ihrer „Bleibeperspektive“ angeboten werden.
2272
2273 • **Zugang zu Bildung verbessern**
2274 Die Rahmenbedingungen für Intensivklassen für Seiteneinsteiger*innen ohne
2275 Deutschkenntnisse an den Schulen wollen wir verbessern: Die starren Altersgrenzen
2276 müssen beseitigt, Klassengrößen gesenkt, Lehrer*innen entlastet und bessere
2277 Abschlussmöglichkeiten geschaffen werden. Kinder brauchen auch in den
2278 Erstaufnahmeeinrichtungen Zugang zu schulischer Bildung.
2279
2280 • **Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gewährleisten**
2281 Der Zugang von Geflüchteten zum Arbeitsmarkt soll vom ersten Tag an und
2282 unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland gewährleistet sein. Zudem
2283 wollen wir ein Bleiberecht für Flüchtlinge in der Ausbildung.
2284

2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297
2298
2299
2300
2301
2302
2303
2304
2305
2306
2307
2308
2309
2310
2311
2312
2313
2314
2315
2316
2317
2318
2319
2320
2321
2322
2323
2324
2325
2326
2327

2328
2329
2330
2331
2332
2333
2334

- **Beratung und Betreuung verbessern**
Die Asylverfahrensberatung für Asylsuchende in der Erstaufnahmeeinrichtung und ihren Außenstellen soll ausgebaut und ein Rechtshilfefonds eingerichtet werden. Zudem wollen wir unabhängige Flüchtlingsberatung, Ehrenamtskoordination und die psychosoziale Versorgung verbessern.
- **Bleiberechtsregelungen durchsetzen und Abschiebungen verhindern**
Wir wollen eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus durchsetzen. Abschiebungen – insbesondere in Kriegsgebiete – lehnen wir ab. Die Abschiebehafte wollen wir abschaffen und das gerade errichtete Abschiebegefängnis in Darmstadt schließen. Stattdessen wollen wir in eine menschenwürdige Aufnahmestruktur investieren.

8. Verkehrswende für Hessen

Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen – Verkehr sozial und ökologisch gestalten

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Verkehr verursacht aber auch erhebliche Umweltbelastungen. Feinstäube, Treibhausgase und Verkehrslärm führen zu Gesundheitsschäden. Verkehr macht einen großen Teil des Energieverbrauchs in Hessen aus. Bislang ist es nicht gelungen, den Treibhausgasausstoß des Verkehrs in Hessen gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Ein Drittel des klimaschädlichen Treibhausgasausstoßes in Hessen stammt aus dem Verkehr. Seit Jahren steigen der Individualverkehr und mit ihm die Emissionen in Hessen. Um den Klimawandel aufzuhalten, brauchen wir eine Verkehrswende.

Der ÖPNV ist zum Stiefkind der Verkehrspolitik geworden. Während der Ausbau des Straßen- und Luftverkehrs massiv vorangetrieben wird, ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) chronisch unterfinanziert. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel werden auf vielen regionalen Bahnstrecken die Zugtaktung gestreckt, wichtige Verkehrsprojekte verschoben und Bahnstrecken stillgelegt.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellt nicht nur die ressourcenschonendste Verkehrsart dar, er ist Arbeitgeber für Tausende Menschen in Hessen. Gerade diese Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die Politik der Landesregierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Der Versuch, im hessischen ÖPNV zwangsweise Ausschreibungen vorzuschreiben und so auf dem „hessischen Weg“ die Liberalisierung voranzutreiben, hat keines der versprochenen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Er hat zu deutlichen Lohnsenkungen geführt und zu einem Massensterben mittelständischer Verkehrsunternehmen. Der Einfluss internationaler Konzerne, die ihre Monopolstellung mittlerweile ausnutzen, um drastische Preissteigerungen durchzusetzen, ist gewachsen. Das ÖPNV-Angebot stagniert derweil und die Fahrpreise befinden sich im bundesweiten Vergleich an der Spitze.

DIE LINKE will:

- **Bezahlbare und flächendeckende Mobilität für Alle**
DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes, gut getaktetes und bezahlbares ÖPNV-Angebot. Wir wollen in einem ersten Schritt Preise deutlich senken und streben perspektivisch den Nulltarif im ÖPNV an.

- 2335 Neue solidarische Finanzierungsmodelle könnten beispielsweise eine Umlagefinanzierung
2336 durch Gewerbe und Arbeitgeber und/oder ein Bürgerticket darstellen, das preislich
2337 deutlich unter den heutigen Monatskarten liegen müsste sowie einer stärkeren
2338 Bezuschussung aus Steuermitteln.
2339
- 2340 • **Stärkung des ÖPNV: Angebot deutlich ausbauen**
2341 Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung
2342 des Bundes, vor allem die Regionalisierungsmittel, erhalten und dynamisch erhöht wird.
2343 Das Land Hessen muss, wie andere Bundesländer auch, in ausreichendem Maße eigene
2344 Landesmittel für die Förderung des ÖPNV bereitstellen. Die Kapazitäten müssen,
2345 insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, erhöht werden, z.B. durch den Bau eines
2346 Straßenbahnnetzes in Wiesbaden mit Verbindung nach Mainz. Das Angebot muss
2347 insbesondere auf dem Land deutlich ausgebaut werden, um auch dort eine attraktive
2348 Alternative zum eigenen Auto darzustellen.
2349
 - 2350 • **Bahnhöfe sanieren und Barrierefreiheit schaffen**
2351 Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein
2352 ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich. Viele Bahnhöfe in
2353 Hessen sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites
2354 Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon muss die
2355 Barrierefreiheit sein.
2356
 - 2357 • **Gute Arbeit und Arbeitsbedingungen**
2358 Wir wollen eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung
2359 im ÖPNV. Lohndumping muss bekämpft werden. Beschäftigte müssen ausreichende
2360 Erholungszeiten zugestanden werden, Warte- und Wendezeiten dürfen nicht als
2361 Pausenzeit angerechnet werden.
2362
 - 2363 • **Integrierte Verkehrskonzepte entwickeln**
2364 Wir wollen integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichteren Umstieg im Berufs- und
2365 Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote entwickeln. Radverkehr,
2366 motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen optimal
2367 miteinander vernetzt werden. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung des stationären
2368 Carsharings durch finanzielle Förderung, Beratung und Bereitstellung von Flächen ein.
2369
 - 2370 • **Verkehr und Verkehrsbelastung reduzieren**
2371 Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen Lkw-Transporte und motorisierter
2372 Individualverkehr zu. Für die kommenden Jahre sehen die Prognosen Steigerungen im
2373 hohen zweistelligen Bereich voraus. Im Transportwesen ist die Hauptursache dafür in den
2374 Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen. Die Verlagerung des
2375 Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht ausreichend. Auch
2376 die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive
2377 Fernverkehrstrassen nicht durch Wohngebiete geführt werden. Durch Förderung
2378 regionaler Wirtschaftskreisläufe können unsinnige bzw. vermeidbare Transportfahrten
2379 vermieden und Verkehr reduziert werden. Die Innenstädte müssen gestärkt werden statt
2380 immer mehr Einkaufsmöglichkeiten auf die „grüne Wiese“ zu verlegen. Nachtfahrverbote
2381 für Lkw auf Landstraßen sind ein Mittel, um die Lärmbelastung für Anwohnerinnen und
2382 Anwohner wirksam zu reduzieren.
2383
 - 2384 • **Bahnstrecken gezielt ausbauen**
2385 Um mehr Güter auf der Schiene transportieren und mehr Menschen bewegen zu können,
2386 ist die Ertüchtigung bestehender und der Ausbau neuer Bahnstrecken notwendig. Über

2387 die bereits im Bau befindlichen oder in der Planung weit fortgeschrittenen Strecken
2388 hinaus (nordmainische S-Bahnverbindung Frankfurt – Hanau, Westtangente, Rhein-
2389 Main/Rhein-Necker- Bahn) müssen ergänzende Strecken im Rhein-Main-Gebiet (z.B. S-
2390 Bahnring Frankfurt, Stadtbahn Wiesbaden), zur Entlastung des Rheintals, in Mittelhessen
2391 (weiterer Ausbau der Main-Weserbahn) und Nordhessen (RegioTram Kassel) jetzt
2392 diskutiert und geplant werden. Stillgelegte Strecken, wie z.B. die Verbindung Darmstadt –
2393 Groß-Zimmern – Dieburg oder Baunatal – Schauenburg, wollen wir wieder in Betrieb
2394 nehmen.

2395

2396 • **Bahnlärm bekämpfen**

2397 Die Anwohnerinnen und Anwohner der Bahnstrecke durch das Rheintal müssen besser
2398 vor Lärm geschützt werden. Zur Minderung des Lärms will DIE LINKE für den Güterverkehr
2399 verbesserte Schallabsorption, Einsatz von Flüsterbremsen, eine Höchstgeschwindigkeit
2400 von 80 km/h und ein Nachtfahrverbot. Mittelfristig muss eine alternative Streckenführung
2401 geplant werden, um die Anwohner_innen zu entlasten, das UNESCO-Welterbe Oberes
2402 Mittelrheintal zu schützen und den Tourismus zu fördern.

2403

2404 • **Kein weiterer Ausbau von Autobahnen und Tempolimit**

2405 DIE LINKE lehnt den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem wollen wir
2406 eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für Pkw auf allen hessischen Autobahnen.

2407

2408 • **Elektromobilität gezielt fördern**

2409 Die Elektromobilität wollen wir vor allem im öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für E-
2410 Autos sind sinnvoll für Handwerker, soziale Dienste und Taxen, die viel im städtischen
2411 Raum unterwegs sind.

2412

2413 • **Radverkehr fördern**

2414 DIE LINKE will den Erhalt und Ausbau des Radwegenetzes in Hessen und Projekte zur
2415 Ausweitung des Radverkehrs wie z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-
2416 Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Fahrradleihsysteme sollten in die Verkehrsverbünde
2417 integriert werden. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert werden.

2418

2419

2420 **Luftverkehr sinnvoll planen – Gesundheit vor Profite**

2421

2422 Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht auch krank. Das belegt die
2423 Lärmwirkungsforschung eindeutig. Der Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist für viele
2424 Menschen unerträglich. Hinzu kommen Umweltgifte wie Kohlenmonoxid, Stickoxide,
2425 Schwefeloxide und (Ultra-) Feinstaub im Bereich der Einflugschneisen, deren Auswirkungen
2426 auf die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner nicht einmal belastbar untersucht und
2427 somit ungeklärt sind. Das Land Hessen als Miteigentümerin des Flughafens trägt auch die
2428 Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung.

2429

2430 Unbestritten hat der Flughafen Rhein-Main für die Region eine große wirtschaftliche
2431 Bedeutung. DIE LINKE ist nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und
2432 gemeinsam mit vielen Menschen kämpft DIE LINKE gegen das ungebremste Wachstum des
2433 Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen.

2434

2435 Beim Ausbau des Frankfurter Flughafens hantierten die Ausbaubefürworter mit falschen
2436 Zahlen und Prognosen. Jahrelang wurde von den Ausbauparteien CDU, SPD und FDP sowie
2437 dem Flughafenbetreiber Fraport behauptet, ohne den Ausbau des Flughafens komme es zu
2438 bedrohlichen Kapazitätsengpässen und der Flughafen sei dann nicht mehr konkurrenzfähig.

2439 Nun wird in Frankfurt den so genannten Billigfliegern der rote Teppich ausgerollt und ein
2440 unsäglicher Unterbietungswettbewerb befeuert. Schlecht bezahlte Jobs, Leiharbeit und
2441 andere Formen prekärer Beschäftigung greifen am Flughafen immer weiter um sich.
2442 Ein uneingeschränktes Wachstum des Flughafens erzeugt nicht automatisch mehr
2443 gesellschaftlichen Wohlstand, sondern kann diesen auch zerstören. Dieser Punkt ist für den
2444 Frankfurter Flughafen erreicht. Die Versuche von Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir,
2445 mit so genannten Lärmpausen und einer freiwilligen Lärmobergrenze Abhilfe bei der
2446 Lärmbelastung zu schaffen, sind allesamt gescheitert. Die Lärmobergrenze begrenzt nicht den
2447 Fluglärm, sondern erlaubt, dass es sogar noch deutlich lauter wird. Auch der Bau von
2448 Terminal 3 wurde nicht verhindert.

2449
2450 Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber den
2451 gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu vermindern, wollen wir ein integriertes
2452 Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und europäischer Ebene.
2453 Flughäfen müssen zusammenarbeiten, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten
2454 aufzubauen und Umweltbelastungen zu vergrößern.
2455 Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene und die meisten
2456 Frachtflüge auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Über die Hälfte aller Passagierflüge
2457 am Frankfurter Flughafen sind Kurzstreckenflüge. 16 Prozent aller Flüge könnten sofort durch
2458 Bahnfahrten von maximal 4 Stunden ersetzt werden.

2459
2460 Der vom Land Hessen gebaute Flughafen Kassel-Calden ist ein Millionengrab, dass die
2461 Steuerzahler*innen teuer zu stehen kommt. Bisher sind über 300 Millionen Euro in den
2462 Ausbau und den Betrieb des Flughafens geflossen. Die niedrige Zahl der Flugbewegungen
2463 zeigt, dass dieser Flughafen nicht gebraucht wird. DIE LINKE fordert deshalb den Flughafen
2464 zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen und die öffentlichen Mittel für den Betrieb für eine
2465 geeignetere Wirtschaftsförderung in Nordhessen zu nutzen.

2466 DIE LINKE will:

- 2467
- 2468 • ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr;
 - 2469 • die Verlagerung möglichst vieler Kurzstreckenflüge (mindestens ein Viertel aller Flüge) auf
2470 den Zugverkehr.
 - 2471 • eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr und die Schließung der
2472 Nordwestlandebahn; Stopp des Baus von Terminal 3;
 - 2473 • die vollständige Entschädigung der Anwohner dort, wo es nicht leiser werden kann; der
2474 Flughafenbetreiber muss sämtliche Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht
2475 verjähren;
 - 2476 • unverzüglich eine wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der
2477 Auswirkungen von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die
2478 Gesundheit der Bevölkerung in den Anwohnergemeinden des Frankfurter Flughafens;
 - 2479 • Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und
2480 bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden;
 - 2481 • Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen stehen
 - 2482 • eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen des
2483 Flughafens;
 - 2484 • ein Ende der immer weiteren Verluste durch den Regionalflughafen Kassel-Calden. Das
2485 Geld muss in nachhaltige Projekte in der Region investiert werden. Da er als
2486 Regionalflughafen nicht gebraucht wird, soll Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz
2487 zurückgestuft werden;

2488
2489

2490 Und auf Bundesebene:

2491

- 2492 • die Nachruhe muss geschützt werden: keine Aufweichung des § 29b Luftverkehrsgesetz;
- 2493 • Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs, Einführung einer angemessenen
- 2494 Kerosinsteuer, Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel.
- 2495 • Einführung der Umsatzsteuer auf internationale Flugtickets
- 2496 • Reduzierung der Lärmgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz auf 53 dB(A) tags und 45 dB(A)
- 2497 nachts bei maximal 0,5 fluglärmbedingten Aufwachreaktionen;
- 2498 • militärische Flugplätze sind beim Lärmschutz den zivilen gleichzustellen.

2499

2500

2501

2502 **9. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten**

2503

2504 Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit
2505 Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. DIE LINKE
2506 setzt sich konsequent für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die
2507 Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des
2508 politischen Willens.

2509 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, zu denen sich Deutschland international verpflichtet
2510 hat, muss der Kohlendioxidausstoß pro erzeugter Kilowattstunde drastisch verringert werden.
2511 Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Auf
2512 Landes- wie auf Bundesebene torpedieren CDU und SPD wichtige Projekte wie den Ausbau
2513 der Windkraft oder das Erneuerbare Energiengesetz. Hessen bleibt beim Ausbau der
2514 erneuerbaren Energien weiterhin hinter den übrigen Bundesländern zurück und belegt aktuell
2515 nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

2516

2517 DIE LINKE will:

2518

- 2519 • **Energiewende zügig umsetzen**

2520 Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler
2521 Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine hundertprozentige
2522 Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040 ist dies auch
2523 für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen liegen die Schwerpunkte
2524 bei der Nutzung von Windenergie, Wasser und Biomasse aus Abfällen.

2525 Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die
2526 Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe
2527 Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue,
2528 zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Ausschreibungspflicht für kleine Investitionsvorhaben
2529 in Erneuerbare-Energie-Projekte muss eingeschränkt werden, in dem die Bagatellgrenzen
2530 deutlich angehoben werden. Kommunale Projekte sollen von Hessenforst durch
2531 pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen unterstützt werden. Die Hessische
2532 Bauordnung ist dahingehend zu überarbeiten, dass so genannte Solarsatzungen wieder
2533 möglich werden. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden sollen für Solaranlagen genutzt
2534 werden.

2535

- 2536 • **Kohleausstieg in Hessen - wir müssen nicht auf den Bund warten.**

2537 Hessen kann beim Ausstieg aus der Kohleverstromung vorangehen. Erste Maßnahme
2538 wäre die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach
2539 müssen bis 2025 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen
2540 frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Beschäftigten sozial

2541 abgesichert werden. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch deshalb notwendig, damit durch
2542 weitere gezielte Investitionen in erneuerbare Energien neue Arbeitsplätze geschaffen
2543 werden.

2544 • **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren**

2545 Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere
2546 Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der
2547 Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als
2548 wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau
2549 erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles
2550 Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der Hessischen Gemeindeordnung
2551 verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt
2552 werden. Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir
2553 fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen
2554 und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks
2555 beteiligt werden.

2556
2557 • **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung**

2558 Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht,
2559 der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, auf
2560 allen Ebenen mehr Demokratie wagen. Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den
2561 Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.

2562
2563 • **Energiepreise deckeln**

2564 Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren
2565 sind die Energiekosten für private Haushalte erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung
2566 zu stoppen, fordert DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.

2567
2568 • **Stromabschaltungen verhindern**

2569 DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Ein
2570 Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein
2571 sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird mit
2572 Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform
2573 können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. Stromabschaltungen
2574 müssen der Vergangenheit angehören. Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!

2575
2576 • **Energieberatung**

2577 Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten
2578 werden. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen sind ausreichende Hilfen für die
2579 Anschaffung energiesparender Haushaltgeräte und Heizungen erforderlich.

2580
2581 • **Energetische Sanierung voranbringen**

2582 Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur
2583 Einsparung von Energie. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von
2584 derzeit 0,75 Prozent auf 2-3 Prozent aller Gebäude in Hessen jährlich erhöhen, stellt aber
2585 keine Mittel dafür bereit. Das wollen wir ändern. Nach der energetischen Sanierung darf
2586 die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieterinnen und Mieter an Heizkosten sparen.

2587
2588 • **Fracking verbieten**

2589 Wir fordern ein bundesweites Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und
2590 Oberflächengewässern hat oberste Priorität. Fracking ist mit großen, zum Teil

2591 unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für das
2592 Trinkwasser verbunden.

2593 • **Rückbau des AKW Biblis**

2594 Der Schutz der Bevölkerung muss beim Rückbau des Atomkraftwerks in Biblis an erster
2595 Stelle stehen. Insbesondere das als „Freimessen“ bezeichnete Verfahren, weiterhin
2596 radioaktive Abrissteile als unbedenklich zu erklären und auf Deponien zu lagern oder
2597 sogar wieder zu verwerten, lehnen wir ab. Solange es keine Endlager gibt, muss das
2598 hochradioaktive Material im Zwischenlager in Biblis verbleiben und so sicher wie möglich
2599 gelagert werden.

2600

2601

2602

2603 **10. Umwelt schützen – Agrarwende für Hessen**

2604

2605 Weltweit treffen Umweltzerstörung, Folgen des Klimawandels und Verknappung natürlicher
2606 Ressourcen sozial schlechter gestellte Menschen zuerst und besonders hart. Das gilt auch für
2607 Hessen. DIE LINKE setzt sich für eine lebenswerte Umwelt ein. Dafür müssen unsere
2608 natürlichen Lebensgrundlagen geschützt und die Ressourcen auf ökologisch verträgliche,
2609 nachhaltige und gerechte Weise genutzt werden. Für einen wirklich guten Umwelt- und
2610 Naturschutz brauchen wir einen sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau mit einer
2611 nachhaltigen Produktion von Gütern und Energie, eine sparsame Verwendung von Rohstoffen,
2612 eine deutlich umweltverträglichere Landwirtschaft sowie die Vermeidung von Verkehr und
2613 einen stärkeren öffentlichen Personennahverkehr.

2614

2615

2616 **Wälder als Rohstoffquelle, Ressourcen und Naturschutz**

2617

2618 Als nachhaltige Rohstoff- und Energiequelle, für den Schutz von Wasser, Luft und Boden
2619 sowie als Lebensraum haben die Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr
2620 Zustand besorgniserregend: Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung wie im
2621 Hessischen Ried und Klimawandel setzten den Wäldern erheblich zu. Eine starke
2622 betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus, die ökologische Leistungen der Wälder
2623 und ihre Erholungsfunktion für uns Menschen ignoriert, gefährdet unsere Lebensgrundlagen.
2624 Auch bei steigenden Nutzungsansprüchen – Holz als neue Rohstoffquelle – muss die
2625 Waldwirtschaft nachhaltig bleiben. In der Forstverwaltung in Hessen werden immer noch
2626 Stellen abgebaut und Arbeiten an private Unternehmen vergeben. Die dem Landesbetrieb
2627 Hessen Forst übertragenen gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Umweltlernens, sowie
2628 Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes,
2629 können nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. Große Investoren dürfen keine
2630 kurzfristigen Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft anstreben.

2631

2632 DIE LINKE will:

2633

- 2634 • flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des
- 2635 ökologischen Waldbaus, der Naturschutz in der Forstwirtschaft muss gestärkt werden
- 2636 • eine starke Forstwissenschaft, die die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel
- 2637 begleitet;
- 2638 • ein besseres Holzrecycling aufbauen. Gebrauchtholz kann mehrfach wiederverwendet
- 2639 werden, bevor es zur Energienutzung verbrannt wird;

- 2640 • das öffentliche Eigentum am Wald erhalten. Die Privatisierung von Staats- und
2641 Kommunalwäldern lehnen wir ab;
2642 • einen massiven Stellenausbau bei Hessen Forst. Die Forstbetriebe müssen wieder mehr
2643 ausbilden;
2644 • Umweltbildung als eine zentrale Aufgabe der Forststellen: Nur wer seine Umwelt kennt,
2645 kann sie auch schützen.

2646
2647

2648 **Schutz der Grund- und Oberflächengewässer**

2649

2650 Bis 2015 hätten nach der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union die Gewässer
2651 einen guten ökologischen Zustand erreicht haben sollen. Dieses Ziel wurde in Hessen
2652 krachend verfehlt. Noch immer werden Flüsse und auch Grundwasser als Müllhalde für die
2653 Kaliindustrie verwendet und zu viele Nährstoffe aus den Klärwerken in die Flüsse eingetragen.
2654 Für Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels müssen die Ressourcen geschützt
2655 werden.

2656

2657 DIE LINKE will:

2658

- 2659 • getrennte Brauchwassersysteme, in denen Trink- von Brauchwasser getrennt genutzt
2660 wird, für Neubaugebiete in Ballungsräumen verbindlich vorschreiben;
- 2661 • die Wasserkraftwerke an den großen Flüssen fischsicher machen;
- 2662 • die Wiedereinführung des Wasserzents, für die Nutzung von Fluss- und Grundwasser
2663 durch die Industrie;
- 2664 • Klärwerke ertüchtigen. Phosphor muss zurückgewonnen werden,
2665 Medikamentenrückstände herausgefiltert und der Energieverbrauch mit effizienter
2666 Technik deutlich gesenkt werden;
- 2667 • die Salzeinleitung in die Werra und das Grundwasser stoppen

2668

2669

2670 **Bodenversiegelung und Flächenverbrauch**

2671

2672 Bodenschutz ist Klimaschutz. Nach den Weltmeeren und den fossilen Energieträgern sind
2673 unversiegelte Böden der drittgrößte Speicher für gefährliche Treibhausgase. Auch in Hessen
2674 muss der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr
2675 unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt im Besonderen
2676 für das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen.

2677 Das Biosphärenreservat Rhön muss im Sinne der UNESCO Agenda 21 als internationale

2678 Modellregion für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung aufgebaut werden. Eine

2679 militärische Nutzung von Naturschutzgebieten und Biosphärenreservaten ist damit

2680 unvereinbar. Die besonders schützenswerte Kernzone des Biosphärenreservates darf kein

2681 Flickenteppich sein und muss dauerhaft gesichert werden.

2682 DIE LINKE will:

2683

- 2684 • die Neuversiegelung von Böden deutlich verringern. Ab 2030 sollen Neuversiegelungen
2685 nur noch zugelassen werden, wenn sie durch eine mindestens gleich große
2686 Flächenentsiegelung an anderer Stelle (Rückbau nicht mehr benötigter Verkehrsflächen,
2687 Gewerbe- und Siedlungsflächen etc.) einhergehen;
- Das Biosphärenreservat Rhön vollständig einer militärischen Nutzung entziehen.
Umweltgefährdende militärische Altlasten müssen umgehend saniert werden.

2688

2689

2690 **Artenvielfalt**

2691

2692 Seit Jahrzehnten erleben wir eine Katastrophe. Die Artenvielfalt geht auch in Hessen immer
2693 weiter zurück. Erst sterben die Insekten, dann die Vögel. Die Ziele der
2694 Nachhaltigkeitsstrategie werden deutlich verfehlt. Um diesen Prozess umzukehren muss die
2695 immer weitere Zerstörung von Lebensräumen gestoppt werden. Dazu brauchen wir v.a. einen
2696 sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft (siehe unten), der Energiewirtschaft, der
2697 Verkehrsinfrastruktur sowie der industriellen Produktion.

2698

2699 DIE LINKE will:

2700

- 2701 • die bestehenden Naturschutzgebiete erhalten und ihre Schutzfunktion stärken;
- 2702 • bestehende Lebensräume in einem Biotopverbund zusammenfügen, um Wanderungen
2703 von Arten und damit auch eine Reaktion auf den Klimawandel zu ermöglichen;
- 2704 • den Umwelt- und Naturschutz als Landesaufgabe mit mehr Personal ausstatten.

2705

2706

2707 **Gesunde Nahrungsmittel durch eine ressourcen- und klimaschonende Landwirtschaft**

2708

2709 Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. DIE LINKE
2710 setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche regionale
2711 Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen
2712 schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

2713 DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Eine unsere Lebensgrundlagen
2714 zerstörende Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden.

2715 Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise
2716 garantiert werden. Dazu müssen die in den ländlichen Räumen für alle erbrachten
2717 ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und
2718 Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden.

2719 Ob krebserregend oder nicht - Glyphosat hat in Muttermilch, Nahrungsmitteln, Trinkwasser
2720 oder im Boden nichts verloren. Der Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat hat einen
2721 großen Anteil an der ökologischen Katastrophe des Insektensterbens. Mit jeder Pflanzenart,
2722 die auf dem Acker verschwindet, entziehen wir zehn Insektenarten die Nahrungsgrundlage.

2723 Rund ein Viertel der klimaschädlichen Treibhausgase in Deutschland stammen aus
2724 Landwirtschaft und Ernährung. Die industrielle Fleischproduktion ist ein echter Klimakiller.

2725 Nur wenn weniger tierische Produkte hergestellt werden, können die Klimaziele erreicht
2726 werden. Rechnet man den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die
2727 Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zu (z.B. Klimakosten,
2728 Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte
2729 Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

2730

2731 DIE LINKE will:

2732

- 2733 • öffentliche Agrarsubventionen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett
2734 transparent machen. Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische sondern auch
2735 an soziale Kriterien, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden;
- 2736 • den Ökolandbau in Hessen besser fördern und ausweiten sowie den Energieverbrauch
2737 und Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren. Bis 2025 streben wir einen
2738 Anteil des Ökolandbaus von 30 Prozent an.

- 2739 • Bauernhöfe statt Agrarfabriken! Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in
2740 Nordhessen unter Schwarz-Grün wollen wir beenden. Sie bedeutet eine Verdreifachung
2741 der Mastplätze und damit einen sprunghaften Anstieg von klimaschädlichen
2742 Treibhausgasen;
- 2743 • den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft verhindern;
- 2744 • die Nitratbelastung im Grundwasser verringern, indem übermäßige Düngung mit Gülle aus
2745 Massentierhaltung verhindert wird;
- 2746 • den Einsatz von Glyphosat und anderen Totalherbiziden verbieten;
- 2747 • die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte konsequent fördern;
- 2748 • Schulessen aus regionalem Anbau;
- 2749 • kein Fleischexport in Länder der sogenannten Dritten Welt;
- 2750 • einen Vorrang für die Produktion von Lebensmitteln vor Biomasseerzeugung zur
2751 Energiegewinnung, Agrarrohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau
2752 kommen;
- 2753 • ein Importmoratorium für nicht nachhaltig erzeugte Biomasse: Es darf zu keiner
2754 Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen – weder in Hessen noch anderswo;
- 2755 • die soziale Situation der Landwirte schützen, z.B. durch eine Verbesserung der
2756 Alterssicherung der Landwirtinnen und Landwirte und mittelfristig deren Einbindung in die
2757 gesetzliche Krankenversicherung. Das bäuerliche Eigentum soll gegen die Interessen der
2758 großen Agrarkonzerne geschützt werden.
- 2759
2760

2761 **Tierschutz voranbringen**

2762
2763 Tiere sind in unserer Gesellschaft als „Produktionsfaktor“ der Ausbeutung und Quälerei durch
2764 Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt
2765 wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden. Im Gegenteil: Tiere sind generell als fühlende
2766 Wesen zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu.
2767 Dies gilt auch für die mehr als 23 Millionen Haustiere, die teilweise unter qualvollen
2768 Umständen leben, weil kein Gesetz sie schützt. Deshalb unterstützt DIE LINKE die
2769 Tierschutzorganisationen in ihrer Forderung nach einem „Heimtierschutzgesetz“ sowie nach
2770 einem Verbandsklagerecht. Industrielle Tiermäster oder Tierexperimentatoren können durch
2771 alle Instanzen gegen Tierschutzaufgaben der Behörden klagen. Aber niemand kann klagen,
2772 wenn die Behörden Tierschutzvorschriften nicht in vollem Umfang durchsetzen. Und gerade
2773 dieses Vollzugsdefizit ist ein dringendes Problem in Hessen.

2774

2775 DIE LINKE will:

2776

- 2777 • Massentierhaltung verbieten– diesbezüglich ist steter Druck auf die Bundesregierung
2778 auszuüben;
- 2779 • die Haltung von Tieren muss an deren Bedürfnisse anpassen und nicht die Tiere an ihre
2780 industrielle Haltungen;
- 2781 • das Töten von männlichen Eintagsküken in der Legehennenzucht sofort stoppen,
2782 Alternativen sind längst entwickelt;
- 2783 • Tiertransporte vermeiden und wo zwingend notwendig verkürzen und stressfrei
2784 organisieren;
- 2785 • den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast deutlich reduzieren;
- 2786 • Den Einsatz von Versuchstieren lehnen wir ab. Hier müssen schnell und nachhaltig
2787 Alternativen entwickelt werden.
- 2788
2789

2790

2791 **11. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land in** 2792 **lebenswerten Kommunen**

2793

2794

2795 **Lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum**

2796

2797 Die Kluft zwischen Stadt und Land wächst. Vor allem ländliche Regionen müssen stärker
2798 gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht
2799 immer mehr Menschen diese Regionen verlassen. Um dieser Entwicklung zu begegnen,
2800 fordert DIE LINKE strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen. Während der
2801 Bevölkerungsdruck auf die Ballungsgebiete wächst, stellen sich auf dem Land ganz andere
2802 Probleme: Der ÖPNV muss ausgebaut werden, Schulen müssen erhalten bleiben, Ämter und
2803 Behörden müssen bürger*innennah zur Verfügung stehen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in
2804 mittelständischen Betrieben gefördert, Breitbandausbau unterstützt werden, Freizeit und
2805 Kulturangebote erhalten bleiben. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau der kommunalen
2806 Selbstverwaltung, der den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

2807

2808 DIE LINKE will:

2809

- 2810 • Für lebenswerte Bedingungen im ländlichen Raum;
- 2811 • Für die Ansiedlung von Einrichtungen der öffentlichen Hand im ländlichen Raum;
- 2812 • Für den Erhalt der Infrastruktur (wie etwa Gesundheitsversorgung, ÖPNV,
2813 Einkaufsmöglichkeiten, Grundschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder);
- 2814 • Für den flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau (5G).

2815

2816

2817 **Kommunen demokratisch gestalten**

2818

2819 Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt. Die verfassungsmäßige kommunale
2820 Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist aber vielfach nur noch Makulatur,
2821 weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet und zu teilweise
2822 empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat. Unter dem Druck des Landes wurden die
2823 Kommunen gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen.

2824

2825 Unsere Städte, Gemeinden und Kreise brauchen stabile Einnahmen und eine bessere
2826 Finanzausstattung. Die dringende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs darf nicht zu
2827 einer Konkurrenz um wenig und ständig geringer werdende Mittel werden. Anstatt an der
2828 ohnehin zu kurzen Decke zu ziehen und Mittel weiter zu kürzen, muss Kommunen wieder
2829 mehr Geld zur Verfügung stehen, damit Schwimmbäder und Bibliotheken erhalten bleiben.
2830 Durch Kommunen werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht, für die
2831 ein zu geringer Anteil der öffentlichen Mittel zur Verfügung steht.

2832

2833 DIE LINKE will:

2834

- 2835 • die Re-Kommunalisierung privatisierter Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wie z.B.
2836 den öffentlichen Personennahverkehr und die Wasser- und Energieversorgung;
- 2837 • auf Landesebene diesen Prozess der Re-Kommunalisierung nicht nur rechtlich, sondern
2838 auch finanziell zu fördern;
- 2839 • Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen
2840 Gemeindeordnung, die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu betätigen;

- 2841 • Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur (Bibliotheken, Schwimmbäder,
2842 Jugendzentren, Theater, Kinos ...)
2843 • eine Reform der KFA-Neuregelung, um die Kommunen bedarfsgerecht zu finanzieren.

2844

2845 Kommunalpolitik berührt die Menschen unmittelbar. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei
2846 Kommunalwahlen besonders gering. Das ist auch eine Folge zu geringer
2847 Entscheidungskompetenzen der Kommunen und zu wenig direkter Beteiligungsmöglichkeiten
2848 vor Ort. Der Benachteiligung der jungen Generation, von Frauen und insbesondere von
2849 Menschen mit Migrationshintergrund muss auch durch Erhöhung ihres Einflusses in den
2850 kommunalen Körperschaften entgegengewirkt werden. DIE LINKE tritt dafür ein, das
2851 Kommunalwahlrecht allen Menschen ab dem 16. Lebensjahr zu ermöglichen.

2852

2853 DIE LINKE will:

2854

- 2855 • die Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und Ausländer_innen -Vertretungen;
- 2856 • die Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten
2857 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
- 2858 • den Ausbau direktdemokratischer Elemente in der hessischen Kommunalverfassung
2859 sowie die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung der
2860 kommunalen Haushalte durch die Einführung echter Bürgerhaushalte.

2861

2862

2863 **12. Zugang zu Kultur, Medien und Sport für alle**

2864

2865

2866 **Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang**

2867

2868 Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernsehen und Internet sind die
2869 Massenmedien der Gegenwart. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine
2870 funktionierende Demokratie.

2871 Den klassischen Medien (Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen) sind infolge von immer
2872 stärkere Konkurrenz Ökonomisierung und digitaler Technologie neue Herausforderungen
2873 erwachsen. Fortschreitende Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von
2874 den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Finanzinvestoren bemächtigen
2875 sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Erhöhter Druck zur
2876 Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der
2877 Berichterstattung.

2878

2879 DIE LINKE will:

2880

- 2881 • die Vielfalt der Medien und eine kritische Öffentlichkeit erhalten;
- 2882 • den allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung
2883 muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können;
- 2884 • Mitbestimmung auch durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien;
- 2885 • Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und
2886 • eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung als zentralem Ziel unserer
2887 Medienpolitik.

- 2888
2889
2890
- nicht-kommerzielle und Bürgermedien in ihrer organisatorischen und redaktionellen Unabhängigkeit bewahren und ihre Förderung durch die Landesmedienanstalt verbessern.

2891

2892 **Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

2893

2894 Die öffentlich-rechtlichen Sender dürfen keinen finanziellen oder regulatorischen
2895 Beschränkungen unterliegen, die sie daran hindern, ihrem Auftrag gerecht zu werden. Sie
2896 bleiben dennoch aufgefordert, eigene Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. DIE LINKE
2897 spricht sich für ein stabiles Beitragsniveau auf mittlere Sicht aus. Der Nutzen der Sender für
2898 die Demokratie geht aber vor Beitragsstabilität. Zum 1. Januar 2013 wurde das
2899 gerätegebundene Gebührensystem auf einen pauschalen Haushaltsbeitrag umgestellt. Unsere
2900 Kritik von damals hat sich als berechtigt herausgestellt: Es kam zu einer Vielzahl sozialer
2901 Ungerechtigkeiten, die nunmehr dringend beseitigt werden müssen.

2902

2903 DIE LINKE will:

2904

- soziale Ausnahmetatbestände bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren festzulegen,
- einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzustreben.

2906

2907

2908

2909

2910

2911

2912

2913

2914

2915

2916

2917

2918

2919

2920

2921

2922

2923

2924

2925

2926

2927

2928

2929

2930

2931

2932

2933

2934

2935

2936

2937

2938

Kultur für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft.

Zum Zugang zu Kunst und Kultur gehören aber auch Fähigkeiten und Kenntnisse, um sich diese eigenständig und schöpferisch aneignen zu können. Deshalb will DIE LINKE die kulturelle Bildung ganz besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen. Das Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) soll erweitert werden, bis tatsächlich

2939 jedem Kind das Angebot gemacht werden kann. Der Eintritt in die Landesmuseen muss für
2940 Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater
2941 sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen
2942 kann.

2943
2944 DIE LINKE will:

- 2945
- 2946 • eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer gesetzlichen
2947 Pflicht nachzukommen, die Kultur zu fördern;
- 2948 • freie Kulturinitiativen und sozio-kulturelle Zentren noch besser fördern und in ihrer
2949 Selbstverwaltung stärken;
- 2950 • Bibliotheken und Artotheken erhalten und ausbauen, die Nutzung muss ohne Gebühren
2951 möglich sein;
- 2952 • Musikschulen, Museen sowie weitere Kultureinrichtungen und –angebote so fördern, dass
2953 sie gebührenfrei oder für alle bezahlbar bleiben;
- 2954 • Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festlegen;
- 2955 • eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z.B. Krankengeld
2956 und Altersabsicherung zu verbessern.

2957

2958

2959 **Breitensport fördern**

2960

2961 Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen.
2962 Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung
2963 von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

2964

2965 Viele Sporthallen, Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den Kommunen das notwendige
2966 Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen und die Sportvereine
2967 ausreichend finanziell zu unterstützen, damit die notwendigen Investitionen vorgenommen
2968 werden können. Die Sportstätten sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll
2969 saniert werden. Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

2970

2971 Wir fördern und unterstützen vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und
2972 gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den
2973 Schulen stärker unterstützt werden. Der Sportunterricht an den Schulen soll auf mindestens
2974 drei Unterrichtsstunden pro Woche erhöht werden.

2975

2976 DIE LINKE will:

2977

- 2978 • eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Landessportbundes und der
2979 Sportjugend;
- 2980 • bessere Unterstützung der Sportvereine vor Ort, insbesondere bei der
2981 Zusammenarbeit mit den Schulen;
- 2982 • die Sicherstellung eines flächendeckenden Schwimmunterrichts an allen
2983 Grundschulen;
- 2984 • Unterstützung zum weiteren Ausbau von Integrationsprojekten in den Sportvereinen;
- 2985 • ein Sportstättenanierungsprogramm des Landes, mit jährlich mindestens 25 Mio.
2986 Euro;
- 2987 • ein Sonderprogramm des Landes zur Sanierung und zum Betrieb von Frei- und
2988 Hallenbädern, mit jährlich mindestens 25 Mio. Euro.

2989

2990

2991 **13. Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen - linke Politik von** 2992 **und für Frauen**

2993

2994 Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich seit fast 60 Jahren
2995 garantiert ist, bleibt die Gleichstellung unvollendet. Noch immer sind die Tätigkeiten zwischen
2996 den Geschlechtern ungerecht verteilt. Frauen verdienen in Hessen zwischen 2,3 und 23,4
2997 Prozent je nach Wohnort und zwischen 9 und 27,7 Prozent je nach Qualifikation weniger als
2998 Männer. In den Familien übernehmen im Durchschnitt immer noch die Frauen den größeren
2999 Teil der Haus- und Pflegearbeit. Und Berufe, in denen überproportional viele Frauen arbeiten,
3000 sind in der Regel die schlechter bezahlten. Die Führungsetagen sind überwiegend von
3001 Männern besetzt. Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus stößt noch immer auf
3002 erbitterten Widerstand von Verteidigern des Patriarchats. Der Niedriglohnsektor wächst, in
3003 dem besonders viele Frauen sich abrackern und mit dem Geld kaum über die Runden
3004 kommen. Viele werden zwischen Sorgeverpflichtung und eigener Erwerbsarbeit zerrieben.
3005 Frauen arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, insbesondere Alleinerziehende. Das führt
3006 dazu, dass vor allem Frauen von Altersarmut betroffen sind.

3007

3008

3009 **Für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von** 3010 **Wirtschaft und Gesellschaft**

3011

3012 Wir treten ein für eine strikte Quotierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, sowie für
3013 paritätische Gremienbesetzung im Öffentlichen Dienst, in der Politik, der Wissenschaft, den
3014 landeseigenen Unternehmen und der privaten Wirtschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht
3015 alle politischen Mandate und öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt
3016 sind. Öffentliche Aufträge, die vom Land Hessen, den Landkreisen und Kommunen vergeben
3017 werden, sind mit der Auflage an Unternehmen und Betriebe zu verknüpfen, Frauen
3018 diskriminierende Strukturen abzubauen. Alle Vorhaben und Beschlüsse von Politik und
3019 Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen.

3020

3021 DIE LINKE will:

3022

- 3023 • eine quotierte Besetzung von Ämtern und Mandaten in allen Bereichen. Hierzu gehört
3024 ein Parité-Gesetz, das – wie in verschiedenen Ländern bereits üblich – die Parteien
3025 verpflichtet, ihre Wahllisten und Wahlkreise geschlechterparitätisch aufzustellen.
- 3026 • mehr Rechte der Kommunalen Frauenbeauftragten und der Frauenbeauftragten nach
3027 dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz.
- 3028 • die Erweiterung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes auf Gesellschaften und
3029 GmbHs und bei der Vergabe öffentlicher Leistungen/Aufgaben an private
3030 Unternehmen und Träger sowie auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen
3031 Dienst

3032

3033

3034 **Für die Überwindung patriarchaler Strukturen**

3035

3036 DIE LINKE will:

3037

- 3038 • Equal Pay: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit in allen
3039 Beschäftigungsbereichen.

- 3040 • ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einer verkürzten, familiengerechten
3041 Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem
3042 Personalausgleich.
- 3043 • Erziehungs- und Pflegearbeit müssen gesellschaftlich anerkannt und bei der
3044 Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Nur dadurch wird eine
3045 Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit mit dem Ziel einer gerechten
3046 Verteilung innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern möglich.
- 3047 • Das erreichen wir durch die Sanktionierung von Unternehmen, die Frauen für gleiche
3048 und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlen als ihre männlichen Kollegen und die
3049 Frauen keinen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen ermöglichen.
- 3050 • die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Rückkehr zur Vollzeitarbeit für
3051 Teilzeitbeschäftigte, damit Familienphasen nicht zur Sackgasse werden.
- 3052 • die Förderung des Einstiegs von Frauen in traditionell typische "Männerberufen" und
3053 von Männern in "Frauenberufen".
- 3054 • die Aufwertung der sogenannten Care-Berufe. Die Landesregierung hat hier
3055 unmittelbaren Einfluss, denn die finanzielle Ausstattung der Kommunen bestimmt
3056 darüber, ob Erzieherinnen und Soziale Dienste gut bezahlt werden können.
- 3057 • gute Kinderbetreuung und Ganztagschulen, denn nur so können Frauen und Männer
3058 ihrer Erwerbsarbeit konzentriert nachkommen.
- 3059
3060

3061 **Mutter werden – oder nicht**

3062
3063 Politische, gesellschaftliche und soziale Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden,
3064 dass Frauen frei und selbst entscheiden können, ob sie Mutter werden möchten oder nicht.

3065
3066 Dazu gehört für DIE LINKE:

- 3067
- 3068 • die Übernahme der Kosten für Verhütung durch die Krankenkasse;
 - 3069 • ein leichter Zugang zur Schwangerenkonfliktberatung. Die Mittel hierfür müssen
3070 erhöht werden.
 - 3071 • die Entscheidung wo und wie eine Entbindung stattfindet muss bei der Frau liegen.
3072 Diese Wahlfreiheit gibt es aber in Hessen längst nicht mehr. Durch eine
3073 Gesundheitspolitik nach Kassenlage, sind unzählige Kreißsäle geschlossen worden
3074 und niedergelassene Hebammen haben aufgegeben wegen zu hoher Kosten für die
3075 Versicherungen. Hier wollen wir gegensteuern.
 - 3076 • Stärkung von frauengesundheitlichen Ansätzen und gendersensible Ausgestaltung
3077 medizinischer Forschung, Lehre und Behandlung, um Komplikationen und Schäden zu
3078 vermeiden.
- 3079
3080

3081 **Sexismus die rote Karte zeigen**

3082
3083 Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist es, alltägliche sexistische
3084 Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder zu
3085 rück zu drängen. In der Realität werden wir in Bildung, Werbung, Berufsalltag oder im
3086 öffentlichen Raum mit traditionellen Rollenbildern konfrontiert, die unser gesellschaftliches
3087 Zusammensein maßgeblich beeinflussen. Wir wollen die einschränkende Dominanz dieser
3088 Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für die individuelle Entfaltung schaffen.

3089
3090

3091 DIE LINKE will:

3092

- 3093 • Sexistische Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen;
- 3094 • Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überarbeiten und anpassen;
- 3095 • Lehr- und Erziehungskräfte entsprechend ausbilden;
- 3096 • Sexistische Werbung zurückdrängen.

3097

3098

3099 **Frauen vor Gewalt schützen**

3100

3101 Frauen erleben Sexismus zu Hause, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit – bis hin zu
3102 sexueller Belästigung oder Gewalt. Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen
3103 patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und erleben Zwang und Gewalt – das
3104 Spektrum reicht von verbalen Äußerungen über körperliche Gewalt bis hin zu Vergewaltigung
3105 und Mord. Schutz vor Diskriminierung und Gewalt, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben
3106 sowie eine eigene Existenzsicherung müssen gewährleistet werden.

3107

3108 DIE LINKE will:

3109

- 3110 • die Ausstattung für die hessischen Frauenhäuser muss weiterhin verbessert werden.
- 3111 • den Ausbau der Hilfsangebote für Gewaltopfer, Einrichtung einer landesweiten
3112 Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung, damit für Vergewaltigungsopfer eine
3113 gute medizinische Betreuung gewährleistet ist und eine belastende
3114 Doppeluntersuchung vermieden werden kann.
- 3115 • mehr sozialen Wohnungsbau, damit keine Frau einen Tag länger in gewalttätigen
3116 Beziehungen und auch nicht in Frauenhäusern bleiben muss, nur weil es keine
3117 Wohnungen gibt.
- 3118 • die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe und die Einführung des
3119 eigenständigen Aufenthaltsrechts für Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe,
3120 Zwangsheirat, Genitalverstümmelung oder Menschenhandel sind, wie es die Istanbul-
3121 Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von
3122 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) vorsieht. Wir fordern das Land Hessen
3123 dazu auf, seine sich aus der Konvention ergebenden Pflichten zu erfüllen.
- 3124 • die in der Prostitution Tätigen müssen geschützt und gestärkt werden. Es bedarf der
3125 Finanzierung der Ausstiegsberatung und –unterstützung.
- 3126 • bereits in Kindertagesstätten und Schule emanzipatorische Prozesse und
3127 Gewaltprävention durch Angebote zu antisexistischer Erziehung, Konfliktlösung und
3128 Kommunikation fördern.
- 3129 • die Förderung von Frauen-Selbstbehauptung und –Selbstverteidigung. Wer sich
3130 wehren kann wird nicht zum leichten Opfer.

3131

3132

3133 **Frauenräume unterstützen**

3134

3135 Zur Förderung der Gleichberechtigung muss Frauen- und Gleichstellungspolitik weiterhin ein
3136 eigenständiger Politikbereich bleiben, mit entsprechenden personellen, materiellen und
3137 finanziellen Ressourcen. Gerade selbstverwaltete Frauenprojekte bieten vielseitige Angebote
3138 und sind als Orte der Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen
3139 unverzichtbar. Sie arbeiten hochprofessionell und verfügen über eine gut vernetzte
3140 Infrastruktur.

3141

3142 DIE LINKE will:

3143

- 3144 • Frauenhäuser finanziell ausreichend ausstatten und Planungssicherheit gewähren.
3145 Spezifisch an den Lebenslagen von Mädchen ausgerichtete pädagogische Angebote, die
3146 sie bei der Entwicklung von Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gegen
3147 Rollenklischees unterstützten, gilt es besonders zu fördern.
- 3148 • Spezielle Unterstützung von geflüchteten Frauen und ihren Kindern: Das bedeutet,
3149 dass ihnen umgehend Wohnungen zugewiesen werden und weibliche Ansprechpartner
3150 in ihrer Herkunftssprache zur Verfügung gestellt werden müssen, besonders dann,
3151 wenn sie traumatisiert sind.

3152

3153

3154

3155 **14. Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen**

3156

3157 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. In den letzten Jahren
3158 wurden einige Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung
3159 und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie – sind
3160 leider noch nicht erreicht. Während mit der so genannten „Ehe für alle“ ein wichtiger Schritt
3161 für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen getan wurde, ist insbesondere die
3162 Situation für Menschen mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen
3163 (Intersexualität) oder bei denen biologische und soziale Geschlechtsmerkmale nicht
3164 übereinstimmen (Transsexualität) noch immer dramatisch.

3165

3166 DIE LINKE will:

3167

- 3168 • **Gleichberechtigung aller Lebensweisen**

3169 Wir fordern, die gesetzliche Realität der gesellschaftlichen Realität anzupassen. Wir
3170 wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Schule, Universität,
3171 Ausbildungsstätte oder am Arbeitsplatz. Wir unterstützen alle Schritte, die dabei
3172 helfen, die staatliche und gesellschaftliche Norm der Zweigeschlechtlichkeit zu
3173 überwinden. Keine Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft
3174 gegenüber der Ehe. Wir fordern nach der Öffnung der Ehe auch die Öffnung der
3175 Elternschaft. Für das Kindeswohl ist es wichtig, elterliche Fürsorge zu erfahren. Das
3176 Geschlecht der Elternteile ist hierfür unerheblich. Derzeit ist es insbesondere bei
3177 lesbischen Paaren so, dass im Gegensatz zu heterosexuellen Paaren im Falle der
3178 Geburt von Kindern nicht die Ehepartnerin automatisch als zweites Elternteil
3179 angenommen wird. Die Sukzessivadoption, d.h. dass Lesben und Schwule in
3180 eingetragenen Partnerschaften das Adoptivkind ihrer Partnerin oder ihres Partners
3181 ebenfalls adoptieren dürfen, ist zu wenig. Wir fordern das vollständige Adoptionsrecht
3182 für homosexuelle Paare!

3183

- 3184 • **Gleichberechtigung verschiedener Beziehungsformen voranbringen**

3185 Die Gleichberechtigung der Lebensweisen ist mit einer Gleichbehandlung von Ehe und
3186 Lebenspartnerschaft noch nicht erreicht. Sie ist durch ein System der
3187 Wahlverwandtschaften zu ergänzen. Hierbei sollen nicht nur monogame
3188 Zweierbeziehungen Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jegliche
3189 Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Dies kann eine mehr als zwei
3190 Personen umfassende Beziehung meinen. Diesen Menschen ist ein umfangreiches
3191 Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht
3192 einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Aufwendungen fällig, wenn Angehörige

3193 (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden müssen oder sich Kinder in
3194 einer Wahlverwandtschaft befinden. Alle Formen von Lebensweisen, die die körperliche
3195 und geistige Unversehrtheit von Menschen nicht beeinträchtigen oder verletzen,
3196 verdienen gesellschaftliche Akzeptanz und gesetzliche Gleichstellung.
3197

3198 • **Gewaltprävention und Hilfe für Gewaltopfer**

3199 Noch immer sind queere Menschen überproportional von Übergriffen und Gewalttaten
3200 betroffen. Dies betrifft sowohl das private bzw. familiäre Umfeld als auch den
3201 öffentlichen Raum. Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen seit dem
3202 Aufschwung von Rechtspopulismus und anderen extremistischen Gruppen sogar zu.
3203 Fast alle queeren Jugendlichen haben bereits Diskriminierung erfahren. Die
3204 Selbstmordrate bei queeren Jugendlichen ist um einiges höher als die der restlichen
3205 Peer-Group. Hier kommt dem Staat eine Schutzrolle zu. DIE LINKE setzt sich für die
3206 umfassende Unterstützung und Finanzierung von Präventionsprojekten,
3207 Organisationen, die sich mit der Hilfe für Gewaltopfer beschäftigen, und
3208 Beratungsstellen ein. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss
3209 dementsprechend geahndet und stärker verfolgt werden als bisher.
3210

3210

3211

3212 **Inter- und Transsexualität**

3213

3214 Eine geschlechtergerechte Politik muss darauf hinwirken, dass Frauen, Männer, Menschen
3215 mit Transhintergrund und Menschen mit Interhintergrund gleich zu behandeln und rechtlich
3216 gleich sind, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Nach
3217 dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg frei, das Geschlecht aus allen
3218 rechtlichen Normen zu streichen. Jede dahingehende staatliche Aufzeichnung aus allen
3219 Verwaltungsdokumenten sollte gestrichen werden. Begutachtungspflicht, Therapiezwang und
3220 gerichtliche Verfahren müssen abgeschafft werden, wenn es darum geht, Vornamen und
3221 Personenstand zu ändern. Stattdessen muss dieses Verfahren in einen Verwaltungsakt
3222 überführt und auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei geregelt werden.
3223 Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für
3224 persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. Wir unterstützen
3225 Menschen mit Transhintergrund in ihrem Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung und
3226 Selbstverwirklichung.
3227

3227

3228 DIE LINKE will:

3229

3230 • **Medizinisch nicht notwendige Operationen nur mit Einwilligung der Betroffenen**

3231 Medizinisch nicht notwendige Operationen an Menschen zum Zwecke der
3232 Geschlechtsangleichung dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese Menschen selbst
3233 einwilligungsfähig sind und ihre Zustimmung selbst gegeben haben. Das
3234 Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht
3235 integriert werden.
3236

3236

3237 • **Für Beratungs- und Aufklärungszentren**

3238 Wir fordern Beratungs- und Aufklärungszentren für Betroffene und deren Angehörige
3239 sowie einen Entschädigungsfonds für Menschen, denen durch
3240 geschlechtsangleichende Zwangsoperationen erhebliches Leid widerfahren ist.
3241

3241

3242 • **Schutz vor Diskriminierung**

3243 Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation,
3244 sexuellen Identität und Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes und in das

3245 Antidiskriminierungsgesetz aufnehmen. Um dieses erweiterte Grundrecht zu
3246 garantieren, braucht es Antidiskriminierungsstellen, ein echtes Klagerecht für
3247 Verbände im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz sowie dessen EU-rechtskonforme
3248 Ausgestaltung.

3249

3250 • **Bewusstseinswandel verstärken**

3251 Die Urrechtsurteile gegen und die Verfolgung im Nationalsozialismus von Menschen
3252 mit Transhintergrund und Interhintergrund müssen aufgearbeitet werden! Die
3253 Betroffenen müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt, wertgeschätzt und
3254 entschädigt werden. Wir wollen mit Angeboten und Maßnahmen einen Wandel im
3255 gesellschaftlichen Bewusstsein anstoßen. In den Lehrplänen der Bildungseinrichtungen
3256 muss sich die real existierende Vielfalt an Lebensentwürfen und Identitäten
3257 ganzheitlich abbilden, statt Klischees und alte Rollenmuster zu bedienen.

3258

3259

3260

3261 **15. Hessen muss inklusiv werden**

3262

3263 Menschen sind nicht behindert und sie haben auch keine Behinderung, sondern sie werden
3264 behindert. Erst durch die Wechselwirkung von Barrieren und individueller Beeinträchtigung
3265 kann man von Behinderung sprechen. Selbstbestimmt zu leben bedeutet, nicht durch
3266 umweltbedingte Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
3267 gehindert zu werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben
3268 hat, erfordert einen Abbau dieser Barrieren. Die Gesellschaft hat sich den Menschen
3269 anzupassen – nicht umgekehrt!

3270 Eine barrierefreie Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen
3271 sind hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte
3272 Menschen wie auch für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen
3273 ermöglicht Menschen mit geringen Schriftkenntnissen, Älteren oder auch Menschen mit
3274 Lernbehinderung besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen
3275 einzufordern.

3276

3277 DIE LINKE will:

3278

3279 • **Beteiligung und gleiche Rechte durchsetzen**

3280 „Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten
3281 Behindertenbewegung. DIE LINKE will gemeinsam mit den Menschen mit
3282 Beeinträchtigungen und ihren Verbänden die Grundlagen dafür schaffen und
3283 verbessern. Wir fordern die vorbehaltlose Umsetzung der UN-
3284 Behindertenrechtskonvention in Hessen auf Landes- und kommunaler Ebene. Gesetze
3285 und Verordnungen müssen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-
3286 Behindertenrechtskonvention überprüft werden. Ein verbindlicher Aktionsplan für
3287 Hessen ohne Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen und
3288 ausreichendem Personal muss erarbeitet und verwirklicht werden. Solche Aktionspläne
3289 braucht es auch in den Städten und Gemeinden. Wir fordern öffentlichkeitswirksame
3290 Maßnahmen, um auf allen Ebenen das Verständnis für Menschen mit
3291 Beeinträchtigungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu
3292 unterstützen. Die Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des
3293 Landesbehindertenbeirates und der Behindertenvertretungen in den kommunalen
3294 Parlamenten wollen wir durch eine entsprechende Änderung der Gemeinde- und

3295 Kreisordnung stärken. Das Wahlrecht muss für alle gelten, auch für Menschen unter
3296 vollständiger Betreuung.
3297

3298 • **Mobilität garantieren**

3299 Unsere Lebensumgebung ist zu einem großen Teil menschengemacht: Straßen,
3300 Wohnhäuser, Fabriken, öffentliche Einrichtungen. Überall entscheiden teilweise banale
3301 Details wie die Höhe der Bordsteine und die Konstruktionsweise von Türen über die
3302 Bewegungsfreiheit und Teilhabemöglichkeit vieler Menschen. Wir wollen, dass die
3303 Bedürfnisse aller Menschen beim Bauen berücksichtigt werden. Die Gestaltung
3304 öffentlicher Räume muss in jeder Hinsicht die Bedürfnisse von Menschen mit
3305 Inklusionsbedarf berücksichtigen, zum Beispiel auch Ruhe- und Rückzugsräume.
3306 Zusätzlich wollen wir Orientierungshilfen wie z.B. Blindenleitsysteme bereitstellen,
3307 hierzu muss in jedem Planungsschritt auf die Kompetenzen von betroffenen Verbänden
3308 zurückgegriffen werden. Die Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs wollen wir bis
3309 2022 barrierefrei umbauen.
3310

3311 • **Barrieren bei Arbeit und Bildung abbauen**

3312 Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein
3313 Ende haben. Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet werden. Auch im
3314 Arbeitsleben sollen Menschen mit Beeinträchtigungen als vollwertig anerkannt und
3315 entsprechend entlohnt werden. Um die gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu
3316 bewältigen, benötigen wir zudem mehr Menschen mit bestimmten
3317 inklusionsbezogenen Kompetenzen. Für die Verwirklichung des Rechts auf Inklusion in
3318 Kitas und Schulen muss der Finanzierungsvorbehalte aufgehoben und die notwendigen
3319 Mittel und Stellen bereitgestellt werden. Teilhabeleistungen sollen einkommens- und
3320 vermögensunabhängig sein. Das betrifft etwa ein anrechnungsfreies Teilhabegeld. Den
3321 Zugang zu einem Hochschulstudium wollen wir fördern und finanziell absichern.
3322 Nachteilsausgleiche besonders an höheren Lehrstätten müssen erweitert werden. Das
3323 Budget für Arbeit wollen wir als Instrument für die reguläre Beschäftigung von
3324 Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nutzen. Schrittweise wollen
3325 wir eine tarifliche Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf
3326 Außenarbeitsplätzen, einführen. Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe mit
3327 einem hohen Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit
3328 Integrationsabteilungen vergeben werden. Dafür wollen wir das Vergabegesetz ändern.
3329 Für Gebärdensprachdolmetschen soll ein Studiengang an den Hochschulen in Hessen
3330 angeboten werden. Zusätzlich soll sich das Land Hessen für die Schaffung einer
3331 Berufsausbildung im Bereich Gebärdensprachdolmetschen und für die Schaffung einer
3332 Ausbildung „Übersetzer*in leichte Sprache“ und „Prüfer*in leichte Sprache“ einsetzen.
3333 Das Land soll sich für die politische Forderung des DBSV nach Kostenübernahme
3334 starkmachen oder übernimmt diese selbst. Derzeit ist für Menschen, die aufgrund von
3335 Krankheit oder Unfall ihre Sehfähigkeit einbüßen, keine Anschlussrehabilitation
3336 vorgesehen und dies muss sich schnell ändern.
3337

3338 • **Gesundheitsversorgung und Betreuung verbessern**

3339 Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung.
3340 Arztbesuche dürfen nicht an unzugänglichen beziehungsweise nicht barrierefreien
3341 Praxen scheitern. Daher wollen wir den barrierefreien Umbau festlegen und hierfür
3342 Fördermittel bereitstellen. Im eigenen Zuhause zu leben ist ein menschliches
3343 Grundbedürfnis. Das wollen wir mit einem Ausbau entsprechender
3344 Unterstützungsleistungen für alle Menschen ermöglichen. Wer in stationären
3345 Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt. Menschen mit
3346 Beeinträchtigungen sollen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort

3347 zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Sie sollen nicht verpflichtet
3348 sein, in besonderen Wohnformen zu leben. Dafür wollen wir einkommens- und
3349 vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage fördern und die
3350 erforderlichen Hilfsmittel bedarfsgerecht bereitstellen. Die Betroffenen sollen das
3351 Recht haben, ihre Pflegekräfte selbst zu wählen.
3352

3353 • **Barrierefreier Zugang zu Information**

3354 Der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit die
3355 Inklusion gelingen kann. Wir wollen den Weg nicht nur ebnen, sondern auch durch
3356 Wegweiser übersichtlicher gestalten. Und wer hätte einen besseren Blick auf die
3357 Problemlagen als selbst Betroffene? Wir wollen Hilfsangebote, in denen Betroffene
3358 mitarbeiten, besonders fördern und ausbauen. Auch Verwaltungen müssen barrierefrei
3359 arbeiten – vom Formular bis zum Gebäude.
3360

3361

3362

3363 **16. Frieden, Europa und Internationales**

3364

3365

3366 **Friedliches Hessen: Hessen gegen Krieg**

3367

3368 DIE LINKE ist eine Antikriegspartei und versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Als einzige
3369 der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien steht sie konsequent zu dem Bekenntnis in Art.
3370 69 der Hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht
3371 vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“
3372

3373 Vom hessischen Boden geht auch dadurch Krieg aus, dass hier Waffen zur Lieferung in alle Welt
3374 hergestellt werden, durch die Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze,
3375 militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, CIA-Flüge, Waffenhandel, usw. Dem setzen wir
3376 unseren entschiedenen Widerstand entgegen.
3377

3378 DIE LINKE will:

3379

3380 • **Konversionsprogramme für die Rüstungsindustrie auflegen**

3381 Wir wollen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen
3382 Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird, damit die dort Beschäftigten ihre Arbeitsplätze
3383 nicht nur erhalten, sondern an diesen Arbeitsplätzen auch eine gesellschaftlich sinnvolle
3384 Tätigkeit ausüben.
3385

3386 • **Bildung ohne Bundeswehr**

3387 Wir wollen verhindern, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an hessischen Schulen und
3388 auf Ausbildungsmessen für Kriegseinsätze werben dürfen – als Alternative zu fehlenden
3389 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs
3390 Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“.
3391

3392 • **Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr aufheben**

3393 Wir wollen die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium
3394 und der Bundeswehr, welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen
3395 unterstützt und vereinfacht.
3396

- 3397
- **Rüstungsforschung verhindern – Zivilklauseln verankern**
3398 An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit
3399 dem Wohl der Menschen dient (Zivilklausel). Forschungen zur Entwicklung neuer
3400 Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren. Sie
3401 stehen in Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen Verfassung.
3402
 - **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland**
3403 Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die im benachbarten
3404 Rheinland-Pfalz stationiert sind.
3405
 - **Keine Kriegsvorbereitungen in Hessen dulden**
3406
3407 In Wiesbaden muss das Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa geschlossen
3408 werden. Der Ausbau der militärischen Einrichtungen muss beendet und der Militärflughafen
3409 geschlossen werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen muss
3410 geschlossen werden. Auch die Ausweitung der Geheimdienstzentren in Hessen muss
3411 endlich gestoppt werden.
3412

3413

3414 **Für ein soziales und friedliches Europa**

3415
3416 Die Differenzen in der EU nehmen zu. Der Ruf nach einer Neugründung eines gemeinsamen,
3417 grenzenlosen Europas wächst. Auch die soziale Ungleichheit in Europa wächst ungebremst.
3418 Millionen sind erwerbslos, und auch Beschäftigte werden durch die drohende Arbeitslosigkeit, mit
3419 sozialer Unsicherheit konfrontiert.
3420

3421 Während die neoliberalen Rahmenbedingungen der EU und die aus Deutschland forcierte
3422 Austeritätspolitik die soziale Krise vertiefen, hat die EU bei sozialen Rechten wenig zu bieten. Das
3423 zeigt auch die in Göteborg vereinbarte "Europäische Säule sozialer Rechte", die diesen Zustand
3424 nicht verändern wird. Denn trotz der blumigen Worte sucht man wirkliche soziale Rechte darin
3425 vergeblich. Diese "Soziale Säule" wird im besten Fall als Feigenblatt für die auch durch die EU
3426 vorangetriebene unsoziale Politik dienen. Schlimmer noch: Die losen Absichtserklärungen für eine
3427 sozialere Politik drohen ein neoliberales Leitbild für die Sozialpolitik der EU-Mitgliedstaaten zu
3428 etablieren.
3429

3430 Statt die Menschen vor den Härten der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen, sollen sie nur noch
3431 besser auf diese vorbereitet werden - das ist gesellschaftsschädigend, unsozial und inakzeptabel.
3432 Dabei ist längst klar: Wenn die EU keine ernsthafte soziale Wende entwickelt, dann ist sie bedroht
3433 und droht auseinanderzubrechen. Ein anderes, ein demokratisches, sozial gerechtes Europa wollen
3434 wir international und gleichberechtigt neu entwickeln.
3435

3436 Die schwarzgrüne Landesregierung versteht unter europäischer Politik primär, im
3437 Standortwettbewerb um die besten Bedingungen für global agierende Unternehmen und Banken
3438 bestmögliche Bedingungen zu schaffen und den „Finanzplatz Frankfurt“ zu stärken. Sie hat sich in
3439 den letzten Jahren vor allem darauf konzentriert, Banken nach Frankfurt zu locken oder vom Brexit
3440 durch die Ansiedlung von EU-Institutionen zu profitieren. Die Fraport-AG, teilweise im
3441 Landesbesitz, profitiert durch den Ankauf griechischer Flughäfen von der durch die deutsche
3442 Regierung erzwungenen Privatisierung in Griechenland. Diese Politik ist nicht europafreundlich,
3443 sondern befördert die Spaltungstendenzen in Europa.
3444
3445

3446 DIE LINKE will:

3447

3448 • **Solidarisches Europa**

3449 Ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Europas Zukunft
3450 liegt in mehr Demokratie und Ausgleich, statt weniger. Wir wollen die europäischen
3451 Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und
3452 Konzernen brechen. Mehr soziale Gerechtigkeit ist bei entschlossener Bekämpfung der
3453 Steuerflucht von Superreichen in ganz Europa möglich.

3454

3455 • **Friedliches Europa**

3456 Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der EU ab und fordern die Auflösung der
3457 ‚battlegroups‘, der Verteidigungsagentur, die Beendigung der Ständigen Strukturierten
3458 Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation PESCO) und die Abschaffung der
3459 Aufrüstungsverpflichtung. Stattdessen muss die EU ihre ausschließlich zivilen
3460 Konfliktlösungskapazitäten stärken und ihre Ausgaben in diesem Bereich, sowie der
3461 Entwicklungszusammenarbeit erhöhen. Wir fordern ein Europa der Abrüstung, der
3462 Entmilitarisierung und der kooperativen und solidarischen Außen-, Entwicklungs-, und
3463 Menschenrechtspolitik mit einer parlamentarischen Kontrolle.

3464

3465 • **Offene Grenzen für Menschen in Not statt Abschottung**

3466 Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das
3467 menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche
3468 und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen
3469 finden.

3470

3471 • **Grenzüberschreitende Kontakte verbessern**

3472 Wir wollen grenzüberschreitende Kontakte verbessern und unterstützen. Die
3473 Zusammenarbeit der Regionen sollte gefördert werden. Die politischen Gespräche und
3474 gemeinsamen Aktionen von Bürger*innen, Parteien, NGOs in den unterschiedlichen
3475 Regionen und durch Städtepartnerschaften sollen helfen, die Menschen und
3476 Bevölkerungen zu verbinden, soziale Proteste, den Kampf für Frieden und Menschenrechte
3477 und zur Überwindung sprachlicher Barrieren zu fördern.

3478

3479 • **Demokratische Kräfte in Bursa und der Türkei unterstützen**

3480 Wir haben es begrüßt, dass das Land Hessen eine Partnerschaft mit der Region Bursa
3481 (Türkei) eingegangen ist. Aus dieser Zusammenarbeit erwächst aber auch die
3482 Verantwortung, das Erdogan-Regime in die Schranken zu weisen, sich gegen die
3483 Kriminalisierung der demokratischen Opposition zu wehren und für die Freilassung der
3484 gefangenen Regime-Kritiker einzusetzen. Das Land Hessen muss sich unmissverständlich
3485 auf die Seite der Demokratie stellen und die staatliche Willkür thematisieren.

3486

3487

3488 **Internationale Entwicklungszusammenarbeit**

3489

3490 In Hessen sind zahlreiche Organisationen tätig, die sich für die Verbesserung der
3491 Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Südens, aber auch in den Staaten Osteuropas
3492 und Zentralasiens, einsetzen. Nicht-Regierungsorganisationen bieten Schulen ihre
3493 Zusammenarbeit an und vermitteln Kenntnisse über die Zusammenhänge der Globalisierung und
3494 damit einhergehender Probleme, den Klimawandel und die grassierende Verarmung ganzer
3495 Regionen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Gerade Menschen, die
3496 zu uns aus Kriegs- und Krisengebieten, die fliehen und geflohen sind, können authentisch über die

3497 Lage in vielen Teilen der Welt berichten. Ihre Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung sollten eine
3498 größere Öffentlichkeit erhalten.

3499
3500 Das international angestrebte Ziel, die Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des
3501 Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, verfehlt die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue. Auch der
3502 Beitrag Hessens ist zu niedrig, weil die CDU-geführten Landesregierungen massiv gekürzt haben.

3503
3504 DIE LINKE will:

- 3505
- 3506 • **Mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit**
3507 Wir wollen eine Verdopplung der im Haushalt eingestellten Mittel für
3508 Entwicklungszusammenarbeit.
 - 3509
 - 3510 • **Eine Entwicklungszusammenarbeit unabhängig von Wirtschaftsinteressen**
3511 Die Entwicklungszusammenarbeit des Landes darf nicht der Außenwirtschaftsförderung
3512 und Wirtschaftsinteressen hessischer Unternehmen untergeordnet werden, sondern muss
3513 unabhängig davon finanziert und gefördert werden.
 - 3514
 - 3515
 - 3516

3517 **17. Für Investitionen in Hessens Zukunft**

3518
3519 Obwohl sich die Steuereinnahmen spürbar erhöht haben, kürzt die Landesregierung
3520 unter den selbst gesetzten Vorgaben der „Schuldenbremse“ und der „Schwarzen
3521 Null“ die Zukunft der Menschen im Land Hessen. Viele Schulen, Pflegeeinrichtungen,
3522 Schwimmbäder und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur sind marode. Die
3523 kommunale Selbstverwaltung unserer Städte, Kreise und Gemeinden ist vielfach nur
3524 noch Makulatur, weil das Land die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstattet
3525 und zu teilweise empfindlichen Leistungskürzungen gezwungen hat.

3526
3527 DIE LINKE kämpft für ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm, um unsere
3528 öffentliche Infrastruktur, unsere Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser und
3529 Pflegeeinrichtungen auch für kommende Generationen nachhaltig zu erhalten und
3530 auszubauen. Damit wollen wir auch dringend benötigte sozialversicherungspflichtige
3531 Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich schaffen.

3532
3533 DIE LINKE will:

- 3534
- 3535 • **Schulgebäude sanieren**
3536 Es herrscht ein gravierender Sanierungsstau in hessischen Schulen. Schlecht
3537 ausgestattete oder gar baufällige Schulen sind eine schwere Hypothek für die Zukunft
3538 der jungen Generation. Für ein sozial gerechtes Bildungswesen ist es unerlässlich, die
3539 dringend notwendige Sanierung anzugehen und es sind die baulichen
3540 Voraussetzungen für neue Aufgaben zu schaffen, wie etwa Ganztagsunterricht,
3541 modernen Fachunterricht in gut ausgestatteten Räumen und für Maßnahmen, die die
3542 Inklusion von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen erlauben.
 - 3543
 - 3544 • **Eine Offensive für den sozialen Wohnungsbau**
3545 Das Land muss die Bereitstellung bezahlbarer Wohnungen für alle als zentrale
3546 öffentliche Aufgabe begreifen. Wir wollen eine Offensive für den sozialen
3547 Wohnungsbau. Private Marktteilnehmer haben hier völlig versagt.

3548

3549

- **Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen**

3550

Seit Jahren kommt das Land seiner Verpflichtung nicht nach, die Mittel für Investitionen in öffentliche Krankenhäuser zu finanzieren. Das wollen wir ändern.

3551

3552

3553

- **Öffentliche Verkehrsangebote ausbauen**

3554

Statt immer mehr Straßen zu bauen und damit noch mehr Autoverkehr hervorzurufen, muss in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert werden. Die Verkehrswende ist wichtig für jene Menschen, die sich kein Auto leisten können, für unser aller Gesundheit und für die Abwendung einer Klimakatastrophe.

3555

3556

3557

3558

3559

- **Finanzlage der Kommunen stärken**

3560

Die Finanzlage der Städte und Gemeinden muss deutlich verbessert werden. Derzeit droht die kommunale Selbstverwaltung wegen des verordneten Sparzwangs und immer weiterer Kürzungsaufgaben des Landes geschädigt zu werden. Es darf keine Verlagerung von Aufgaben an die Kommunen ohne vollständigen finanziellen Ausgleich geben.

3561

3562

3563

3564

3565

3566

- **Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums und keine ÖPP-Projekte**

3567

Die Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie öffentlich-private-Partnerschaften lehnen wir ab. Ehemals kommunale Einrichtungen, die in den vergangenen Jahren an private Betreiber verkauft wurden, sollen wieder in öffentliches Eigentum zurückgeholt werden (Rekommunalisierung). Damit soll die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge für alle Menschen gestärkt werden.

3568

3569

3570

3571

3572

3573

Breitbandausbau voranbringen

3574

3575

Die Digitalisierung bietet die Chance, vielen Menschen einen schnellen Zugang zu Informationen zu ermöglichen. Das geschieht aber nicht von selbst, sondern muss durchgesetzt werden. Die Nutzung digitaler Netze und Medien erfordert den flächendeckenden Breitbandausbau. Der Netzzugang muss für alle Menschen möglich und finanzierbar sein. Die Städte und Gemeinden in Hessen sollen auf öffentlichen Plätzen und in den öffentlichen Einrichtungen kostenlosen Netzzugang möglich machen.

3576

3577

3578

3579

3580

3581

3582

DIE LINKE will:

3583

3584

3585

- Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum;
- Eine ethische Auseinandersetzung mit digitalen Themen in Bildungseinrichtungen;
- Einen barrierefreien Zugang zum Internet für alle.

3586

3587

3588

3589

3590

18. Umfairteilen: Für eine sozial gerechte Steuerpolitik

3591

3592

DIE LINKE erinnert an die Grundlagen der Hessischen Verfassung: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen

3593

3594

3595

3596 gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor
3597 Ausbeutung zu schützen.“ (Art.38)
3598 Unsere landespolitischen Forderungen sind finanzierbar, wenn endlich die
3599 Steuersenkungspolitik beendet wird, die hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne
3600 zunehmend entlastet hat. Außerdem muss die den Bundesländern zustehende
3601 Vermögensteuer wieder erhoben werden, die es weltweit in allen Länder gibt, nur nicht in
3602 Deutschland. Die Verbesserung des Landeshaushalts kann nicht durch das Kürzen
3603 öffentlicher Leistungen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam
3604 stattfinden.
3605
3606 Gleichzeitig wollen wir den Verzicht auf kostspielige, ökologisch und ökonomisch fragwürdige
3607 Projekte, wie etwa den Betrieb des Regionalflughafens Kassel-Calden.
3608
3609 Zusätzliche und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu
3610 Entlastungen bei den Sozialausgaben. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere
3611 Forderungen zur Steigerung der Einkommen der Beschäftigten (insbesondere Mindestlöhne,
3612 ein Tariftreugesetz, welches seinen Namen verdient und weitere Arbeitsmarktmaßnahmen)
3613 durchgesetzt werden.
3614
3615 CDU, SPD, Grüne und FDP haben 2011 die sogenannte Schuldenbremse
3616 beschlossen. Nun dient sie den Regierenden als Vorwand für Sozialabbau und
3617 Privatisierung und Kürzung von öffentlichen Leistungen. Kürzungshaushalte auf Kosten der
3618 Bevölkerung lehnen wir ab. Die Einnahmeseite muss weiter verbessert werden. Dazu bieten
3619 sich weitere Möglichkeiten in der Zuständigkeit der Hessischen Landespolitik: Die Deutsche
3620 Steuergewerkschaft geht davon aus, dass jeder Betriebsprüfer etwa 1,6 Millionen Euro an
3621 nachzuzahlenden geschuldeten Steuern für die Allgemeinheit bringt. DIE LINKE will aus
3622 Gründen der Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und
3623 Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen
3624 (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung intensivieren. Ziel muss es sein, die
3625 Steuerverwaltung in die Lage zu versetzen gerade am Banken und Finanzplatz handlungsfähig
3626 zu sein, gerade Großbetriebe in Hessen müssen regelmäßig geprüft werden.
3627 Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich. Immer wieder wird
3628 Steuerhinterziehung durch den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs erfolgreich bekämpft.
3629 Wir wollen, dass auch der Ankauf von Steuer-CDs als Mittel der Verfolgung von
3630 Steuerkriminalität von Hessen betrieben wird.
3631
3632 DIE LINKE will eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte und echte
3633 Wirtschaftlichkeitsvergleiche, um zu prüfen, inwieweit die teuren Sale-and-Lease-Back-, PPP-
3634 und ähnliche Projekte wieder rückgängig gemacht und so die Staatsausgaben gesenkt
3635 werden können.
3636
3637 DIE LINKE will:
3638
3639 • eine sozial gerechte Steuerpolitik auch auf Bundesebene;
3640 • eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als
3641 Millionärssteuer;
3642 • eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhebung einer Börsenumsatzsteuer;
3643 • die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer, um die
3644 Finanzsituation der Kommunen zu verbessern.
3645
3646
3647

3648 **19. LINKS wirkt – auch im Hessischen Landtag**

3649

3650 Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Hessischen Landtag vertreten. In dieser
3651 Zeit haben wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, Initiativen und
3652 außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht.

3653

3654 Das zeigt, dass Druck von links auch aus der Opposition heraus Wirkung entfalten kann.

3655

3656 • Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung
3657 der Studiengebühren gegeben.

3658

3659 • DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieterinneninitiativen erreicht,
3660 dass die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt nicht privatisiert wurde.

3661

3662 • Viele Forderungen, die DIE LINKE als erste in den Landtag eingebracht hat, wurden,
3663 zumindest teilweise, umgesetzt – auch auf Druck von Initiativen und Gewerkschaften.

3664

3665 • Ohne den Druck der LINKEN wäre kein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt
3666 worden, der die Rolle hessischer Behörden und Politiker im Zusammenhang mit dem
3667 NSU-Komplex beleuchtet hat.

3668

3669 • Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter nicht
3670 aufgeklärt worden. Erst durch uns wurde diese Aufarbeitung nach mehr als 60 Jahre in
3671 Gang gesetzt.

3672

3673 • DIE LINKE hat sich immer konsequent gegen die Verschärfung des Asylrechts und
3674 gegen Abschiebungen eingesetzt. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in
3675 Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und
3676 Bleiberechtsregelungen erwirken.

3677

3678 • DIE LINKE hat die Forderungen von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbänden
3679 in den Landtag eingebracht und betriebliche Kämpfe im Landtag zum Thema gemacht.

3680

3681 • DIE LINKE hat Misstände benannt und öffentlich gemacht, kritische Fragen gestellt
3682 und politische Alternativen aufgezeigt.

3683

3684 • DIE LINKE hat konsequent Menschen gestärkt und unterstützt, die sich gegen die
3685 Verschlechterung ihrer Lebenssituation wehren und dagegen kämpfen, dass über ihre
3686 Köpfe hinweg regiert wird.

3687

3688 Dieses Engagement wollen wir gestärkt fortsetzen. Eine Stärkung der LINKEN in
3689 Hessen ist auch ein Signal für eine andere Politik im Bund und in den Kommunen.

3690

3691 DIE LINKE ist in Hessen flächendeckend in allen Landkreisen und kreisfreien Städten aktiv,
3692 mit kommunalen Fraktionen und den vielen aktiven Mitgliedern vor Ort. Nie zuvor hatte DIE
3693 LINKE in Hessen so viele Mitglieder wie heute.

3694

3695 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und gegen den Rechtsruck. Eine Stärkung der LINKEN in
3696 Hessen ist eine Unterstützung für alle diejenigen Kräfte, die sich für einen grundsätzlichen
3697 Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.